

4

Der KZ-Staat

DECLASSIFIED AND RELEASED BY
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
SOURCE METHODS EXEMPTION 3B2B
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT
DATE 2000 2005

4

Der KZ-Staat

Wahrheiten über den deutschen Imperialismus 1



Heinz Kühnrich

Der KZ-Staat

Heinz Kühnrich · Der KZ-Staat

Brandstifter

27. Februar 1933. Der Reichstag brennt. Eine gigantische Provokation war vom Stapel gelassen worden. Ausgesuchte SA-Leute hatten sich vom Palais des Reichstagspräsidenten Göring aus durch einen unterirdischen Gang, der beide Gebäude verband, in den Reichstag begeben und ihn an mehreren Stellen gleichzeitig in Brand gesteckt. Sie ließen den degenerierten Holländer van der Lubbe zurück. Er wurde von den Nazis hingerichtet. Fast alle Personen, die an der Brandstiftung beteiligt waren, wurden später von ihren Auftraggebern als gefährliche Mitwisser beseitigt.

In dem von Goebbels veröffentlichten offiziellen Bericht hieß es: „Am Montag abend brannte der Deutsche Reichstag. Der Reichskommissar für das Preußische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, verfügte sofort nach seinem Eintreffen an der Brandstelle sämtliche Maßnahmen und übernahm die Leitung aller Aktionen. Auf die erste Meldung vom Brande trafen auch Reichskanzler Adolf Hitler und der Vizekanzler von Papen ein. . . Diese Brandstiftung ist der bisher ungeheuerlichste Terrorakt des Bolschewismus in Deutschland . . . Gegen zwei führende kommunistische Reichstagsabgeordnete ist wegen dringenden Tatverdachts Haftbefehl erlassen. Die übrigen Abgeordneten und Funktionäre der Kommunistischen Partei werden in Schutzhaft genommen. Die kommunistischen Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate sind auf vier Wochen für ganz Preußen verboten. Auf vierzehn Tage verboten sind sämtliche Zeitungen der Sozialdemokratischen Partei.“

Mit dem Reichstagsbrand versuchte der Hitlerfaschismus einen Anlaß für die Entfesselung des Massenterrors gegen alle antifaschistischen Kräfte zu provozieren, gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, fortschrittliche Menschen aus allen Schichten, kurzum gegen alle Personen, die Humanismus, Demokratie und Menschenwürde höher achteten als Paraden, braune Uniformen und einen sinnlosen Tod in einem Raubkrieg im Interesse der deutschen Monopolherren und Junker. Eine alte Methode, die die herrschende Kapitalistenklasse immer anwandte, wenn sie zu einem Schlag gegen die Arbeiterklasse ausholte: die Provokation.

Die Nazis hatten mit dem Reichstagsbrand den Startschuß gegeben. Mit dem Geschrei „Die Kommunisten haben den Reichstag angesteckt“ entfesselten die braunen Brandstifter einen Feldzug gegen das eigene Volk. Die Vernichtungsmaschine raste. Die Gefängnisse, Zuchthäuser, SA- und SS-Kasernen waren überfüllt. Konzentrationslager schossen wie Pilze aus der Erde. Die blutige Nacht des „Tausendjährigen Reiches“ brach über Deutschland herein.

„Es werden Köpfe rollen . . .“

Die faschistische Partei, die sich „national“ und „sozialistisch“ gerade deshalb nannte, weil sie weder das eine noch das andere war, erschlich sich am 30. Januar 1933 mit maßloser Demagogie und zügellosem Terror die Macht. „Der Sozialismus in unserem Programm ist nur der Leim, um die Vögel zu fangen“, plauderte Goebbels, der braune „Propagandaminister“, einmal aus der Schule.

Die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 war ein günstiger Nährboden für das Hochkommen der Nazipartei und das Eindringen faschistischer Losungen in breitere Volksmassen. Die braunen Betrüger nutzten schamlos die Massenarbeitslosigkeit und die Verelendung der Bauern und des Kleinbürgertums aus. Mit dem Schlachtgeschrei „Kampf gegen Versailles“, mit den „Theorien“ über „Volk ohne Raum“ und der Legende von „Herrenrasse“ und „Untermenschen“ entfesselten sie den Nationalismus und Chauvinismus. Den Arbeitern wurde Lohn und Beseitigung der Arbeitslosigkeit versprochen, den Bauern die „Brechung der Zinsknechtschaft“, den Kleinbürgern Kampf gegen die „Plutokraten“ und Abschaffung der Warenhäuser, den Monopolen und Krautjunkern mehr Profite. Aber Terror, Krieg, Millionen Tote und die nationale Katastrophe brachten sie. Nur ein Versprechen wurde gehalten: die Unterdrückung der Arbeiterbewegung und Riesenprofite für die Bankherren und Trustgewaltigen.

Die NSDAP machte schon vor der Machtergreifung kein Hehl aus ihren Absichten. Sie kündigte ihre Terrorpolitik offen an. Meuchelmord und Straßenschlachten zeigten, daß ihr Pro-

gramm keine Utopie bleiben sollte. Hitler sagte auf der zweiten Gründungsversammlung der NSDAP am 27. Februar 1925: „Entweder der Feind geht über unsere Leichen, oder wir gehen über die seine.“ In aller Offenheit sprach er 1930 vor dem Reichsgericht der Weimarer Republik vom „Köpferollen“: „Es werden Köpfe rollen, ja es werden Köpfe rollen.“

Hitler pflegte des öfteren die Worte zu verwenden, daß es nicht eher Ruhe geben würde, bis nicht alle Laternenpfähle voll hängen. Gleichermaßen offenbarten sich die anderen Partei-, SA- und SS-Größen, die ihrem „Führer“ in nichts nachstanden.

Ein bezeichnendes Dokument für die systematische Einplanung und Vorbereitung des grausamen Terrors gegen alle Arbeiterparteien und -organisationen, gegen alle demokratischen und fortschrittlichen Personen ist das Tagebuch von Goebbels, das unter dem Titel „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“ 1935 in München erschien. Über Arbeiterfunktionäre äußerte er hier: „Dieses Gesindel muß einmal wie Ratten ausgerottet werden!“ Die Ermordung zweier Funktionäre der KPD in Königsberg kommentierte er mit den Sätzen: „Das ist das einzige Mittel, um die Roten zur Räson zu bringen; alles andere imponiert ihnen nicht mehr. Wir werden derlei Fälle in der näheren und weiteren Zukunft noch mehr erleben.“

Viele Quellen und Beweise für den wahren Charakter des Hitlerfaschismus, für die Hintergründe seiner Machtergreifung, die systematische Demagogie und den Kuhhandel zwischen NSDAP und Monopolkapital um das Schicksal des deutschen Volkes kamen erst nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus an das Tageslicht. Vieles war aber bereits zur damaligen Zeit bekannt. Es war die Kommunistische Partei Deutschlands, die immer wieder den wahren Charakter des Hitlerfaschismus enthüllte und mit allen Mitteln gegen ihn kämpfte. Unermüdlich riefen die Kommunisten zur Einheitsfront auf und mobilisierten große Teile der Arbeiterklasse gegen die faschistischen Provokationen und Terrorakte. Auf dem XII. Parteitag der KPD 1929 wurde in der

Resolution auf die zunehmende Gefahr des Faschismus hingewiesen und erklärt: „Die Bourgeoisie greift immer mehr, immer bewußter, immer rascher zu faschistisch-diktatorischen Methoden der Verteidigung ihrer Klassenherrschaft gegen das Proletariat. Die Liquidierung der Überreste der bürgerlichen Scheindemokratie ist eingeleitet. Die Errichtung der unverhüllten, von den formal-demokratischen Schranken befreiten Diktatur des Finanzkapitals wird auf die Tagesordnung gestellt.“ Die Kommunisten entlarvten den nazistischen Schwindel von der „Volksgemeinschaft“, von „Herrenrassen“ und „Untermenschen“, vom „Volk ohne Raum“ und riefen die Worte aus, die später so bittere Wahrheit werden sollten: „Hitler — das ist der Krieg!“

Am 7. Februar 1933 tagte das ZK der KPD zum letzten Male mit Ernst Thälmann. Die Sitzung mußte bereits illegal durchgeführt werden. Ernst Thälmann warnte noch einmal vor einer Unterschätzung des Faschismus und sagte: „Jeder Zweifel darüber, daß diese Regierung vor irgendwelchen Methoden des äußersten Terrors zurückschrecken würde, wäre sehr gefährlich.“

Es ist der Bourgeoisie Ernst damit, die Partei und die ganze Avantgarde der Arbeiterklasse zu zerschmettern. Sie wird deshalb kein Mittel unversucht lassen, um dieses Ziel zu erreichen. Also nicht nur Vernichtung der letzten spärlichen Rechte der Arbeiter, nicht nur Parteiverbot, nicht nur faschistische Klassenjustiz, sondern alle Formen des faschistischen Terrors; darüber hinaus: Masseninternierung von Kommunisten in Konzentrationslagern, Lynchjustiz und Meuchelorde an unseren tapferen antifaschistischen Kämpfern, insbesondere an kommunistischen Führern — das alles gehört mit zu den Waffen, deren sich die faschistische Diktatur uns gegenüber bedienen wird.“ Ernst Thälmann forderte alle Parteimitglieder auf, alles für den Kampf gegen Hitler einzusetzen, seine Regierung als Regierung des Terrors, der kapitalistischen Ausbeutung und des imperialistischen Krieges zu entlarven und die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern herzustellen. Ernst Thälmann wies auch darauf hin, wie

notwendig es ist, alle Schichten der Bevölkerung in den Kampf gegen den Hitlerfaschismus einzubeziehen.

Er konnte seine Worte nicht zu Ende führen, da Spitzel von dieser illegalen Sitzung des ZK Kenntnis erhalten hatten. Walter Ulbricht, der die Sitzung leitete, brach sie ab, so daß sich alle Genossen dem Zugriff der Nazis noch rechtzeitig entziehen konnten.

Es war den Faschisten wohl bewußt, daß sie in der Kommunistischen Partei Deutschlands ihren erbittertsten Gegner hatten. Die Dokumente der NSDAP triefen deshalb von Haß gegen die Kommunisten, drücken aber auch gleichzeitig die Furcht vor ihren Aktionen und ihrer Kraft aus. Die ganze Praxis der faschistischen Herrschaft, die Massendemagogie, der Gesinnungsterror, Gefängnis, Zuchthaus, Konzentrationslager und planmäßiger Massenmord, richtete sich in erster Linie gegen die aktivsten antifaschistischen Kräfte, die Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands. Goebbels hatte am 11. August 1932 in sein Tagebuch eingetragen, daß der Faschismus nur im blutigen Terror gegen die Arbeiterbewegung existieren kann: „Wenn man uns nicht die Möglichkeit gibt, mit dem Marxismus abzurechnen, dann ist unsere Machtübernahme vollkommen zwecklos.“ Diese Worte drücken die Marschrichtung der Innenpolitik der braunen Barbaren aus und zeigen den Weg der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion.

Für die Durchsetzung dieser Zielrichtung ist die erhaltene gebliebene Niederschrift über die Ministerbesprechung am 30. Januar 1933 ein bezeichnendes Dokument. Sie berichtet von der ersten Kabinettsitzung der Hitlerregierung. Hitler erwog bereits hier die Absicht, „die Kommunistische Partei zu verbieten, ihre Mandate im Reichstag zu kassieren und auf diese Weise die Mehrheit im Reichstag (zu) erreichen“. Es ging ihm hauptsächlich darum, die Mehrheit im Reichstag zu erlangen, um desto hemmungsloser seine gefährliche Politik durchsetzen zu können. Göring, dessen sämtliche Titel und Ämter eine ganze Liste aus-

füllen würden und der neben Hitler das größte Paraded Pferd im faschistischen Stall war, beantragte auf dieser Sitzung die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen, in denen die Nazis einen Wahlsieg erhofften. Mit Befriedigung stellte er fest, daß die „SPD im Augenblick einen Generalstreik nicht mitmachen würde“. Gleichzeitig wurde aber von allen die Gefahr eines Generalstreiks bei einem Verbot der Kommunistischen Partei hervorgehoben, so daß die braunen Verschwörer, getrieben von der Furcht vor der Kraft der einigen Arbeitermassen, diese Absicht vertagten.

Mit welchen Mitteln es weitergehen sollte, berichtet eine Tagebuchaufzeichnung Goebbels' vom nächsten Tage, die über eine Besprechung der Naziführer aussagt. Hier heißt es: „Vorläufig wollen wir von direkten Gegenmaßnahmen absehen. Der bolschewistische Revolutionsversuch muß zuerst einmal aufflammen. Im geeigneten Moment werden wir dann zuschlagen.“ Das war die Suche nach einem Anlaß, das war das Programm für den Reichstagsbrand. Damit sollten auch gleichzeitig die Voraussetzungen für einen Wahlsieg der NSDAP bei den Reichstagswahlen am 5. März geschaffen werden. Hitler wollte sich seine „Legalität“ bescheinigen lassen und benutzte dazu alle Mittel. „Die Vorbereitungen zum Wahlkampf lassen sich sehr gut an. Diesmal geht es auf Hauen und Stechen. Wir werden keinen Pardon geben und uns mit allen Mitteln durchzusetzen wissen“, notierte Goebbels in seinem Tagebuch. Und Gregor Strasser gab den Leitspruch: „Legal, legal bis zur letzten Leitersprosse — aber gehenkt wird doch.“

„Es ist wieder eine Lust zu leben!“

Es wurde „gehauen und gestochen“, betrogen und gebrandschatzt, um einen faschistischen Wahlsieg zu erreichen. Der Reichstag wurde angezündet. Eine sofort einsetzende Propagandawelle erklärte den Reichstagsbrand als kommunistisches Signal für

einen allgemeinen Aufstand. „Nun ist der entscheidende Augenblick gekommen. Göring ist ganz groß in Fahrt“, schreibt Goebbels triumphierend am gleichen Tage. Die Terrormaschine läuft. Bewaffnete SA- und SS-Banden ziehen mit Listen durch die Straßen und verhaften Funktionäre und Mitglieder der KPD. Alles war gründlich vorbereitet: der Brand, die Massenverhaftung und das am 28. Februar 1933, also einen Tag später, verkündete Gesetz zum „Schutz von Volk und Staat“. Selbst Göring gestand bei der Vernehmung im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß, wenn er sich auch bemühte, die Schuld am Brand immer noch den Kommunisten in die Schuhe zu schieben, daß die Namen der Verhafteten schon in Listen aufgezeichnet waren. Er sagte aus: „Wir hatten die Listen vorher bereits zum großen Teil festgelegt. Diese Verhaftungen . . . sind die Verhaftungen der kommunistischen Funktionäre. Diese wären völlig unabhängig von diesem Brande ebenfalls verhaftet worden. Der Brand hat ihre Verhaftung nur beschleunigt.“ Rudolf Diels, der erste Chef der Gestapo, gibt in seinen Memoiren „Lucifer ante portas“ die Worte wieder, die Hitler vor dem brennenden Reichstag Papen gegenüber äußerte: „Das ist ein von Gott gegebenes Zeichen. Niemand wird uns daran hindern, die Kommunisten mit eiserner Faust zu vernichten.“ Zu seinen engsten Vertrauten sagte er vor der Brandstätte: „Es gibt jetzt kein Erbarmen mehr; wer sich uns in den Weg stellt, wird niedergemacht. Das deutsche Volk wird für Milde kein Verständnis haben. Jeder kommunistische Funktionär wird erschossen, wo er angetroffen wird. Die kommunistischen Abgeordneten müssen noch in dieser Nacht aufgehängt werden. Alles ist festzusetzen, was mit den Kommunisten im Bunde steht. Auch gegen Sozialdemokraten und Reichsbanner gibt es jetzt keine Schonung mehr.“ Und mit sadistischer Befriedigung, mit dem Stolz des Verbrechers am gelungenen Werk schrieb Goebbels am 28. Februar 1933, einen Tag nach der Provokation, in sein Tagebuch: „Es ist wieder eine Lust zu leben.“

Hand in Hand mit dem Reichstagsbrand war neben der Terror-

welle ein Gesetz vorbereitet worden, das die „gesetzlichen“ Grundlagen für die blutige Terrorpolitik geben sollte. Einen Tag nach dem Reichstagsbrand wurde die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ erlassen, in der es heißt: „Auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte angeordnet: § 1. Die Art. 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegrafien- und Fernsprecheheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.“ Dieses Gesetz hob praktisch alle bürgerlich-demokratischen Grundrechte der Weimarer Republik auf und schuf eine Art Ausnahmezustand. Dem Hitlerfaschismus war Tür und Tor für grenzenlose Willkür und zügellosen Terror geöffnet.

Es ist mehr als notwendig, darauf hinzuweisen, daß dieses Gesetz, mit dem die Nazis ihre Unterdrückungspolitik legalisierten und auf eine „gesetzliche“ Grundlage stellten, gegenwärtig eine Neuauflage erlebt. Der Bonner Staat, der noch mit einem klerikalen und scheindemokratischen Mäntelchen seine faschistische Blöße tarnt, hat bereits einen Entwurf zur Verfassungsänderung vorliegen, den Art. 115 a, Abs. 4 Ziff. 1, der der Bundesregierung das Recht geben soll, eine Reihe von Grundrechten außer Kraft zu setzen. Dieses Notstandsgesetz enthält im wesentlichen die gleichen Punkte, wie das Nazigesetz vom 28. Februar 1933. Der Staat, der sich auf den alten, ausgefahrenen Gleisen der finstersten Vergangenheit deutscher Geschichte bewegt, nutzt die „Erfahrungen“ Hitlers bei der Unterdrückung des Volkes aus.

Die ersten Lager

Im Terrorsystem des Faschismus spielen die Konzentrationslager eine besondere Rolle. Sie waren keine zufällige Erscheinung, sondern ein fester Bestandteil des Faschismus und dienten zur Isolierung und Vernichtung der Hitlergegner sowie zur Schaffung einer Angstpsychose unter der Bevölkerung. Später traten neben diesen politischen Zielen der Konzentrationslager immer mehr die ökonomischen Belange in den Vordergrund. „Das Schwarze Korps“, das offizielle SS-Organ, bezeichnete 1933 die Konzentrationslager als „Kampfgebiete“ und schrieb: „So bilden die Konzentrationslager inselhafte Kampfgebiete der inneren Front, Kriegsschauplätze, an denen jeweils eine Handvoll Männer Deutschland vor dem inneren Feind bewahrt.“

Die KZ-Lager waren der blutigste und grausamste Ausdruck der faschistischen Diktatur. Dennoch ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Konzentrationslager nur eine Seite des Naziterrors darstellten. Tausende Antifaschisten schmachteten in Gefängnissen und Zuchthäusern, viele wurden „auf der Flucht erschossen“ – wie der Mörder den Mord begründete –, bevor sie in ein Lager kamen, oder wurden vom sogenannten Volksgerichtshof und anderen Sondergerichten zum Tode verurteilt und mit dem Fallbeil hingerichtet. Selbst hier ging den Henkern der Mord zu langsam. Die Hinrichtung sollte maschinell betrieben werden. Deshalb wurde bereits 1934 die Henkersarbeit mit dem Handbeil durch die Guillotine ersetzt, von der Hitler Ende 1933 „vorsorglich“ 20 Stück im Gefängnis Tegel herstellen ließ.

Die faschistische Gesetzgebung versuchte, die Konzentrationslager „rechtlich“ zu sanktionieren und „gesetzliche“ Grundlagen für die Freiheitsberaubung und Inhaftierung zu schaffen. Mit dem Gesetz zum „Schutz von Volk und Staat“ hatte sich die faschistische Diktatur diese Grundlagen für die Schutzhaft verschafft. Jede Person konnte willkürlich verhaftet und festgesetzt werden, ohne daß ihr das Recht zustand, dagegen anzukämpfen.

Die Justiz war zur Hure der braunen Diktatur geworden, war ihr gefügiger Helfer und Handlanger. Ein bezeichnendes Eingeständnis dazu machte der Reichsanwalt Parisius am 24. April 1938 aus Anlaß des vierjährigen Bestehens des „Volksgerichtshofes“, als er in der Festrede sagte: „Die Aufgabe des Volksgerichtshofes ist nicht die, Recht zu sprechen, sondern die, die Gegner des Nationalsozialismus zu vernichten.“

Der Plan zur Errichtung von Konzentrationslagern entstand nicht erst 1933. Bereits vor der Machtergreifung des Faschismus lassen Äußerungen führender Nazis erkennen, daß die Bildung von Konzentrationslagern eingeplant war. Gerhart S. Seger, ehemaliger Reichstagsabgeordneter der SPD, dem es gelungen war, aus dem Konzentrationslager Oranienburg zu fliehen und in die Tschechoslowakei zu emigrieren, sagte im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß aus, daß schon im Dezember 1932 der spätere Naziinnenminister Frick zu ihm äußerte: „Schon gut, wenn wir zur Macht kommen, werden wir euch Kerle alle ins Konzentrationslager stecken.“

Mit den ersten Massenverhaftungswellen entstand eine ganze Anzahl von Konzentrationslagern. Neben den direkt von Göring veranlaßten und staatlicherseits eingerichteten Konzentrationslagern gab es die „wilden“ Lager, die von einzelnen SA-Führern im lokalen Rahmen eingerichtet wurden. Sie befanden sich in ehemaligen Zuchthäusern und Gefängnissen, Festungen, Burgen, stillgelegten Fabriken, SA-Kasernen und Sturmlokalen. So war beispielsweise das Konzentrationslager Kemna bei Wuppertal in der ehemaligen „Wuppertaler Putzwollfabrik“ untergebracht. In Königaberg wurde eine alte Fronfeste aus dem 16. Jahrhundert, in Missler bei Bremen ein stillgelegtes Schiff, in Colditz ein altes Schloß, in Sachsenburg eine stillgelegte Spinnerei, in Lichtenburg ein altes Zuchthaus, das wegen Baufälligkeit 1928 geschlossen wurde, benutzt. In Berlin wurden SA-Kasernen (Hedemannstraße, Friedrichstraße, General-Pape-Straße, Friesenstraße usw.) als Konzentrationslager eingerichtet. Vom Gestapochof Diels gibt es

einen Bericht über die Besichtigung einer solchen Kaserne, und zwar der SA-Hölle Hedemannstraße, in dem er schreibt: „Dort waren die Fußböden einiger leerer Zimmer, in denen sich die Folterknechte betätigten, mit einer Strohschütte bedeckt worden. Die Opfer, die wir vorfanden, waren dem Hungertode nahe. Sie waren tagelang stehend in Schränke gepreßt worden, um ihnen ‚Geständnisse‘ zu erpressen. Die ‚Vernehmungen‘ hatten mit Prü- geln begonnen und geendet; dabei hatte ein Dutzend Kerle in Abständen von Stunden mit Eisenstäben, Gummiknüppeln und Peitschen auf die Opfer eingedroschen. Eingeschlagene Zähne und gebrochene Knochen legten von den Torturen Zeugnis ab. Als wir eintraten, lagen diese lebenden Skelette reihenweise mit eiternden Wunden auf dem faulenden Stroh. Es gab keinen, des- sen Körper nicht vom Kopf bis zu den Füßen die hlauen, gelben und grünen Male der unmenschlichen Prügel an sich trug. Bei vielen waren die Augen zugeschwollen, und unter den Nasen- löchern klebten Krusten geronnenen Blutes. Jeder einzelne mußte auf die bereitgestellten Einsatzwagen getragen werden; sie waren des Gehens nicht mehr fähig.“

Die „wilden“ Konzentrationslager herrschten in den ersten Monaten der Hitlerdiktatur noch vor. Sie waren mehr oder weni- ger auf „private Initiative“ örtlicher SA-Führer entstanden, die darin Antifaschisten aus der näheren Umgebung inhaftierten und ihren persönlichen Rachege-lüsten nachgingen. So stand bei- spielsweise über dem Konzentrationslager Oranienburg, das in einer ehemaligen Brauerei untergebracht war: „Konzentrations- lager der Standarte 208.“ Viele dieser „wilden“ Lager wurden durch Göring aufgelöst beziehungsweise lösten sich selbst auf oder wurden als staatliche Konzentrationslager weitergeführt. Beispiele dafür sind die Lager des SA-Gruppenführers Heines in Dürrgoy bei Breslau, des Gauleiters Karpfenstein in Stettin, das auf der Burg Hohnstein, Kemna bei Wuppertal usw. Der Nazistaat war auf Grund der internationalen Protestbewe- gung und der antifaschistischen Stimmung im Volke, die unter

anderem in den zwölf Millionen Stimmen für SPD und KPD bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 zum Ausdruck kam, gezwungen, den ganzen Terror mehr in „staatliche“ Bahnen zu lenken. Für die Häftlinge selbst änderte sich nichts. Nur die Lager kamen jetzt unter staatliche Regie. Selbst die Bewachungsmannschaften veränderten sich nicht, außer dort, wo die Polizei vorübergehend als Wachmannschaft fungierte. Aus den Bestimmungen über die Errichtung und Verwaltung von Konzentrationslagern, die am 5. August 1933 vom Landeskriminalamt Dresden verfügt wurden, geht hervor, daß die Wachmannschaften, die nicht der Polizei angehörten, also vorwiegend SA-Leute, für die Dauer des Bestehens der Lager als Hilfspolizeibeamte zu verpflichten waren. Der SA-Terror wurde damit staatlicherseits anerkannt und die faschistischen Schläger in den Staatsdienst übernommen.

Praktisch hat es überhaupt keine Bedeutung, zwischen „wildem“ und staatlichen Konzentrationslagern zu unterscheiden. Der faschistische Terror war in allen Lagern gleichermaßen ausgeprägt.

Es ist kaum möglich, eine genaue Zahl der 1933 bestehenden Lager festzustellen. Einige der bekanntesten seien an dieser Stelle genannt:

Bad Dürrheim	Colditz
Bad Sulza	Dachau
Berlin, Columbia-Haus	Dresden, Mathildenschlößchen
Berlin, General-Pape-Str.	Dürrgoy b. Breslau
Berlin, Hedemannstr.	Esterwegen
Berlin, Voßstr.	Fuhlsbüttel
Börgermoor	Frankfurt/Main-Fechenheim
Bärnicke über Velten b. Berlin	Frankfurt/Main-Rödelheim
Bornim b. Berlin	Ginsheim
Brandenburg	Grundau b. Königsberg
Bremen	Grünhainichen, Sachsen
Breslau, Braunes Haus	Hainewalde, Sachsen

Heuberg	Ohrdruf, Thüringen
Hohnstein, Sachsen	Oranienburg b. Berlin
Kassel	Schloß Osterstein b. Zwickau
Kemna b. Wuppertal	Osthofen
Kieslau b. Bruchsal	Papenburg
Königs Wusterhausen	Rastatt, Baden
Langen, Hessen	Sachsenburg
Lengefeld	Sennelager b. Paderborn
Lichtenburg	Sonnenburg
Lippstadt, SS-Kaserne	Stettin, Vulkanwerft
Lohra	Wanne-Eickel
Moringen b. Hannover	Wilsede, Lüneburger Heide
Mühlheim	Wittmoor
Neustadt, Pfalz	Zittau

Diese Aufstellung kann nur eine Auswahl sein. Es müßten zum Beispiel alle Gerichtsgefängnisse, Zucht- und Arbeitshäuser, SS- und SA-Kasernen genannt werden, in denen Schutzhäftlinge inhaftiert waren. Das war noch 1934 der Fall, wie aus Akten der Münchener Politischen Polizei hervorgeht. Allein in Bayern waren am 13. März 1933 in Gerichtsgefängnissen und Strafanstalten 2784 Schutzhäftlinge untergebracht. Heydrich – damals noch bei der Politischen Polizei Bayerns beschäftigt, später Gestapochef des ganzen Reichs – stellte eine Übersicht für den Staatsminister Wagner zusammen, wonach sich am 1. April 1934 von 2703 Schutzhaftgefangenen 798 in Strafanstalten, Gerichts- und Polizeigegefängnissen befanden. Es wurden Proteste der Gerichts- und Polizeigegefängnisse laut, daß die Gebäude mit Schutzhaftgefangenen überfüllt waren und der ordentliche Strafvollzug nicht mehr durchgeführt werden konnte. Sie verlangten eine Änderung dieser Verhältnisse. Die Schaffung von zentralen, staatlich gelenkten Konzentrationslagern war deshalb auch in der Überfüllung der Gefängnisse und Haftanstalten begründet, die für eine derartige Aufgabe nicht eingerichtet waren. Dazu schrieb die „Telegraf-Zeitung“ am 20. März 1933: „Hier (in Dachau – H. K.) werden die gesam-

ten kommunistischen und — so weit notwendig — Reichsbanner- und marxistischen Funktionäre, die gegen die Sicherheit des Staates gefährden, zusammengezogen, da es auf die Dauer nicht möglich ist, wenn der Staatsapparat nicht so sehr belastet werden soll, die einzelnen kommunistischen Funktionäre in den Gerichtsgefängnissen zu lassen, während es andererseits auch nicht angängig ist, diese Funktionäre wieder in die Freiheit zu lassen.“ Auch der Bericht des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an den Minister des Innern, Berlin, vom 6. Juli 1933 bestätigt dies. In ihm wird die Schaffung des Konzentrationslagers Kemna bei Wuppertal damit begründet, daß „die Strafanstalten des Regierungsbezirks infolge der zahlreichen in Schutzhaft genommenen politischen Gefangenen sehr stark überbelegt waren und vorläufig mit einer Verminderung der Gefangenenzahl nicht gerechnet werden können“. Wenige Wochen Nazidiktatur und faschistischer Terror hatten genügt, um die bestehenden Gefängnisse und Zuchthäuser restlos zu füllen. Dennoch reichte das nicht. Immer neue Terrorakte folgten; Razzien und Massenverhaftungswellen lösten einander ab. Ein Netz von Konzentrationslagern überzog Deutschland.

Unsagbare Leiden mußten die Opfer der Hitlerbarbarei in den Konzentrationslagern ertragen, die zu einer festen Einrichtung, ja zu einem ganzen System, zu einem KZ-Staat ausgebaut wurden. Mit ausgeklügeltem Sadismus wurden immer neue Mittel und Methoden erfunden, um den Häftlingen das Leben zur Hölle zu machen. Grausame Quälereien, Strafexerzieren, Mißhandlungen, Essenentzug, Prügel und Totschlag waren die Tatsachen, in denen sich die von den Nazis lautstark gepriesene „unblutige nationale Revolution“ offenbarte. Als „Sport“ und „Exerzieren“ bezeichneten die faschistischen Schläger im KZ Sonnenburg beispielsweise das, worüber ein Häftling berichtete: „Einer kommandiert von ihnen nur immer ‚Antreten!‘. Ehe die Reihe zum Stehen kommt, hat er sich schon wieder gedreht. Der ganze Haufen stürzt nun auf seinen neuen Platz. So geht das ohne jede

Atempause weiter. Draußen stehen in einem Kreis die SA-Leute um uns herum. Unablässig stellen sie uns Beine, treten den Gefangenen ins Gesäß und schlagen dauernd auf sie ein. Jeder, der ihnen nicht schnell genug läuft, wird verfolgt. Langsam verwandelt sich unsere Nervosität in tierische Angst. Rücksichtslos stößt einer den anderen fort. So wälzen wir uns wohl eine Viertelstunde auf dem Platze umher.

Schließlich kommt der ganze Trupp einmal zum Stehen. Aber jetzt beginnt erst das Exerzieren. Wir werden in Gruppen zu acht Mann eingeteilt und marschieren im Karree auf dem Hof. Wir sollen singen, Nazilieder, die wir wohl gehört haben, aber die natürlich niemand kann. Das wird uns als Gehorsamsverweigerung ausgelegt. Nun beginnt Laufschrift in Viererreihen. ‚Hinlegen – Auf! – Marsch, marsch!‘ und alle Augenblicke ‚Achtung‘ mit Front zum Kommandierenden.

Den ganzen Tag brannte die heiße Sonne. Unsere Kleider waren von Schweiß vollkommen durchweicht. Durch das Hinlegen in den Staub klebten sie vor Schmutz. Wir waren dem Wahnsinn nahe. Es war kein Hinlegen mehr, wir stürzten übereinander. Man hatte keine Aufmerksamkeit mehr hinzusehen; man ließ sich fallen wie einen Sack. Aber wenn wir nicht ausgerichtet nebeneinander lagen, so war das ein neuer Grund zur Quälerei. Ausgepumpt bis aufs letzte, hätte keiner von uns eine Steigerung dieser Qualen für möglich gehalten. Doch unsere Henkersknechte verstanden ihr Handwerk. Wir mußten ‚Liegestütz‘ üben, wohl an die dreißig- bis vierzigmal . . . Dann wurden wir von einem Ende des großen Hofes zum anderen gejagt . . . Das geht wohl eine Stunde lang. Dann kippt langsam einer nach dem anderen um und bricht ohnmächtig zusammen.“

So war es in allen Lagern, wo Antifaschisten eingekerkert wurden. Die Häftlinge wurden auch dadurch bis zur Bewußtlosigkeit gequält, daß sie Sand oder Steine Tag für Tag im rasenden Tempo von einer Ecke in die andere karren mußten, sinnlose Arbeiten, von teuflischen Gehirnen erdacht, um politische Gegner

auszurotten und den persönlichen Rachegelüsten freien Lauf zu lassen. Häftlinge wurden „auf der Flucht erschossen“, zu Tode geprügelt, von Felsen gestürzt und lebendig eingemauert wie in Hohnstein, mit Knüppeln, Peitschen und Gewehrkolben geschlagen, bis das Fleisch auf den Knochen faulte, oder zum Irrsinn getrieben. Im Konzentrationslager Hohnstein war dafür eine Dusche benutzt worden. Darüber berichtet ein ehemaliger Häftling: „Der Gefangene mußte sich unter eine Dusche stellen und in strammer Haltung verbleiben. Alle 6–10 Sekunden fiel ein Tropfen auf seinen Kopf, während zwei SA-Leute mit Gummiknüppeln jede Rührung bestrafen. Viele sind dabei irrsinnig geworden und mußten in ein Irrenhaus eingeliefert werden.“

Viele bewährte Arbeiterfunktionäre und fortschrittliche Intellektuelle wurden in die Konzentrationslager geschleppt oder kamen, nachdem sie Jahre in Gefängnissen und Zuchthäusern verbracht hatten, anschließend in die Lager. Erich Mühsam, Carl von Ossietzky, Hans Litten, Paul Schneider, die noch vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges den braunen Banditen zum Opfer fielen, folgten Ernst Thälmann, Rudolf Breitscheid, Rudi Arndt, Albert Kuntz, Walter Stoecker, Ernst Schneller, Mathias Thesen und viele andere, die, die Freiheit vor Augen, nach teilweise mehr als zehnjähriger Kerkerhaft und Konzentrationslager, ermordet wurden.

Wovor die Kommunistische Partei Deutschlands immer wieder unermüdlich das deutsche Volk gewarnt hatte und was Ernst Thälmann noch auf der letzten Tagung des ZK am 7. Februar 1933 in Zenithen voraussagte, war eingetroffen: Der Faschismus hatte aus Deutschland ein Land der SA-Höllen und Galgen, der Zuchthäuser und Konzentrationslager, ein Land der Kriegsvorbereitung und der nationalen Katastrophe gemacht. Bitter mußte das deutsche Volk dafür zahlen, daß es die Warnungen der Kommunisten nicht ernst genug genommen hatte.

SS und SA

Der Hitlerfaschismus war mit Demagogie und Gewalt an die Macht gekommen. Er hatte sich der SA als Schlägergarde bedient. Bereits Ende 1933 und besonders Anfang 1934 hatte sich immer mehr die Unzufriedenheit weiter Kreise der SA und teilweise auch der SS bemerkbar gemacht. Sie betrachteten den 30. Januar 1933, die Machtergreifung des Faschismus, als noch nicht abgeschlossen und trugen sich mit dem Gedanken einer „zweiten Revolution“, glaubten an das 25-Punkte-Programm der NSDAP, an die „Brechung der Zinsknechtschaft“ und den Kampf gegen die Plutokraten. Es waren besonders die kleinbürgerlichen Elemente der SA, die ihren Anteil für die Errichtung der faschistischen Diktatur und einen guten Platz an der „nationalsozialistischen Futterkrippe“ forderten. Selbst Röhm, Stabschef der SA, war unzufrieden. Er strebte die Schaffung eines besonderen Ministeriums an, in das Reichswehr, SA, SS und alle halb-militärischen Verbände eingegliedert werden sollten. Die SA wollte er zu einem „Volksheer“ ausbauen. Dieser Eingriff in die privilegierten Rechte der Reichswehr brachte deren Feindschaft mit sich. Auch seitens der Industrie wurde eine Entscheidung verlangt. Die Forderung der SA nach Durchführung einer „zweiten Revolution“ bedrohte auch die Interessen des Monopolkapitals. Hitler mußte sich entscheiden, und er entschied sich für die Reichswehr als den „einzigen Waffenträger der Nation“.

Brutal entledigten sich Hitler und seine getreuen Paladine ihrer jetzt unbequem gewordenen früheren Anhänger. Schonungslos rottete die SS, die ihre Zeit für gekommen sah, fast alle höheren SA-Führer aus. Die gestern noch so gefürchteten und allmächtigen SA-Generale fielen unter den Kugeln ihres „Führers“; damit auch keiner dabei übersehen wurde, waren vorher bereits Listen aufgestellt worden, die – die Gelegenheit war günstig – auch Namen von Zeugen und Handlangern faschistischer Schandtaten und politischer Gegner enthielten. Hitler ließ bei diesem Blutbad

auch diejenigen ins Jenseits befördern, die am besten aussagen konnten, wie man einen Reichstag anzündet.

Es ist nicht uninteressant, daran zu erinnern, daß viele SA-Führer in den Orten erschossen wurden, die sie selbst als Vernichtungsstätte für ihre Gegner eingerichtet hatten. Allein in Dachau wurden 75 SA-Führer erschossen; auch das KZ Lichtenburg diente als Mordstätte. 25 Häftlinge aus der Röhm-Affäre des 30. Juni 1934 waren noch 1938/1939 in Dachau, gingen aber 1939 alle in der sogenannten Strafkompagnie zugrunde.

Die Aktionen des 30. Juni 1934 wurden offen von der Reichswehr unterstützt, die Waffen, Fahrzeuge und Flugzeuge für den Transport der SS zur Verfügung stellte und die SS in Kasernen der Reichswehr unterbrachte. Bezeichnend für die Zielstellung des 30. Juni 1934 ist ein Artikel in der „Deutschen Bergwerkszeitung“, einem Organ der Schwerindustriellen, vom 5. Juli 1934, in dem es heißt: „Vor dieser Gefahr ist die Wirtschaft durch das schnelle Zupacken am 30. Juni gerettet worden. Sie wird ihren Dank dafür abstaten.“ Und der Dank wurde in Form klingender Münze abgestattet.

Der 30. Juni 1934 entschied auch die Rivalität zwischen SA und SS um die beherrschende Stellung im faschistischen Staat. Wurden 1933 die Wachmannschaften der Konzentrationslager noch überwiegend durch SA gestellt, so spielte sie Ende 1934 in dieser Frage kaum mehr eine Rolle. Alle zentral gelenkten Konzentrationslager kamen unter SS-Einfluß. In Dachau, das von Anfang an unter SS-Bewachung stand und eines der ersten Lager überhaupt war, bildete sich der spätere Prototyp des Konzentrationslagers heraus. Neben dem Lager Vulkanwerft (Stettin) war die SS 1933 nur noch in den Moorklagern beteiligt. Die Moorklager, ein System von 15 Lagern mit dem Zentrum Papenburg, wurden in den Jahren 1934–1936 wieder zu Strafvollzugsanstalten und nach Ausbruch des Krieges teilweise zu Militärstraflagern. Im Dezember 1933 wurde eine staatliche Wachmannschaft aus SA- und SS-Angehörigen gebildet. Bei der Aufstellung dieser Wachtruppe

war vorher bestimmt worden, daß nur SA-Angehörige aufgenommen werden sollten. Später kamen allerdings noch 70 SS-Leute dazu, die durch die Auflösung der Lager Brandenburg und Sonnenburg „stellungslos“ geworden waren. 568 SA-Leute wurden in diese Wachtruppe aufgenommen. Durch die im April 1934 durchgeführte Einsetzung des SS-Gruppenführers Eicke als „Führer der SS-Wachbataillone und der KL“ – wie sein offizieller Titel hieß – wurde die Vormachtstellung der SS im KZ-System gefestigt; außerdem war die SS, die der SA bis dahin unterstand, nach dem 30. Juni 1934 als selbständige Organisation erklärt worden. Eine der ersten Maßnahmen Eickes war die Einführung einer einheitlichen Lagerordnung, in deren Einleitung es hieß: „Toleranz bedeutet Schwäche. Den politisierenden Hetzern und intellektuellen Wühlern . . . sei gesagt, hütet euch, daß man euch nicht erwischt, man wird euch sonst nach den Hälsen greifen und . . . zum Schweigen bringen.“

Arbeitermörder wüten

In den Konzentrationslagern wurden Angehörige aller Schichten des Volkes, Arbeiter, Bauern, Intellektuelle, Künstler und Geistliche, Mitglieder der verschiedensten politischen Parteien und jüdische Bürger inhaftiert. Den größten Anteil stellten jedoch zu jeder Zeit die Kommunisten. Sie waren die ersten, gegen die sich das Wüten der SA- und SS-Banditen richtete. Sie waren die ersten, die ins Lager kamen. Und sie waren auch die ersten, die ihr Leben für die Zukunft Deutschlands gaben. Zehntausende wurden in den ersten Monaten des „Tausendjährigen Reiches“ in die Lager und Gestapohöllen verschleppt.

Der Aktion gegen die KPD in der Nacht des Reichstagsbrandes, bei der allein in Berlin 1500 kommunistische Funktionäre verhaftet wurden, folgten neue Terrorwellen nach den Reichstagswahlen am 5. März 1933. Der Nazi-Innenminister von Bayern,

Wagner, ordnete beispielsweise am 10. März 1933 an, „alle kommunistischen und Reichsbannerfunktionäre, soweit sie zu erreichen sind, in Haft“ zu nehmen. Ebenso befahl der Regierungspräsident von Potsdam am 11. März, alle gewählten kommunistischen Reichs- und Landtagsabgeordneten festzunehmen. Gibt es noch bessere Beweise für die Volksfeindlichkeit und den Terror eines Regimes, wenn es die vom Volke gewählten Abgeordneten verhaften läßt? Gibt es noch bessere Beweise dafür, daß Parlament und Wahl nur noch Staffage, nur noch Attrappe einer bourgeoisen Diktatur sind? Welche Parallele zum Bonner Staat, der sich gleichfalls über den Willen des deutschen Volkes hinwegsetzt und das Parlament als Kulisse einer Scheindemokratie benutzt!

In einem geheimen Rundschreiben Leys, des Leiters der sogenannten Deutschen Arbeitsfront, vom 21. April 1933 wurde die Zerschlagung der Gewerkschaften vorbereitet und angeordnet, mit der Gleichschaltung am 2. Mai 1933 „alle Verbandsvorsitzenden, die Bezirkssekretäre und die Filialleiter der Bank der Arbeiter und Beamten A. G.“ in Schutzhaft zu nehmen. Nach dem Verbot der SPD am 22. Juni 1933 kamen auch zahlreiche Mitglieder der SPD in die Konzentrationslager.

1933 waren von den in das KZ Börgermoor verschleppten Häftlingen 70 Prozent Kommunisten und 20 Prozent Sozialdemokraten. In Dachau waren 50 Prozent der Lagerinsassen Kommunisten und 20 Prozent Sozialdemokraten. Der „Völkische Beobachter“, das zentrale Organ der Nazipartei, schrieb am 22. Januar 1936 offen darüber: „Den größten Stamm der Insassen der Konzentrationslager bilden diejenigen kommunistischen und sonstigen marxistischen Funktionäre, die nach den gemachten Erfahrungen in Freiheit sofort ihren Kampf gegen den Staat wieder aufnehmen würden.“

Ungeachtet des grausamen faschistischen Terrors, der Massenverhaftungen und der Blutjustiz, unter den schweren Bedingungen der Illegalität setzte die Kommunistische Partei den antifaschistischen Widerstandskampf fort. Die KPD war die einzige organi-

sierte und die führende Kraft des Widerstandskampfes gegen die Diktatur der Monopole. Die Lageberichte der Gestapo weisen immer wieder auf diese Tatsache hin. In einem Bericht des württembergischen Politischen Landespolizeiamtes vom 6. März 1936 an das Geheime Staatspolizeiamt, Berlin, heißt es dazu: „Die früheren Kommunisten und übrigen Schutzhäftlinge, die fast alle bei hohen Löhnen wieder in Betrieben untergekommen sind, sind meist weder durch geeignete Propaganda noch durch andere Maßnahmen von ihrer früheren Einstellung abzubringen.“ Aus einer anderen Quelle, einem Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom Januar 1936 geht gleiches hervor: „... dies ist ein Beweis dafür, daß fanatische und überzeugte Anhänger der KPD trotz aller Schutz- und Strafhaft nie zu arbeiten aufhören werden. Schutz- oder Strafhaft von 1 oder 2 Jahren nutzt gar nichts, da die illegale Arbeit sofort nach der Entlassung fortgesetzt wird und besonders in den Konzentrationslagern immer wieder die Möglichkeit besteht, vorhandene Beziehungen auszubauen, neue anzuknüpfen und für die illegale Arbeit nach der Entlassung mit neuen Weisungen versehen zu werden. Zu erstreben dürfte daher sein, sämtliche führenden Köpfe und Funktionäre der KPD für längere Zeit in besonderen Lagern unschädlich zu machen.“ Es geht klar aus diesen Quellen hervor, daß von einer Abschaffung der Konzentrationslager keine Rede sein konnte, wenn auch von der faschistischen Presse aus demagogischen Gründen darüber Meldungen verbreitet wurden. In einem Artikel über die Arbeit der Gestapo im „Berliner Lokal-Anzeiger“ vom 10. März 1934 wurde erklärt: „Schutzhaft wird entbehrlicher. Nach einer weiteren Mitteilung des Geheimen Staatspolizeiamtes wird im Zusammenhang mit der zunehmenden innerpolitischen Beruhigung zwangsläufig auch von der Anordnung der Schutzhaft weniger Gebrauch gemacht.“ In einem Ministerialerlaß Görings vom 13. Februar 1934 wird davon gesprochen, die Schutzhaft „maßvoll“ anzuwenden, mit dem Ziel der völligen Beseitigung der Konzentrationslager. Das war reine Zweckpropaganda, die der

Täuschung des eigenen Volkes dienen und von der weltweiten Protestbewegung gegen die Bluttaten des Hitlerfaschismus ablenken sollte.

Das Gegenteil trat ein. Sowohl die Zahl der Konzentrationslager als auch die der Häftlinge stieg in den weiteren Jahren, besonders nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges, sprunghaft an.

Die SS rüstet auf

Für die Bewachung der Konzentrationslager stellte die SS eigene Mannschaften auf, die sogenannten Totenkopfverbände. SS-Brigadeführer Eicke, dem die Konzentrationslager und Wachmannschaften unterstanden, faßte 1935 die Totenkopfverbände zu fünf Sturmabteilungen zusammen und unterstellte sie einer „Inspektion der SS-Totenkopfverbände“. Es waren die Sturmabteilung I (Oberbayern), II (Elbe), III (Sachsen), IV (Ostfriesland) und V (Brandenburg). Die Aufgaben der Totenkopf-SS waren einmal die Bewachung der Konzentrationslager und zum anderen die Ausbildung von SS-Rekruten. Die SS-Truppe wurde zu einem willigen faschistischen Instrument ausgebildet, gedrillt zum Mord und Terror, erzogen im faschistischen Bewußtsein von der Mission eines „Herrenmenschen“ gegen das „Untermenschentum“.

Es ging der SS bei der Aufstellung der Totenkopfverbände nicht nur um die Bewachung der Konzentrationslager und die Ausbildung von SS-Leuten. Vielmehr waren diese Verbände – neben den SS-Verfügungstruppen – mit konkreten Aufgaben im Falle eines Krieges bedacht. Sie sollten bei Kriegsausbruch die Stammhundertschaften für rund 30 Totenkopfsturmbatallionen sein, etwa 25 000 Mann, die für die Unterdrückung des eigenen Volkes im Innern des Reiches eingesetzt werden sollten. Die SS-Totenkopfverbände wurden von den einzelnen Ländern finanziert, da die Bewachung der Häftlinge als Staatsauftrag galt. Ab 1. April 1936 gehörten sie in das Ressort des Reichsministeriums des

Innern. Im April 1937 wurden die fünf Sturmabteilungen zu drei Standarten zusammengefaßt, die den Namen „Oberbayern“, „Brandenburg“ und „Thüringen“ trugen. Eine vierte Standarte wurde im Herbst 1938 in Linz unter dem Namen „Ostmark“ aufgestellt. Die SS-Totenkopfverbände waren ihrem Charakter nach eine vom Staat ausgehaltene Bürgerkriegstruppe, über die Himmler selbst ein Werturteil ablegte, als er 1937 schrieb: „Ich weiß, daß es manche Leute in Deutschland gibt, denen es schlecht wird, wenn sie diesen schwarzen Rock sehen; wir haben Verständnis dafür und erwarten nicht, daß wir von allzuvielen geliebt werden.“

Die SS-Verfügungstruppen umfaßten bereits März 1935 neun Sturmabteilungen, einen Pioniersturmbann und einen Nachrichtensturmbann. Am 1. Oktober 1936 wurden die Sturmabteilungen der SS-Verfügungstruppen zu Standarten zusammengefaßt. Die Gesamtstärke der SS betrug 1936 210 000 Mann. Der SS wurde 1935 zugestanden, daß je 35 Divisionen der Wehrmacht eine Division der SS zugeteilt werden konnte, der später so berüchtigten Waffen-SS, die als faschistische Elitetruppe unter anderem auch den kleinen französischen Ort Oradour-sur-Glane dem Erdboden gleichmachte und alle Bewohner ermordete. 642 Opfer, Frauen, Männer und Kinder, fielen dem Wüten der SS-Banditen zum Opfer. Heute ist der Ort dieses Verbrechens Nationalheiligtum.

Himmlers Ziel war es, die SS zur beherrschenden Exekutive des Staates zu machen. Nach dem Eindringen in die Gestapo – Himmler wurde am 20. April 1934 Stellvertretender Chef der Gestapo – wurde Himmler am 17. Juni 1936 zum Chef der Deutschen Polizei ernannt. Er führte jetzt den Titel „Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei“. Chef der Sicherheitspolizei und des SD wurde sein vertrautester Mitarbeiter Heydrich. Die Gestapo, ursprünglich auf Preußen begrenzt, dehnte ihr Netz auf ganz Deutschland aus. Das war die Einleitung für eine neue Etappe in der Entwicklung des KZ-Systems.

„... damit sie leben können“

Bis zu diesem Zeitpunkt bestand die Stellung des Häftlings nur darin, entweder – was rein zufällig und äußerst selten war – entlassen zu werden oder – was häufiger war – im Lager zu bleiben und auf irgendeine Weise umgebracht zu werden. Mit der Aufrüstung der SS und der allgemeinen Aufrüstung im Hitlerstaat änderte sich das. War der Häftling bis dahin – nur die Moorklager machten hier eine Ausnahme – mehr oder weniger nur ein Objekt, das zur Vernichtung in die Konzentrationslager kam, so wurde er jetzt außerdem zum Arbeitssklaven. Die SS hatte den profitablen Nutzen des KZ-Systems erkannt. Die Zwangsausbeutung der Häftlinge hatte speziell für die SS die verschiedensten Vorteile: Die Arbeitskraft der Häftlinge war äußerst billig, stand nahezu unbegrenzt zur Verfügung und konnte bis zur physischen Vernichtung der Häftlinge ausgenutzt werden. Das Ausmaß der SS-Aufrüstung konnte durch die Schaffung von Werkstätten und Betrieben in den Konzentrationslagern der Kontrolle der Wehrmacht entzogen werden. Den staatlichen Stellen war der Einblick in das Finanzwesen der Konzentrationslager und SS-Verbände entzogen, da die Reichsmittel für die Konzentrationslager in Form einer Jahrespauschalsumme über die NSDAP zu Himmler gelangten. Die Ausnutzung der Häftlingsarbeitskraft bot die Möglichkeit, die wirtschaftliche Lage der SS zu verbessern und die Lager als ökonomische Basis der SS auszubauen.

Neben vielen sinnlosen Arbeiten, wie dem Transport von Steinen und Sand von einer Stelle zur anderen im ewigen Kreislauf, die nur dazu dienten, die Häftlinge zu quälen und physisch zu vernichten, wurden die Häftlinge im zunehmenden Maße zum Bau von neuen Lagern, von SS-Kasernen, Garagen, Betrieben, Kaserneplätzen, Sportplätzen und Wohnhäusern für die SS verwendet. Vermietungen der Häftlinge an die Privatindustrie, wie sie vor allem im zweiten Weltkrieg eine Massenerscheinung

waren, kamen in der Vorkriegszeit noch relativ selten vor. 1 Ausbeutung für eigene Zwecke der SS stand im Vordergrund. Darüber sagte Himmler in einer Ansprache an das Offizierskorps der Leibstandarte-SS „Adolf Hitler“ am 7. September 1934 ganz offen: „Das Wohn-Bau-Programm, das die Voraussetzung für eine gesunde und soziale Grundlage der Gesamt-SS wie die des gesamten Führerkorps ist, ist nicht denkbar, wenn ich nicht an irgendeiner Stelle her das Geld bekommen würde, das Gott mir schenkt, mir niemand, das muß verdient werden, das wird verdient werden dadurch, daß der Abschaum der Menschheit, die Häftlinge, die Berufsverbrecher, daß die negativ zur Arbeit angeordnet werden müssen. Der Mann, der nun diese Häftlinge bewacht, tut einen schwereren Dienst, wie der, der exerzieren geht. Der, der das tut und neben diesen negativsten Menschen steht, betreibt in diesen 3 oder 4 Monaten, – und das wird sich ja zeigen: Im Frieden werde ich Wachbataillone bilden und die nur abkommandieren auf 3 Monate – lernen in dieser Zeit den Kampf mit dem Untermenschentum kennen und das wird nicht eine öde Wachtätigkeit, sondern, wenn die Offiziere es richtig machen, den besten Unterricht über Untermenschentum kennen und über Minderrassentum noch erfahren. Diese Tätigkeit ist notwendig, wie ich Ihnen schon sagte, 1. um dem deutschen Volk diese negativen Menschen wegzunehmen, 2. um sie einzuspannen noch einmal für die große Volksgemeinschaft, daß sie Steine brechen und Steine brennen, damit der Führer seine großen Bauten wieder machen kann und 3. daß das, was damit ganz nüchtern wieder an Geld verdient wird, das wird wieder umgesetzt in Häusern, in Grund und Boden, in Siedlungsstellen, daß unsere Männer und unsere Führer, damit sie leben können und Häuser haben, in denen sie wirklich große Familien haben können und viel Kinder.“

Ein schauderhaftes Deutsch, aber im Inhalt äußerst aufschlußreich.

Ist es ein Wunder, wenn bei einer solchen Aufgabenstellung

die Zahl der Häftlinge und der Konzentrationslager stieg? Auf dem „Gesetzeswege“ wurde hier schon vorgearbeitet. Eine Entscheidung des Sondergerichts Hamburg vom 15. März 1935 bestimmte, daß sich die Verordnung vom 28. Februar 1933 nicht nur ihrem Inhalt nach gegen „die Staatsgefährdung“, die von kommunistischer Seite kommt, sondern auch gegen diejenige, „die aus anderen Kreisen kommt“, richtet. Damit war die Möglichkeit gegeben, weitere Bevölkerungsgruppen in die Konzentrationslager zu bringen und die Zahl der Häftlinge zu erhöhen. Noch war es vorwiegend die Furcht vor dem „inneren Feind“, vor dem „inneren Kriegsschauplatz“, die die Lager füllte und die bekanntesten Arbeiterfunktionäre hinter Stacheldraht brachte.

Der Nazistat trug auch dafür Sorge, daß die Entlassungen gestoppt wurden. Eine Anordnung Heydrichs vom 29. Juli 1935 besagte, daß keine Kommunisten mehr entlassen werden, daß alle irgendwie im Verdacht antifaschistischer Betätigung stehenden sofort verhaftet werden und daß alle die kommunistischen Funktionäre, die ihre Strafe verbüßt haben, grundsätzlich in Schutzhaft zu nehmen sind. Diese Regelung sollte auch auf alle übrigen „marxistischen“ Staatsgegner angewandt werden. Auch aus dieser Anordnung geht hervor, daß sich die Terrormaßnahmen des Faschismus immer wieder in erster Linie gegen die aktivsten antifaschistischen Kräfte, die Mitglieder der Kommunistischen Partei, richteten.

Aktion „Arbeitsscheue Reich“

Im Mai 1938 kamen plötzlich einige tausend Häftlinge neu in die Lager. Es war eine Aktion, die unter der Bezeichnung „Arbeitsscheue Reich“ durchgeführt wurde. Bereits früher waren neben politischen Gegnern auch kriminelle Häftlinge in die Konzentrationslager transportiert worden. Im Rahmen dieser Aktion handelte es sich um eine Masseneinlieferung von vorwiegend

kriminellen Häftlingen. Aus einem Geheimbericht des SS-Oberführers Greifelt vom Juli 1938 an die Dienststelle „Vierjahresplan“ beim Persönlichen Stab des Reichsführers-SS über „Arbeits-scheue Reich“ geht hervor, daß Kriminal- und Staatspolizei gemeinsam diese Aktion durchgeführt haben. Sie richtete sich gegen „Landstreicher, Bettler, Zigeuner, Zuhälter, Personen mit Vorstrafen und Juden“, wie es im Bericht heißt. Bei letzteren handelte es sich nicht immer um Kriminelle. Mit der Verhaftung der Juden wurden andere Ziele bezweckt, über die später noch berichtet wird. Viele Personen, die im Rahmen dieser Maßnahme festgenommen wurden, waren nie mit den Gesetzen in Konflikt geraten. Sie waren Opfer persönlicher Intrigen irgendeines Nazis.

Die Hintergründe dieser Aktion, bei der etwa 11 000 Personen unter dem Begriff „Vorbeugungshaft“ in die Konzentrationslager überführt wurden, liegen tiefer, als unmittelbar zu erkennen ist. In einer Unterredung am 13. Februar 1937 teilte Himmler mit, daß er von Göring den Sonderauftrag erhalten habe, den bestehenden Landarbeitermangel von 200 000 Arbeitskräften dadurch zu beseitigen, daß alle „Arbeits-scheuen“ in Lager gebracht werden, um Arbeitskräfte zu gewinnen. Im bereits erwähnten Geheimbericht des SS-Oberführers Greifelt heißt es nun, daß es sich bei dieser Aktion um „Maßnahmen zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kräftebedarfs“ handelte. Es ging also nicht mehr darum, Häftlinge aus politischen Gründen in die Lager zu bringen, sondern darum, Arbeitssklaven zu erhalten. Die Konzentrationslager wurden allmählich zum Sklavenmarkt.

Die Einlieferung von Kriminellen und Asozialen hatte außer der Beschaffung von Arbeitskräften noch eine Reihe anderer Gründe. Mit der Einlieferung von Kriminellen in die Konzentrationslager stellten die Faschisten politische Häftlinge und Kriminelle auf eine Stufe und wollten die politischen Häftlinge moralisch erniedrigen, wobei die SS bezweckte, Kriminelle als Spitzel, Denunzianten und Handlanger für ihre verbrecherische

Tätigkeit zu benutzen und jeden Zusammenhalt, jede Solidarität der Häftlinge untereinander zu vereiteln. Zum anderen schlachteten die braunen Volksbetrüger diese Veränderung in der Zusammensetzung der Lager insofern aus, als sie sich als Vorkämpfer gegen die Kriminalität aufspielten und gegenüber der Öffentlichkeit und dem Ausland (besonders bei Besichtigungen) mit dem Hinweis auf Kriminelle das System der Konzentrationslager zu rechtfertigen versuchten.

Die Propaganda in dieser Hinsicht sah dann so aus: Auf einem Lehrgang vor Wehrmachtsoffizieren vom 15.-25. Januar 1937 sagte Himmler: „Darüber hinaus wäre es für jeden einzelnen – einigen wenigen Herren der Wehrmacht habe ich es schon ermöglichen können – unerhört instruktiv, so ein Konzentrationslager einmal anzusehen. Wenn Sie das gesehen haben, dann sind Sie davon überzeugt: Von denen sitzt keiner zu Unrecht; es ist der Abhub vom Verbrechertum, von Mißbratenen. Es gibt keine lebendigere Demonstration für die Erb- und Rassegesetze, als für die Dinge, die Dr. Gütt Ihnen vorgetragen hat, als so ein Konzentrationslager. Das sind Leute mit Wasserköpfen, Schielende, Verwachsene, Halbjuden, eine Unmenge rassistisch minderwertigen Zeugs... Ich wiederhole: So etwas an Typen werden Sie gar nicht für möglich halten. Unendlich viele Vorbestrafte sind darunter, gerade bei den politischen Verbrechern.“

Mit diesen Methoden wurde versucht, die bewußten antifaschistischen Kämpfer zu diffamieren, sie auf eine Stufe mit kriminellen Verbrechern zu setzen, sie als „Untermenschen“ und „rassistisch minderwertig“ hinzustellen.

„Für den Fall eines Krieges ...“

Hektisches Wettrüsten, Vorbereitung eines Krieges, Ausplünderung des eigenen Volkes und der anderen Völker, blutiger Kreuzzug des deutschen Imperialismus zur Eroberung der Welt-

herrschaft unter dem Zeichen des Hakenkreuzes – das waren die Grundpfeiler der Politik, die die Entwicklung des KZ-Systems bestimmte und den Verhältnissen im Lager ihren Stempel aufdrückte. Die Konzentrationslager waren ein fester Bestandteil der Kriegsvorbereitung. Der Faschismus rechnete mit dem Widerstand des Volkes und kalkulierte ihn gleich als „vierten Kriegsschauplatz“ ein. Himmler sagte darüber 1937: „Wir werden in einem künftigen Kriege nicht nur die Front der Armee auf dem Lande, die Front der Marine zu Wasser, die Front der Luftwaffe in der Luftglocke über Deutschland haben, wie ich es nennen möchte, sondern wir werden einen vierten Kriegsschauplatz haben: Innerdeutschland.“

Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte auf ihrer Brüsseler Konferenz im Jahre 1935 die vergangene Arbeit kritisch eingeschätzt und als wichtigste Aufgabe die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse und die Schaffung einer breiten antifaschistischen Volksfront aller Hitlergegner zum Sturze der faschistischen Diktatur, für ein demokratisches Deutschland bezeichnet. Mit eindringlichen Worten warnte die KPD erneut vor den imperialistischen Kriegsvorbereitungen Hitlerdeutschlands und sagte: „Die Hitlerregierung treibt mit ihrer provokatorischen Außenpolitik, die besonders gegen die Sowjetunion gerichtet ist, das Volk in einen neuen Krieg, der zu einer schweren Niederlage führen muß.“

Ungeachtet der Massenverhaftungen und der Einkerkering vieler bewährter Kader setzten die illegalen Kämpfer ihre Bemühungen fort, den Kriegsvorbereitungen Einhalt zu gebieten. Die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz aktivierten erneut den antifaschistischen Widerstandskampf. Die Aufzeichnungen und Meldungen der Gestapo-Dienststellen spiegeln die feberhafte Nervosität der Nazis vor dieser ernsten Gefahr für ihre Kriegspläne wider. 11 687 Personen wurden 1936 wegen „illegaler kommunistischer Betätigung“ in die Gestapohöllen verschleppt. 8068 Personen waren es 1937. Der „Lagebericht für September

1938“ berichtet von ständig weiter steigenden Verhaftungszahlen: „Während in den Monaten Mai bis August 1938 durchschnittlich je 400 bis 500 Personen im Reich wegen kommunistischer Betätigung und ähnlicher Delikte festgenommen werden mußten, stieg die Zahl der Festnahmen... im September 1938 auf über 600 Personen.“

Mit brutalem Terror, mit Massenverhaftungen und Konzentrationslager versuchte die blutige Diktatur der Monopole die Friedenssehnsucht der deutschen Bevölkerung zu unterdrücken. Die Nazis begannen vor der Entfesselung des Weltkrieges den Krieg gegen das eigene Volk.

Mit der Aufrüstung und Erweiterung der schwarzen Garde Hitlers, der SS, wurde ein Umbau der Konzentrationslager vorgenommen. Entsprechend den Standorten der drei SS-Regimenter („Oberbayern“, „Brandenburg“, „Thüringen“), wurden die Lager Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald eingerichtet beziehungsweise erweitert. Die Konzentrationslager mußten den „Bedürfnissen eines Krieges in erhöhtem Maße Rechnung tragen“, wie es in einem Schreiben des Inspektors der KL und SS-Totenkopfverbände vom 27. Oktober 1936 an das Thüringer Ministerium des Innern heißt. Die Lager wurden im größten Umfang erbaut, um möglichst viele aufnehmen zu können. Kleinere Lager wurden aufgelöst und in die zentralen Lager überführt. Die SS rechnete mit dem Krieg. Sie plante von vornherein eine Erhöhung der Häftlingszahlen bei Ausbruch des Krieges ein, um die Kriegspläne der raubgierigen deutschen Imperialisten zu sichern. „Für den Fall eines Krieges“, erklärte Himmler 1937 auf einem Lehrgang vor Wehrmachtsoffizieren, „müssen wir uns klar darüber sein, daß wir eine recht erhebliche Anzahl unsicherer Kantonisten hier hereinnehmen müssen, wenn wir uns nicht den Nährboden für höchst unangenehme Entwicklungen im Falle eines Krieges schaffen wollen.“

Noch vor der Entfesselung des Krieges, am 23. Juni 1939, beriet der sogenannte Reichsverteidigungsrat unter dem Vorsitz

Görings und in Anwesenheit zahlreicher führender Nazis aus Wehrmacht, Parteidienststellen, Ministerien und SS über den Arbeitseinsatz der Häftlinge und Kriegsgefangenen; auch hier wurde vorsorglich „beachtet“, daß „die Konzentrationslager . . . im Kriege stärker belegt werden“.

Nach einem Bericht der Gestapo vom 10. April 1939 befanden sich zu dieser Zeit bereits 162 734 Schutzhäftlinge wegen „politischen Vergehens“ in Haft; dazu kamen 27 369, die vor der Aburteilung durch Nazigerichte standen und 112 432 Antifaschisten, die zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt waren.

In seinem Bestreben, Häftlinge für die Lager zu bekommen, trachtete Himmler sogar danach, den gesamten Strafvollzug der „Hoch- und Landesverräter“ in die Konzentrationslager zu übernehmen, was aus einem abschlägigen Bescheid des damaligen Justizministers Gürtner vom 20. Dezember 1938 hervorgeht.

Mit imperialistischer Gründlichkeit wurde der Krieg vorbereitet. Gegner des Krieges kamen in die KZ oder standen auf der Liste derjenigen „unsicheren Kantonisten“, wie Himmler sie bezeichnete, die bei Kriegsausbruch unschädlich gemacht werden sollten.

Auch die Entwicklung der Konzentrationslager beweist die systematische Vorbereitung eines neuen Völkermordens durch den deutschen Faschismus und widerlegt die westdeutschen Schreibertlinge und Adenauer-Propagandisten, die nicht davor zurückschrecken, die deutschen Imperialisten von der Kriegsschuld reinzuwaschen und sie gar als Friedensengel zu preisen.

Jüdisches Blut und arisches Gold

Seit Monaten sind Westdeutschland und Westberlin zu Schauplätzen widerlicher antisemitischer Exzesse geworden. Schmierereien an Häuserwänden und Synagogen, Mordhetze und faschistische Propaganda – so fing es bereits einmal an. Mit solchen

Methoden offenbart sich ein Staat, in dem die Spießgesellen Hitlers am Ruder sind. Es ist keineswegs verwunderlich, daß im Gefolge der revanchistisch-chauvinistischen Propaganda und des Antikommunismus auch der Antisemitismus im Bonner Staat wiederauflebte. In den Protesten der Weltöffentlichkeit gegen die neuen antisemitischen Aktionen wurde mit Recht an die „Reichskristallnacht“ vom 9. November 1938 erinnert.

Was war am 9. November 1938 los? Der faschistische Mob raste durch die Straßen, zerschlug Schaufenster, plünderte Warenhäuser, steckte Synagogen in Brand und terrorisierte jüdische Bürger. Etwa 20 000 Juden wurden verhaftet und in die Konzentrationslager geschleppt. Der willkommene Anlaß zu diesem Massaker war der Tod des deutschen Gesandten Rath, der durch einen jüdischen Studenten in Paris erschossen wurde. „Spontane Volkszorn“ nannten die braunen Hintermänner diese Aktion, die sie ebenso gründlich vorbereitet hatten – der erhalten gebliebene Schriftwechsel darüber beweist es – wie den Reichstagsbrand. Damals wie heute bediente sich der deutsche Imperialismus des Antisemitismus für seine verbrecherischen Ziele.

Der Antisemitismus war einer der Hauptbestandteile der faschistischen Ideologie; er war eine der propagandistischen Methoden, deren sich das Finanzkapital zur Beeinflussung des deutschen Volkes bediente. Er sollte vom eigentlichen Hauptziel, dem Kampf gegen das kapitalistische System und die faschistischen Unterdrücker, ablenken und die Stimmung der Volksmassen durch Pogrome auf andere Ziele richten. Ebenso sollte das Kleinbürgertum durch den Antisemitismus, Chauvinismus und Revanchismus für die Interessen des Großkapitals ausgenutzt werden. Der Antisemitismus wurde zu einem ganzen System, zu einer pseudowissenschaftlichen Lehre von „Herrenrassen“ und „Untermenschen“ ausgebaut. Die Existenz der Sowjetunion und ihr ständig wachsender Einfluß veranlaßten die Bourgeoisie, die Wahrheit über die Sowjetunion und den Kommunismus zu verfälschen, sie zu diskreditieren und die Arbeiter-und-Bauern-Macht als „jüdisch-

bolschewistisches Chaos“ abzustempeln. In diesem Propagandafeldzug gegen die UdSSR spielte der Antisemitismus eine wichtige Rolle. Durch die faschistische Rassenhetze sollten die Klassen und Klassengegensätze verwischt und aufgehoben werden. Die ganze Demagogie von der „Volksgemeinschaft“, von „Führer“ und „Gefolgschaft“ bezweckte, die Existenz der Klassen und Klassenkämpfe zu verschleiern und an ihre Stelle die pseudowissenschaftliche Lehre von „Herrenrassen“ und „Untermenschen“ zu setzen. Wenn der Faschismus von der Gefahr und von der Notwendigkeit der Vernichtung des Judentums sprach, dann meinte er Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung und Vernichtung der sozialistischen Sowjetunion. Ernst Niekisch drückte das treffend in seinem Buch „Das Reich der niederen Dämonen“ aus, als er schrieb: „Es war ein bürgerlicher Rettungsversuch: die marxistische Lehre so anrühmig zu machen, daß sich die rebellische Masse schämte, sie zu gebrauchen. Es geschah, indem sie als jüdisch verschwörerisches Handwerkszeug gegen das ‚edle arische Blut‘ gebrandmarkt wurde. Der Marxismus beruhte auf einer nüchternen, kühl und erbarmungslos eindringenden wissenschaftlichen Analyse, die der Kapitalismus zu fürchten hatte; der Kapitalismus schützte sich, indem er diese gefährliche Analyse in den Verruf brachte, eine verrucht schmutzige Spekulation zu sein, mit welcher der Jude den ehrlich geraden Sinn des arischen Mannes vergiften wollte. Galt der Marxismus als giftige Ausgeburt jüdischen Rassenhasses, dann wirkte er nicht mehr; man war Judensöldling, wenn man der kapitalistischen Ordnung mit dem marxistisch-wissenschaftlichen Seziermesser auf den Leib rückte.“

Die Finanzmagnaten des „Dritten Reiches“ und ihre Interessenvertreter, die Nazihierarchie, benutzten den Antisemitismus nicht nur als Propagandamittel, sondern auch zur Aneignung des jüdischen Eigentums (sie nannten es „Arisierung“) und der jüdischen Arbeitskraft. Die SS bereicherte sich am persönlichen Hab und Gut der jüdischen Bevölkerung, während die Monopolbetriebe die

jüdischen Unternehmen „arisierten“. In allen Industriezweigen, bei Banken, Kaufhäusern und beim Einzelhandel, bei Reedereien und in der Schwerindustrie, überall gibt es Beispiele genug für die Ausplünderung jüdischer Bürger durch die deutsche „arische“ Bourgeoisie.

- So „arisierten“ der Haniel-Konzern und der Siemens-Trust gemeinsam mit der Deutschen und Dresdner Bank, der Bank für Deutsche Industrieobligationen und der Berliner Handelsgesellschaft das Bankhaus M. M. Warburg & Co.; das Bankhaus J. Dreyfuß & Co. wurde vom Bankhaus Merck, Finck & Co., München, „übernommen“, das in enger Beziehung zum Flick-Konzern stand. Die Bankhäuser Hardy & Co. und die Dresdner Bank „arisierten“ die Banken Bleichröder und Gebr. Arnold in Berlin. Die Norddeutsche Kreditbank eignete sich das Bankhaus L. Behrens & Söhne an. An Stelle des jüdischen Aktionärs Fürstenberg trat ein gewisser Herbert Göring, ein Verwandter Hermann Görings, in die Berliner Handelsgesellschaft ein. Der Mannesmann-Konzern nutzte die Judenverfolgung dazu aus, sich die acht Eisenverarbeitenden Werke der Firma Wolff, Netter & Jacobi sowie die Hahnschen Röhren- und Walzwerke anzueignen, während der Großindustrielle Flick im Verein mit einem Bankenkonsortium unter Führung der Reichskreditgesellschaft die Metallfirma Rawack & Grünfeld an sich riß. Hösch, Mannesmann und die Deutsche Bank „arisierten“ eine der größten Schrott- und Metallgroßhandlungen Westdeutschlands, die Firma M. Stern & Co., Essen, mit 2,7 Mill. Mark Aktienkapital. Der Saarindustrielle Stumm „übernahm“ die Eisengroßhandlung L. J. Ettlinger, Karlsruhe, mit 500 000 Mark Aktienkapital. Auch Krupp beteiligte sich an der „Arisierungs“aktion. Er eignete sich beispielsweise die Reederei Blumenfeld, KG., Hamburg, an, die er unter der Bezeichnung „Krupp Reederei und Kohlenhandlung, GmbH“, weiterführte. Diese Beispiele sind Beweis genug, daß der Antisemitismus gleichzeitig ein groß angelegter Raubzug der deutschen Finanzmagnaten war. „Jüdisches Blut verwandelte

sich in „arisches Gold“, schrieb Albert Norden in „Lehren deutscher Geschichte“. Auch die Kontribution in Höhe von einer Milliarde Mark, die nach der „Kristallnacht“ von der jüdischen Bevölkerung in Deutschland erpreßt wurde, bot neue Profite in Form von Rüstungsaufträgen für die Schwerindustrie. .

Bis 1938 wurden zwar die verschiedensten Aktionen gegen jüdische Bürger unternommen und diese durch die Verkündung der sogenannten Nürnberger Gesetze praktisch für vogelfrei erklärt, eine Masseneinlieferung in die Konzentrationslager fand aber erstmalig im Frühjahr 1938 statt. Die vordem in den Lagern festgehaltenen Juden wurden grausam mißhandelt; die meisten von ihnen kamen ums Leben.

Wie das im einzelnen bei einer solchen Massenverhaftung vor sich ging, berichtete einer der Überlebenden in der von Leopold Schwarzschild in Amsterdam-Paris herausgegebenen Zeitschrift „Das neue Tagebuch“ am 19. November 1938: „Am Morgen des 13. Juni 1938, gegen 5 Uhr, wurde ich in Berlin in meiner Wohnung von der Polizei verhaftet, nach dem Polizeipräsidium gebracht und mir dort eröffnet, daß ich als einstmals ‚vorbestrafter‘ Jude in ‚Vorbeugungshaft‘ genommen sei und einem Konzentrationslager zugeführt werden würde. In dem überfüllten Polizeigefängnis, in das ich daraufhin gebracht wurde, traf ich bereits mehrere Bekannte. Darunter waren angesehene Leute, Kaufleute und Akademiker. Ihre Vorstrafen lagen teilweise Jahrzehnte zurück, einige z. B. waren in ihrer Jugend wegen eines Lausbuben-Unfugs bestraft worden, andere wegen Verkehrsvergehens, wegen Verstoßes gegen irgendeine Polizeiverordnung und ähnlicher Kleinigkeiten . . . In diesen Tagen, am 13. und 14. Juni 1938, wurden in Berlin sowie im ganzen Reich sämtliche männlichen Juden verhaftet, die jemals in ihrem Leben eine Vorstrafe erhalten hatten. Es waren Männer darunter, die über 70 Jahre alt waren und die man aus Altersheimen heraus verhaftet hatte.

In Berlin betrug die Anzahl der Verhafteten ca. 4000, während es im Reich 10–15 000 gewesen sein mögen. Sie wurden in die

Konzentrationslager Sachsenhausen, Dachau und Buchenwald abtransportiert. Es wurde den Gefangenen gleich auf der Kriminalpolizei bedeutet, daß sie erst dann Aussicht hätten, aus dem Konzentrationslager wieder herauszukommen, wenn sie sich irgendwie Auswanderungspapiere beschafft hätten. Es handelte sich also um eine rein politische Maßnahme, die lediglich beabsichtigte, die Auswanderung der Juden, die den Nazis zu langsam ging, nun auf ihre Weise zu beschleunigen.“ Über die Ankunft in Buchenwald heißt es weiter: „Am 15. Juni, gegen 6 Uhr morgens, empfangen uns auf dem Bahnhof in Weimar SS-Totenkopf-Verbände. Wir waren kaum aus dem Zuge heraus, da hagelte es auch schon die ersten Schläge. Mit Kolbenstößen, Fußtritten und Fausthieben wurden wir vom Bahnsteig in eine Unterführung getrieben. Hier wurden wir von dem damaligen Lagerleiter Rödl mit einer Ansprache begrüßt: „Hier unter euch sind Leute, die schon im Gefängnis waren. Das ist nichts gegen das, was sie hier erleben werden. Sie befinden sich im Konzentrationslager, d. h. sie sind in der Hölle. Bei dem geringsten Widerstand gegen die Anordnungen eines SS-Mannes werden sie auf der Stelle erschossen. Wir kennen hier überhaupt nur zwei Strafen: Prügelstrafe und Todesstrafe.“

Die mit dieser Aktion nach Buchenwald gekommenen 1000 Juden wurden systematisch umgebracht. Täglich wurden drei bis vier von ihnen im Steinbruch durch die Postenkette gejagt und auf der Flucht erschossen“. Bis Februar 1939 kamen 800 auf diese Weise ums Leben. Nur wenigen gelang es, sich Papiere zu verschaffen und auszuwandern. Bei der Entlassung mußten sie noch das Versprechen geben, nichts über das Lager verlauten zu lassen, wobei ein SS-Führer zynisch erklärte: „Der Nationalsozialismus hat die Wahrheit nicht zu scheuen. Er will aber verhindern, daß Greuelmärchen in die Welt gesetzt werden.“

Der Begriff der „Endlösung der Judenfrage“ taucht erst später auf. Die Auswanderung, mit der sich ganze SS-Organisationen besonders beschäftigten, stand noch im Vordergrund. Das be-

stätigt auch ein Runderlaß des deutschen Auswärtigen Amtes vom 25. Januar 1939 an die deutschen Auslandsvertretungen, in dem es heißt: „Das letzte Ziel der deutschen Judenpolitik ist die Auswanderung aller im Reichsgebiet lebenden Juden.“ Bis zum 31. Oktober 1941 waren auch schon ungefähr 360 000 Juden aus Deutschland ausgewandert. Erst nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges begann der perfektionierte Massenmord; Auschwitz, Treblinka, Maidanek und Theresienstadt wurden Symbole eines vertierten Systems, das sich die Vernichtung ganzer Völker um des Profites willen zum Ziele setzte.

Zebra und Winkel

Im Jahre 1939 wurde für alle Konzentrationslager eine einheitliche Häftlingskleidung eingeführt. Es handelte sich um eine blaugestreifte „Zebra-Kleidung“. Während des Krieges wurde die Einheitlichkeit dieser Kleidung wieder unterbrochen. Rohstoffmangel und Masseneinlieferungen waren die Ursache dafür.

Im Jahre 1937 kam es zur Einführung der Winkel, das heißt, es wurden auf die Häftlingskleidung verschiedene Winkel aufgenäht, die den Grund der Einlieferung kennzeichnen sollten. Dieser Winkel mußte auf der linken Brustseite und an der Hose getragen werden. Die Farben der Winkel hatten folgende Bedeutung: Rot – politische Häftlinge, Grün – Kriminelle, Schwarz – Asoziale, Violett – Bibelforscher, Gelb – Juden, Blau – Emigranten, Rosa – Homosexuelle.

Juden trugen außerdem noch ein gelbes Dreieck unter dem Winkel, welches so angebracht war, daß es mit dem Winkel die Form eines Davidsternes bildete. Sogenannte Rassenschänder trugen ein schwarzes Dreieck auf gelbem Grund. Dieses System wurde später noch mehr variiert. Ausländische Häftlinge wurden noch mit den Anfangsbuchstaben ihrer Nation gekennzeichnet. „Rückfällige“, das heißt solche, die vor ihrer erneuten Verhaf-

tung bereits einmal im Konzentrationslager waren, erhielten noch einen besonderen Streifen über den Winkel. Für Angehörige der Strafkompagnie gab es einen schwarzen Punkt unter dem Winkel, für „Fluchtverdächtige“ (sogenannte Fluchtpunktträger) einen roten Punkt auf Brust und Rücken. Außerdem gab es Armbinden für die verschiedenen Häftlingsfunktionen. Es muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß die Farbe der Winkel nicht immer dem tatsächlichen Grund der Einlieferung entsprach. So trugen zum Beispiel ehemalige NSDAP-Angehörige, die wegen krimineller Verfehlungen in die KZ kamen, den roten Winkel, während andererseits politische Gegner des Naziregimes, die wegen illegaler Arbeit, „Wehrkraftzersetzung“ oder aus anderen Gründen eingeliefert wurden, einen grünen oder schwarzen Winkel bekamen. Diese Differenzierungen sollten der SS die „Übersicht“ über die Häftlinge erleichtern, mit anderen Worten: Von der Farbe des Winkels hing oft das Leben ab. Für ihre sadistischen Quälereien und Mordtaten suchte sich die SS vor allem die Häftlinge mit roten und gelben Winkeln heraus. Zum anderen sollten – nach dem Motto „Teile und herrsche“ – die Häftlinge in einzelne Kategorien aufgesplittert werden, um einheitliche Aktionen der Häftlinge, eine organisierte Front gegen die SS zu verhindern. Allerdings beweist die Geschichte der Konzentrationslager, daß sich trotz aller derartiger Maßnahmen und trotz des maßlosen blutigen Terrors in den meisten Konzentrationslagern illegale Widerstandsgruppen der politischen Häftlinge herausbildeten. Die deutschen politischen Häftlinge in Buchenwald, Sachsenhausen, Mauthausen, Auschwitz usw. kämpften gemeinsam mit den ausländischen Kameraden unter den Bedingungen des KZ-Lebens gegen den Faschismus. Diese Gemeinsamkeit zeugt von der ungebrochenen Standhaftigkeit, dem Mut und der internationalen Solidarität der antifaschistischen Kämpfer.

SS als „Erzieher“

Der faschistische Propagandaapparat verbreitete immer wieder die Lüge, daß es die Aufgabe der Konzentrationslager sei, die Häftlinge umzuerziehen und zu willigen Staatsbürgern zu machen. Vor allem in den ersten Jahren der Nazidiktatur wurde viel in Zeitungen und Zeitschriften darüber veröffentlicht. So schrieb die „Bayerische Staatszeitung“ am 24. März 1933: „Man hofft, durch dieses stetige Ineinandergreifen von Arbeitszucht und geistiger Belehrung aus den fehlgeführten Anhängern der staatsverneinenden, kommunistischen Irrlehren allmählich wieder gerad denkende und aufrechte, staatsbejahende Menschen machen zu können.“

Auch die „Münchener Illustrierte Presse“, die in ihrer Ausgabe vom 16. Juli 1933 einen Bericht über das Konzentrationslager Dachau brachte, drückte ähnliches aus: „Ein Lager, in dem Menschen zur Arbeit und zur Disziplin erzogen werden. Menschen, die eines Tages, wenn sie erzogen sind, in die große Front des deutschen Nationalsozialismus eingegliedert werden sollen.“

Das KZ-System wurde durch diese Goebbels-Lügen zur Erziehungsanstalt gestempelt. Die Öffentlichkeit sollte über die wirklichen Vorgänge in den Konzentrationslagern getäuscht und womöglich noch ein humanes Ziel daraus konstruiert werden. Es ist kein Fall – außer bei norwegischen Studenten im Jahre 1944 – bekannt, daß in einem Konzentrationslager systematischer politischer Unterricht, Belehrungen im faschistischen Sinne usw. stattgefunden hätten. Die Verhältnisse in den Konzentrationslagern, Terror und Massenmord, waren keineswegs dazu angehtan, die Häftlinge für das faschistische System zu begeistern. Auch nach 1942, als der Häftling nur mehr ein Arbeitssklave war und der hundertprozentige Arbeitseinsatz an erster Stelle stand, wurde noch von „Erziehung der Erziehbaren“ gesprochen. Das war weiter nichts als ein demagogischer Trick. In einem Brief Himmlers vom 29. Mai 1942 an Pohl, dem seit 1942 alle KZ

unterstanden, kommt diese Verschleierungstaktik zum Ausdruck. Es heißt darin: „Ich glaube aber, daß doch in irgendeiner Weise betont werden müßte, daß die Fragen der Haftüberprüfung sowie der Erziehungszweck für die Erziehbaren im KL unverändert geblieben sind. Es könnte sonst der Gedanke auftauchen, daß wir Menschen verhaften, oder wenn sie verhaftet sind, drinnen behalten, um Arbeiter zu haben. Deswegen die Betonung und Klarstellung, daß die Haftüberprüfung unverändert bleibt und unabhängig von dem wirtschaftlichen Einsatz ist. Außerdem, bei allem hundertprozentigen Vorantstellen der Arbeit, die wir herausholen müssen, bin ich der Ansicht, daß die Lagerkommandanten für die Erziehung der Erziehbaren sorgen müssen.“ Eine regelrechte Erziehung hat die SS nur einmal bei norwegischen Studenten, die nach Buchenwald transportiert und dort gesondert behandelt wurden, versucht. Der politische Unterricht wurde aber bald wieder aufgegeben. Es war offensichtlich, daß die faschistischen Phrasen weit weniger wirkten als die Wirklichkeit des Konzentrationslagers. Selbst Häftlinge, die später in die Wehrmacht übernommen wurden oder in Bewährungseinheiten kamen, verließen ohne Nazischulung das Lager.

Die ersten ausländischen Häftlinge

Das System der KZ-Lager, das später, nach Ausbruch des Krieges, auf ganz Europa ausgedehnt wurde, diente bereits vor 1939 dazu, in den okkupierten Ländern ein Schreckensregime einzurichten und andere Nationen zu unterdrücken.

Mit dem Einfall in Österreich kam auch Himmler nach Wien und richtete sich im Hotel Imperial ein. Ihm waren bereits auf „gesetzlichem“ Wege alle Hände für den Terror freigegeben worden. So hieß es im Artikel III des „Gesetzes über die Wiedereinigung Österreichs“: „§ 1. Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern kann

die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung notwendigen Maßnahmen auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen treffen.“ Bemerkenswert dabei ist der Pausus, daß Himmler und die SS an keine gesetzlichen Grenzen gebunden waren.

Noch in der gleichen Nacht, als Himmler in Wien eintraf, begannen die Verhaftungswellen. Kommunisten, Sozialdemokraten, Geistliche und bürgerliche Politiker, darunter 165 ehemalige österreichische Regierungsbeamte, wurden in die Konzentrationslager Dachau und Buchenwald gebracht. Dazu kamen noch einige Transporte österreichischer Juden, die ab Mai 1938 in mehreren Zügen in die Lager verschleppt wurden. Nach dem Überfall auf die Tschechoslowakei kamen auch viele tschechische Juden in die Konzentrationslager.

Der Hungerwinter 1939/1940

Das Telefon klingelte. SD-Offizier Alfred Naujocks hebt den Hörer ab. Das Gespräch ist nur kurz; es gibt nicht viel zu sagen. Nur ein verabredetes Schlüsselwort fällt und der Hinweis, sich die „Konserven“ abzuholen. Halten wir fest: Der Gesprächspartner Naujocks war der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Heydrich. Es war mittags, am 30. August 1939.

Einige Stunden später, um 20 Uhr, wird der deutsche Sender Gleiwitz von Personen in polnischen Uniformen überfallen. Das Funkprogramm wird unterbrochen und ein Aufruf in polnischer Sprache verlesen. Einige Pistolenschüsse fallen noch, dann ist der Spuk verschwunden. Zurück bleiben „Konserven“, Männer in polnischen Uniformen – Tote. Nur wenige Tage sind seit der Ansprache Hitlers am 22. August 1939 vergangen, wo er vor der Generalität seine Kriegspläne entwickelte. Unter anderem sprach Hitler auch darüber, daß der Vorwand für den Überfall auf Polen geschaffen werden würde: „Ich werde propagandistischen Anlaß

zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht.“

Der Einfall in Polen war für den 1. September 1939 vorgesehen, der „propagandistische Anlaß“ für den Abend zuvor. Mit einem fingierten Überfall auf den Sender Gleiwitz und dem Zurücklassen von Toten in polnischen Uniformen wurde der zweite Weltkrieg eingeleitet. Als „Konserven“ waren KZ-Häftlinge benutzt worden.

Nach einer Aussage des ehemaligen Chefs der Abteilung Abwehr II, des Generals Lahousen, erging es den an dieser Aktion beteiligten Personen nicht anders als ihren Vorgängern, den SA-Leuten, die den Reichstagsbrand inszeniert hatten: Sie wurden als „unbequeme Mitwisser“ beseitigt.

Am 1. September 1939 überfiel Hitlerdeutschland Polen. Die faschistische Kriegsmaschine überrollte im Morgengrauen die Grenze und drang tief in polnisches Gebiet ein. Der deutsche Imperialismus hatte mit der Verwirklichung seiner wahnwitzigen Welteroberungspläne begonnen und den zweiten Weltkrieg entfesselt, der mit der nationalen Katastrophe Deutschlands und mit namenlosem Leid und Elend enden sollte.

Entsprechend der Ankündigung Himmlers, wurden sofort mit Kriegsbeginn die „unsicheren Kantonisten“ in die Konzentrationslager verschleppt. Die Verhaftungsmaschine lief wieder auf vollen Touren. Tausende kamen unter der Bezeichnung „Aktionshäftlinge“ in die KZ, meist ehemalige Mitglieder von Arbeiterpartei und -organisationen, aber auch früherer bürgerlicher Parteien. Dazu kamen neben den Aktionshäftlingen Juden, tschechische Geiseln (sogenannte Protektoratshäftlinge), tschechische Studenten und Angehörige der polnischen Intelligenz in die Lager. Eine Meldung der Gestapo berichtet darüber: „Bei Beginn der Kriegshandlungen in Polen wurden im September 1939 im Rahmen der Sicherungsvorkehrungen schlagartig alle kommunistischen Elemente, soweit auf Grund ihrer besonderen Schu-

lung und Haltung eine aktive staatsfeindliche Betätigung befürchtet werden mußte, in Schutzhaft genommen. Bei der Aktion wurden ca. 2000 Funktionäre erfaßt“

Bezeichnend für den dabei verfolgten Zweck ist eine Anweisung des Reichssicherheits-Hauptamtes vom 26. Oktober 1939 über die Schutzhaftvollstreckung. Es heißt darin, daß alle Schutzhäftlinge, die während der Kriegszeit in ein Konzentrationslager zu überweisen sind, einer besonderen Strafabteilung zugeführt werden. Eine „geschickt einsetzende Flüsterpropaganda“, wie es in dieser Anweisung weiter heißt, sollte eine abschreckende Wirkung erzielen. Deshalb durfte die Zeitdauer der Einweisung nur mit „bis auf weiteres“ angegeben werden. Gerade im Kriegsfall sollte jeder Widerstandswille der Bevölkerung durch die Drohung mit dem Konzentrationslager ausgelöscht werden. Geheimnisvolles Verschwinden, plötzliches Abholen, Flüsterpropaganda über die Grausamkeiten in den Konzentrationslagern, womöglich eine Totenmeldung über einen noch vor kurzer Zeit kerngesunden Menschen – das sollte die Bevölkerung lähmen und gefügig machen.

Mit dem Kriegsausbruch veränderten sich auch die Verhältnisse in den Konzentrationslagern. Sehr rasch verschlechterten sich die Lagerbedingungen, die Sterblichkeit stieg rapide an, Epidemien brachen aus, und die Ernährung war so mangelhaft, daß den Häftlingen eine Aushungerung drohte. Über Mauthausen wird berichtet, daß die Kantinenware um 80 Prozent gekürzt, die Kartoffelrationen herabgesetzt, täglich Runkelrüben als Nahrung verabreicht wurden und alle früher verteilten Pullover und Bettbezüge wieder abgeliefert werden mußten. Über Sachsenhausen heißt es in einem Bericht des ehemaligen Häftlings Theodor Feuerlein: „Das Winterhalbjahr 1939/1940 hat große Opfer gefordert. Die Ernährung bestand aus halbverfaulten Kohlrüben ohne Fett, während die Schweine und Hunde mit hochwertigen Nahrungsmitteln gefüttert wurden, wie Roggenschrot, Käse, Haferflocken, Frischfleisch. Wollene Unterkleidung wurde abgenommen.

Frost- und Mangelkrankungen stiegen zu rapider Höhe. Bei einer Häftlingsstärke von 10 000 gab es etwa 2000 Körperschwache im Lager, die nicht arbeiten konnten und nur halbe Portionen bekamen. Der Hunger zwang diese Körperschwachen, aus dem Dreck gegrabene, verfaulte Speisereste zu verschlingen. Die SS-Bestien weideten sich an ihrem Erfolg, menschliche Geschöpfe zum Tier erniedrigt zu haben. Der Krankenbau mußte erweitert werden. Trotzdem konnte er nur 700 bis 800 Kranke aufnehmen. Die 500 bis 600 übrigen mußten in die sogenannten Hungerblocks und starben langsam eines qualvollen Todes. Bettruhe im Block gab es damals nicht. Jeder mußte zum Appell da sein, auch jene, die sich in der Agonie befanden. So kam es, daß Hunderte während des Appells auf dem Platze starben . . . In den ersten drei Monaten des Jahres 1940 hatte das Lager 2000 Tote.“

Dieser Zeitabschnitt dauerte bis Frühjahr 1940. Im Frühjahr 1940 hatte sich die Erkenntnis vom „wehrwirtschaftlichen Wert“ der KZ-Häftlings-Arbeitskraft durchgesetzt. Das machte sich in einer spürbaren Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Konzentrationslagern bemerkbar. Darunter ist keineswegs zu verstehen, daß im Hinblick auf die Konzentrationslager von Bedingungen gesprochen werden kann, die ein menschliches Leben ermöglichten. Die Verhältnisse in den Konzentrationslagern waren zu allen Zeiten unmenschlich und grausam. Die SS hatte die Macht über Leben und Tod der Häftlinge, und sie mordete mit den verschiedensten Methoden, mit Hunger, mit Gas, mit Aufhängen, Erschießen oder auch einfach Erschlagen. Nach 1941 trat noch eine neue Methode hinzu, die „Vernichtung durch Arbeit“.

„Ein Weg zur Freiheit“

Die wirtschaftliche Basis für die Ausnutzung der Häftlingsarbeitskraft waren die SS-eigenen Werkstätten in den Kon-

zentrationen. Die SS-Betriebe wurden noch zur Herstellung von wehrwirtschaftlich weniger wichtigen Waren benutzt. Ein direkter Einsatz in der Rüstungsindustrie ist bis 1942 noch sehr gering. Die Notwendigkeit war dazu nicht so gegeben wie ab 1942, mit dem Beginn der Kriegsniederlagen, des Arbeitskräftemangels, der Rohstoff- und Munitionsknappheit und der wachsenden Zerstörungen durch Luftbombardements.

Die Blitzkriegstrategie und der Größenwahn des deutschen Faschismus zeigten sich auch darin, daß bereits 1940 begonnen wurde, Häftlinge als Maurer und Steinmetzen für die Errichtung der Nazibauten auszubilden. Zu diesem Zweck wurde ein Aufruf in den Lagern zur Bekanntgabe gebracht, der den Titel trug: „Ein Weg zur Freiheit“. Den Häftlingen wurde bei guter Führung und Erlernung des Steinmetzberufes die Freiheit versprochen. Außerdem wurden Hafterleichterungen (getrennte Unterkünfte, Erleichterungen bei Appellen und in der Freizeit, Verpflegungszulagen, Genußmittel, erweiterter Briefverkehr) während der Umschulungen zugesagt. „Sinn und Zweck dieser neuen Schulungsmaßnahmen ist, nicht Häftlinge zu behalten, sondern diese möglichst bald der freien Wirtschaft zuzuführen“, hieß es in diesem Aufruf, um die Häftlinge zu ködern. Allerdings war diese Ankündigung nur ein Lockmittel. Freilassungen erfolgten keine. Eine Ausbildung fand nur im begrenzten Maße statt und wurde nach dem Scheitern des Blitzkrieges völlig fallengelassen. Aus einem Schreiben des Reichsführers-SS vom 5. Dezember 1941 geht hervor, daß vor allem auch die SS selbst an der Ausbildung von Maurern und Steinmetzen für ihre Bauten interessiert war. Die Arbeitskraft der Häftlinge war doch so billig für die SS. „Die Schutzstaffel ist in der selten günstigen Lage, diese Arbeitskräfte aus den Häftlingen der Konzentrationslager heranzubilden und herauszuziehen“, bemerkte Himmler. Es wurde mit der Ausbildung von mindestens 5000 Steinmetzen und 10 000 Maurern in den Konzentrationslagern gerechnet.

Westdeutsche Historiker, ehemalige Hitlergenerale, faschistische Beamte und Mitglieder von Naziorganisationen versuchen heute, den organisierten Massenmord als „Entgleisung“ des Faschismus hinzustellen.

Das war keine Entgleisung, das war weder etwas Unvorhergesehenes noch eine zufällige Erscheinung. Das war systematisch, mit pedantischem Sadismus und nazistischer Gründlichkeit vorbereitet worden. Rauschnig, ehemals hoher Nazi, später nach den USA emigriert, veröffentlichte seine Gespräche mit Hitler. Die Öffentlichkeit nahm seine Aufzeichnungen nicht ernst, waren sie doch so phantastisch-grauenvoll, daß kaum ein normal denkender Mensch an die Verwirklichung dieser Wahnideen glauben konnte. Hitler hatte gegenüber Rauschnig einmal seine Kriegs- und Vernichtungspläne ausgeplaudert, als er sagte: „Wir müssen eine Technik der Entvölkerung entwickeln. Wenn Sie mich fragen, was ich unter der Entvölkerung verstehe, werde ich sagen, daß ich die Beseitigung ganzer Rasseeinheiten im Auge habe, und das ist es, was ich durchzuführen beabsichtige, das ist in groben Zügen meine Aufgabe. Die Natur ist grausam, deshalb können auch wir grausam sein. Wenn ich die Blüte der deutschen Nation in das Fegefeuer des Krieges schicken kann ohne das geringste Mitleid über das vergossene wertvolle Blut, so habe ich natürlich das Recht, Millionen der niedrigeren Rasse zu beseitigen, die sich wie Ungeziefer vermehrt.“ Und Hitler begann diesen Plan zu verwirklichen.

Mit schamloser Unverfrorenheit versuchen die alten Nazigenerale und imperialistischen Schreiberlinge Westdeutschlands, den deutschen Imperialismus und Militarismus zu rechtfertigen, ihre Schuld an den Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit zu leugnen und auf jede Art und Weise die schmutzigen Westen wieder reinzuwaschen. Nur gut, daß wenigstens Hitler tot ist. So haben sie die Gelegenheit, alles auf ihn abzuschieben,

ihn als „verrückt“ und „geistesgestört“ zu schildern, eine Tatsache, die sie freilich nicht hinderte, ihm jahrelang als getreue Paladine zu dienen. Nicht die Industriekapitäne und Bankherren, die Hitler finanzierten und sich des Faschismus für ihre Ziele bedienten, sind die Schuldigen, sondern – so versuchen die Bonner Ideologen es darzustellen – Hitler ist allein verantwortlich. So erklärte H. Laternser, Verteidiger des Generalstabes und des Oberkommandos der Wehrmacht im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß: „Niemand kann aber leugnen, daß Hitler allein die Macht des Reiches in Händen hatte und damit auch die alleinige und gesamte Verantwortung.“

Hitler war nur der Handlanger und Interessenvertreter des deutschen Monopolkapitals. Es ging nicht darum, irgendeine faschistische Idee zu verbreiten oder einem „altgermanischen Mythos“ zu huldigen; es ging auch nicht um die Verwirklichung der „Vorsehung“, jener Legende, aus der man politisches Kapital zu schlagen versuchte. Rein materielle Gründe bestimmten die Politik des Hitlerfaschismus: Gier nach Profit, nach den Bodenschätzen und den Industrien anderer Länder, nach Arbeitssklaven und fremden Territorien. Die Bluttaten des Nazistaates waren keine Wahnideen einer bestimmten Menschengruppe, sondern der Ausdruck einer unmenschlichen, einer verbrecherischen und überlebten Gesellschaftsordnung, die kaltblütig jede Bestialität von vornherein eingeplant hatte. Sie waren feste Bestandteile einer imperialistischen Politik, die im Drang nach Weltherrschaft zu zwei mörderischen Weltkriegen führte.

Der erste Personenkreis, der auf dem faschistischen Vernichtungsprogramm stand, waren die Geisteskranken und Krüppel. Die Ankündigung einer solchen Aktion hatte Hitler schon in seinem Machwerk „Mein Kampf“ vorgenommen, wo er sich nicht scheute, sie als humanistisch zu preisen: „Die Forderung, daß defekten Menschen die Zeugung anderer ebenso defekten Nachkommen unmöglich gemacht wird, ist eine Forderung klarster Vernunft und bedeutet in ihrer planmäßigen Durchführung die

humanste Tat der Menschheit.“ „Rechtlich“ war seit 1933 vor-
gearbeitet worden. Im „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nach-
wuchses“ vom 14. Juli 1933 heißt es darüber: „Da die Sterili-
sierung das einzig sichere Mittel ist, um die weitere Vererbung
von Geisteskrankheiten und schweren Erbleiden zu verhüten, muß
sie demnach als eine Tat der Nächstenliebe und Vorsorge für
kommende Generationen angesehen werden.“ Am 30. Januar 1934
wurde Hitler noch offener, als er im Reichstag erklärte, daß die
„Erbkranken“ eine große Belastung darstellten. Dabei bot
er einen Verzicht auf ihre Unfruchtbarmachung an, wenn die
Kirche die Pflege und den Unterhalt übernehmen würde. Hitler
sagte es nicht, aber es war klar, daß auch dieses Geld eingespart
und in den Rachen der Rüstungsindustrie geworfen werden sollte.

Durch Filme und große Propagandaaktionen wollte der Nazi-
staat die Bevölkerung zum Bejahen der Vernichtung dieser Men-
schen reif machen. Der Ausbruch des Krieges war der günstige
Zeitpunkt für Hitler, den Beginn der Vernichtungsaktion zu be-
fehlen. Im Tosen des Krieges sollte die Aktion untergehen. Der
Krieg wurde als Ablenkungsmittel benutzt, um die für die kapi-
talistische Ausbeutung wertlosen Menschen zu ermorden.

Hitler gab am 1. September 1939 den Befehl zur Vernichtung
der Geisteskranken und beauftragte Reichsleiter Bouhler und den
SS-General Prof. Dr. Brand, die Befugnisse von bestimmten
Ärzten so zu erweitern, daß diese „nach menschlichem Ermessen
unheilbaren Kranken bei kritischer Beurteilung ihres Krankheits-
bildes den Gnadentod“ gewähren können. Die Aktion, die bis
August 1941 vorgenommen wurde, betraf auch die Konzentrations-
lager beziehungsweise wurde nach den Protesten, besonders sei-
tens kirchlicher Kreise, seit August 1941 fast nur im Rahmen
der Konzentrationslager weiterfortgeführt. Dem Wüten der SS-
Banditen fielen nach einer Schätzung im Nürnberger Kriegsver-
brecherprozeß mindestens 275 000 Menschen zum Opfer, die in
den „Heil- und Pflegeanstalten“ Grafenberg, Hadamar, Branden-
burg, Bernburg, Schloß Hartheim bei Linz und Pirna-Sonnen-

stein vergast wurden. Unter den harmlosen Firmenbezeichnungen „Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten“, „Gemeinnützige Stiftung für Anstaltspflege“ und „Gemeinnützige Krankentransportgesellschaft“ verbarg sich der Vernichtungsapparat der SS. Der Deckname dieser Aktion – „14 f 13“ – taucht in den Akten der Konzentrationslager immer wieder auf. Ärztekommisionen der SS bereisten die Konzentrationslager und suchten Häftlinge für die Vergasung heraus. Das geschah Ende 1941 und 1942. Ein Schreiben des Reichsführers-SS, Inspekteur der KL, vom 10. Dezember 1941 an die Lagerkommandanten kündete die Ärztekommisionen an. Es heißt darin: „Nach Abschluß der Untersuchungen ist dem Inspekteur der Konzentrationslager Bericht zu erstatten, dabei ist die Zahl der in Sonderbehandlung ‚14 f 13‘ zugeführten Häftlinge zu melden.“ Im Rahmen des „Euthanasieprogramms“ wurden auch viele antifaschistische Häftlinge beseitigt. Ein Geheimbefehl vom Dezember 1941 des Chefs des Amtes D I gab den Rat, „unerwünschte Elemente“ unter dem Decknamen „14 f 13“ auszusuchen und zu vergasen. Für das Ausmaß dieser Aktion nur einige Beispiele: In Auschwitz wurden 800 Kranke aussortiert und vergast. Am 19. und 20. Januar 1942 wurden in Groß-Rosen 214 Häftlinge „ausgemustert“, am 3. April 1942 127 Häftlinge. Am 13. und 14. Juli 1941 wurden 94 beziehungsweise 93 jüdische Invaliden zur Versuchsvergasung aus Buchenwald abtransportiert. Ende Sommer 1941 wurden aus Buchenwald mehrere Vergasungstransporte unter „14 f 13“ abgesandt. In den Konzentrationslagern erstreckte sich die Aktion „14 f 13“ weniger auf Geisteskranke, als mehr auf invalide und arbeitsunfähige Häftlinge.

„Wir sind die Herren ...“

Der faschistischen Kriegsmaschine, die fast ganz Europa unter ihren Stiefel gebracht hatte, folgten die Spezialisten der Entvölke-

rung, die Giftgasexperten und Liquidierungskommandos. Neue Konzentrationslager wurden in den okkupierten Gebieten eingerichtet. Spezielle Lager für die Massenvernichtung entstanden. Wie eine Spinne überzog die Naziclique Europa mit einem Netz von Konzentrationslagern, deren Namen noch heute Grauen und Haß hervorrufen.

Auf einer Sitzung der Lagerkommandanten der Konzentrationslager am 13. März 1940 in Polen sagte Himmler: „Die Stunde der Bewährung jedes einzelnen Deutschen rückt immer näher. Es ist daher erforderlich, daß die große deutsche Nation die Hauptaufgabe darin sieht, alle Polen zu vernichten.“

Der besondere Haß des deutschen Imperialismus richtete sich gegen die Angehörigen der Intelligenz, hoffte er doch, durch deren Beseitigung die unterdrückten Völker besser beherrschen zu können. Der Plan zur Vernichtung der slawischen Intelligenz wurde bereits am 12. September 1939 in einer Unterredung zwischen Hitler, Ribbentrop, Keitel und Jodl festgelegt. Im Zusammenhang mit den Enthüllungen über die verbrecherische Vergangenheit des ehemaligen Bonner Ministers Oberländer wurde der Öffentlichkeit ein Beispiel dieser Politik bekannt. Oberländers Mordbataillon „Nachtigall“ wütete nach dem Überfall auf die Sowjetunion in der Universitätsstadt Lwow. In den ersten sechs Tagen der deutschen Besetzung wurden 3000 bis 5000 Einwohner ermordet. Unter ihnen befanden sich 34 international anerkannte Geisteswissenschaftler, Gelehrte, Schriftsteller, Journalisten, Juristen; darunter auch der ehemalige polnische Ministerpräsident Professor Kazimierz Bartel.

In einer Denkschrift des Ministeriums für die besetzten Ostgebiete vom 19. August 1942 heißt es: „Die Slawen sollen für uns arbeiten. Soweit wir sie nicht brauchen, mögen sie sterben. Impfwang und die deutsche Gesundheitsfürsorge sind daher überflüssig. Die slawische Fruchtbarkeit ist daher unerwünscht. Sie mögen Präservative benutzen oder abtreiben, je mehr desto besser. Bildung ist gefährlich. Es genügt, wenn sie bis 100 zählen

können. Höchstens die Bildung, die uns brauchbare Handlanger schafft, ist zulässig. Die Religion lassen wir ihnen als Ablenkungsmittel. An Verpflegung bekommen sie das Notwendige. Wir sind die Herren, wir kommen zuerst.“

Dieses Dokument der Nazipolitik widerspiegelt den schrankenlosen Drang des deutschen Imperialismus nach Ausplünderung, Unterjochung und Ausrottung der anderen Völker. Die Vernichtung der slawischen Bevölkerung war ein Hauptziel des deutschen Faschismus und richtete sich besonders gegen die sozialistische Sowjetunion. „Wenn wir den Krieg einmal gewonnen haben, dann kann meinetwegen aus den Polen und den Ukrainern Hackfleisch gemacht werden, es kann werden, was will.“ Diese zynischen Worte sprach der Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete Frank auf einer Sitzung der deutschen Landwirtschaftsführer am 12. Januar 1944.

Dem deutschen Imperialismus ging es nicht um ideologische Ziele, nicht um den Herrschaftsanspruch der „arischen Rasse“ oder um die „Rettung des Abendlandes“. Diese Begriffe dienten nur zur Täuschung über die Weltherrschaftspläne des deutschen Monopolkapitals über die Aufteilung der Welt. Goebbels sprach das offen aus: „Wir kämpfen nicht um ideologische Ziele; am Bakuöl, an der Donezkohle, an der überreichen Landwirtschaft Rußlands wollen wir uns gesundstoßen.“ Die Ausrottung der Bevölkerung dieser Gebiete -- soweit sie nicht als Arbeitskräfte-reservoir verwendet wurde -- war ein Teil dieser imperialistischen Kolonialpolitik. In brutaler Offenheit drückte Himmler dieses Ziel aus: „Wie es den Russen geht, wie es den Tschechen geht, ist mir total gleichgültig . . . Ob die anderen Völker in Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht.“ Dabei wurde auch nicht vor den eigenen „Volksgenossen“ haltgemacht. Es war geplant, alle arbeitsunfähigen, alle Krüppel und alten Personen in Deutschland als „schädliche Esser“ zu vernichten. Dachau wurde als

„Reichsinvalidenlager“ erklärt, und aus den verschiedenen Konzentrationslagern wurden alle „Invaliden“ nach Dachau gebracht. Dort sind sie dann entweder im Lager selbst ermordet oder in die Vernichtungslager zur Vergasung gebracht worden.

Der Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen

Die „Kölnische Illustrierte“ brachte im Sommer 1942 eine Aufnahme von SS-Angehörigen, die in Italien gemeinsam ihren Urlaub verbrachten und mit dem Kriegsverdienstkreuz ausgezeichnet waren. Die Illustrierte machte darauf aufmerksam, daß es sich dabei um „besonders verdiente Angehörige der SS“ handelte. Sie „vergaß“, die Gründe für die Auszeichnung zu schildern. Wenige wußten es damals. Wir wissen aber heute, welche „Verdienste“ sich diese SS-Leute erworben hatten. Sie hatten nicht an der Front gekämpft, keine Menschenleben gerettet oder irgendeine andere „Heldentat“ vollbracht, sondern fern von Schützengräben und Fronten gemordet, hinterlistig gemordet. Und nicht nur einzelne, sondern Tausende. Sie waren als Massenmörder ausgezeichnet und dekoriert worden.

Es waren sowjetische Kriegsgefangene, die zu Tausenden diesen faschistischen Mordbestien zum Opfer fielen. Sie wurden erschossen, noch bevor die Vernichtungsmaschinen von Auschwitz und Maidanek angelaufen waren.

Nach einer Anweisung des OKH waren alle sowjetischen „Hoheitsträger“ zu liquidieren. Der Kommissarbefehl vom 6. Juli 1941 ordnete an, alle Kommissare und politischen Mitarbeiter in der Roten Armee sofort zu beseitigen. Am 17. Juli 1941 gab das Reichssicherheits-Hauptamt einheitliche Richtlinien für die Liquidierung heraus. Im Spätsommer 1941 begann in den Kriegsgefangenenlagern eine Aussortierung aller Offiziere, Kommissare, Komsomolzen und Kommunisten, die zwecks Liquidierung in die

Konzentrationslager überführt wurden. Über die Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener ist zahlreicher Schriftwechsel der Konzentrationslager erhalten geblieben. So heißt es unter anderem in einem Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 9. November 1941, daß die Kommandanten der Konzentrationslager darüber Klage führten, daß 5-10 Prozent der zur Exekution überstellten sowjetischen Kriegsgefangenen schon tot oder halbtot in den Lagern ankämen.

Die Liquidierung der sowjetischen Kriegsgefangenen nahm ein großes Ausmaß an. Sie wurde bis Frühjahr 1942 durchgeführt. Zwar erfolgten auch in späterer Zeit noch Vernichtungen größerer Transporte von Kriegsgefangenen, aber nicht in einer solchen konzentrierten Aktion, wie sie vom Spätsommer 1941 bis Frühjahr 1942 in fast allen Konzentrationslagern stattfand. Die SS feierte wahre Orgien. Die Kugeln piffen, Lautsprecher übertönten die Schreie der Opfer, und der Schnaps floß. Da der Transport der Leichen eine lange Blutspur von der Mordstätte zum Krematorium hinterließ, wurden in Buchenwald eigens dazu große Wannen gebaut, damit das Blut nicht ablaufen konnte. Es wurde nicht erst der Tod festgestellt. Viele wurden, nur verwundet, in den Krematorien verbrannt oder erst vor dem Ofen völlig totgeschlagen. Die Keule dazu ist heute noch im Lagermuseum Buchenwald aufbewahrt.

Zehntausende Sowjetbürger fielen dem Wüten der SS-Banditen zum Opfer. In Buchenwald wurden zirka 7200, in Auschwitz 8320, in Sachsenhausen 18 000, in Mauthausen 3135 meist durch Erschießen innerhalb weniger Wochen umgebracht. Wie gut diese Aktion vorbereitet wurde, wird dadurch bewiesen, daß alle Kommandanten der Konzentrationslager vorher eine Anleitung mit Probehinrichtungen in Sachsenhausen unter der Regie von SS-Gruppenführer Eicke bekamen.

Der faschistische Staat geizte nicht, seine Henkersknechte auszuzeichnen. So wurden zum Beispiel die SS-Leute, die an der Genickschußaktion gegen die 18 000 sowjetischen Kriegsgefange-

nen in Sachsenhausen beteiligt waren, mit dem Kriegsverdienstkreuz ausgezeichnet und durften im Sommer 1942 eine Erholungsreise nach Italien antreten. Das waren die SS-Leute, von denen die „Kölnische Illustrierte“ berichtete. Die „Kolonne 99“ von Buchenwald, die ebenfalls die Hinrichtung von sowjetischen Kriegsgefangenen betrieb, wurde gleichfalls mit Schnaps und dem Kriegsverdienstkreuz ausgezeichnet. Als „einmalige Zuwendung für Exekutionen“ wurden laut Geheimschreiben der Inspektion der KZ-Lager vom 11. November 1941 an die Lagerkommandantur des KZ Groß-Rosen 600 RM aus „Sondermitteln“ für die Mörder ausgegeben. Im Schreiben wurde extra betont, darüber „Still-schweigen zu bewahren“.

Neben den sowjetischen Kriegsgefangenen, die zur Exekution in die Konzentrationslager geschleppt wurden, kamen auch ganze Transporte als Arbeitsklaven in die Lager. Entgegen den völkerrechtlichen Bestimmungen wurden den Konzentrationslagern eigene Kriegsgefangenen-Abteilungen angeschlossen, die später völlig in das KZ eingliedert wurden. So errichtete die SS zum Beispiel innerhalb der Konzentrationslager Flossenbürg, Sachsenhausen, Mauthausen und Buchenwald 1941 Kriegsgefangenen-Abteilungen. Im Oktober 1941 wurde in Auschwitz mit dem Bau eines 100 000 Mann fassenden Kriegsgefangenenlagers begonnen. Später kam die Anweisung, die zur Hinrichtung befohlenen Kriegsgefangenen erst in den Steinbrüchen der KZ einzusetzen und sie durch Arbeit zu vernichten.

Die sowjetischen Kriegsgefangenen wurden besonders grausam behandelt. Gegen die Sowjetunion richtete sich der ganze tierische Haß der Nazibarbaren. Ihre Wut gegen die Sowjetbürger stieg proportional mit den Niederlagen, die sie durch die Rote Armee erlitten. Mit allen Mitteln versuchten die Goebbels-Propagandisten, den ersten sozialistischen Staat der Welt zu verleumden und operierten mit dem auch heute wieder im Adenauer-Staat so beliebten „Bolschewistenschreck“. Die SS-Wachmannschaften wurden zum Chauvinismus aufgestachelt, und es wurde ihnen jegliche

Handlungsfreiheit gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen gegeben.

Die Häftlinge in den KZ lebten schon unmenschlich, starben an Entkräftung und verhungerten. Die sowjetischen Kriegsgefangenen bekamen nicht einmal diese winzigen Rationen. Erst später, Anfang 1942, besserte sich ihre Lage etwas. In einem Geheimschreiben vom 18. März 1942 an die Konzentrationslager wurde ausgeführt, daß die sowjetischen Kriegsgefangenen demnächst zum Arbeitseinsatz für Rüstungszwecke verwendet werden und sie deshalb die gleichen Verpflegungssätze wie die anderen Häftlinge erhalten sollten. Erst der Mangel an Arbeitskräften und nicht etwa eine menschliche Einstellung gegenüber den Sowjetbürgern brachte diese Änderung. Das kommt klar in einer Niederschrift der Kriegswirtschaftsverwaltung des OKH vom 19. Februar 1942 zum Ausdruck, in dem es heißt: „Die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Arbeitseinsatz wären nicht entstanden, wenn man sich rechtzeitig zu einem großzügigen Einsatz russischer Kriegsgefangener entschlossen hätte . . . Es standen 3,9 Millionen Russen zur Verfügung, davon sind nur noch 1,1 Million übrig. Allein von November 1941 bis Januar 1942 sind 500 000 Russen gestorben.“ Noch krasser drückte es Himmler am 4. Oktober 1943 auf einem Treffen der SS-Generale in Posen aus: „Wir haben damals die Masse Mensch (im Hinblick auf die sowjetischen Kriegsgefangenen – *H. K.*) nicht so gewertet, wie wir sie heute als Rohstoff, als Arbeitskraft werten. Was letzten Endes, wenn ich in Generationen denke, nicht schade ist, was aber heute wegen des Verlustes der Arbeitskräfte bedauerlich ist, die Gefangenen sind nach Zehntausenden und Hunderttausenden an Entkräftung, an Hunger gestorben.“

Der Einsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen in der Rüstungsindustrie war nur als vorübergehende Maßnahme für die Kriegszeit gedacht. Die Ausrottung aller Slawen und damit auch aller sowjetischen Kriegsgefangenen war auch weiterhin das Endziel des deutschen Imperialismus.

Das Scheitern des Blitzkrieges

Am 22. Juni 1941 brach Nazideutschland heimtückisch den mit der Sowjetunion zwei Jahre vorher abgeschlossenen Nichtangriffspakt. Die Aggressionsarmeen des deutschen Imperialismus stützten sich bei diesem längst geplanten Kreuzzug gegen die sozialistische Sowjetunion auf das Rüstungspotential fast ganz Europas. In der ihm eigenen Selbstüberschätzung glaubte der deutsche Militarismus, seine Siegesserie fortsetzen zu können und durch den plötzlichen Einfall die UdSSR in einem Blitzkrieg zu schlagen. Trotz heroischen Widerstandskampfes und trotz riesiger Opfer war es der deutschen Arbeiterklasse nicht gelungen, dieses größte Verbrechen gegen das eigene Volk zu verhindern.

Der zweite Weltkrieg verlief nach dem Überfall auf die Sowjetunion keineswegs so, wie ihn die Hitlerfaschisten geplant hatten. Der Generalstabschef Hitlers, Halder, war schon vier Wochen nach Beginn des Überfalls gezwungen, in sein Tagebuch zu schreiben, daß „an der Front unter dem Einfluß der Veränderungen der Lage . . . die Ereignisse sich ganz und gar nicht so entwickeln, wie es in den höheren Stäben vorgesehen ist, was den Eindruck hinterläßt, als würden die Befehle des Oberkommandos des Heeres nicht ausgeführt“.

Unter der Führung ihrer Kommunistischen Partei verteidigten die Sowjetmenschen heldenhaft jeden Fußbreit sowjetischen Territoriums. Die Völker, die vom Faschismus bedroht waren oder unter dem Stiefel der Okkupanten stöhnten, schöpften neue Hoffnung angesichts des tapferen Kampfes der UdSSR gegen einen übermächtigen und heimtückischen Feind.

Vor Moskau wurde im Dezember 1941 die bis dahin als unbesiegbar gepriesene faschistische Kriegsmaschine zum Stehen gebracht und in einer Gegenoffensive unter größten Verlusten der Nazitruppen zurückgeschlagen. Der Nimbus von der Unbesiegbarkeit der Nazitruppen war zerschlagen worden. Der deutschen Ostfront drohte eine Katastrophe. Der Blitzkriegsplan war völlig auf

dem Kehrichthaufen der Geschichte gelandet. Es fehlten Waffen, Ausrüstungsgegenstände und Munition. Die Front zog immer mehr Arbeitskräfte ab, während andererseits der Materialbedarf des Heeres immer mehr stieg. Die faschistische Rüstungsindustrie stand vor unlösbaren Aufgaben. Bereits wenige Wochen nach dem Überfall auf die Sowjetunion heißt es in einer Aufzeichnung aus Hitlers Hauptquartier: „Der Mangel an Arbeitskräften wird zu einem immer gefahrdrohenderen Hemmnis für die künftige deutsche Kriegs- und Rüstungswirtschaft. Die erhoffte Entlastung durch Freistellungen aus der Wehrmacht ist nach Ausmaß und Zeitpunkt unsicher, ihrem möglichen Umfang nach wird sie angesichts des großen Bedarfs den Erwartungen und Bedürfnissen keinesfalls entsprechen.“

Diese Lage mußte sich auch auf die Konzentrationslager auswirken. Die bis dahin kaum für die direkte Rüstungsindustrie eingesetzten Häftlinge waren zu einem wichtigen Arbeitskräfte-reservoir geworden. Am 25. Januar 1942, nach der Niederlage der faschistischen Armee vor Moskau, verkündete Himmler in einem Fernschreiben an den Inspekteur der Konzentrationslager, SS-Brigadeführer Glücks, daß „russische Kriegsgefangene in der nächsten Zeit nicht zu erwarten sind“. Mit dem geplanten Blitzkrieg war es aus, und Kriegsgefangene, das hatten die Nazi-strategen auf sowjetischem Territorium bereits gelernt, waren nicht zu fassen, wenn man Niederlagen hatte. Himmler schlug deshalb vor, verstärkt Juden in die Lager zu bringen. Außerdem wies er noch darauf hin, daß „große wirtschaftliche Aufträge und Aufgaben“ an die Konzentrationslager gestellt werden würden.

Klarer und in seiner Auswirkung auf die Konzentrationslager deutlicher erkennbar geht das aus einem Brief des Chefs des SS-Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamtes – der Wirtschaftszentrale der SS – an Himmler vom 30. April 1942 hervor:

„1. Der Krieg hat eine sichtbare Strukturveränderung der Konzentrationslager gebracht und ihre Aufgaben hinsichtlich des Häftlingseinsatzes grundlegend geändert. Die Verwahrung von Häft-

Wahrheiten über den deutschen Imperialismus | 1

Heinz Kühnrich

Der KZ-Staat

Rolle und Entwicklung
der faschistischen Konzentrationslager
1933 bis 1945



Dietz Verlag Berlin 1960

Mit 4 Bildern und einer graphischen Darstellung

-10. Tausend

Diets Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1960 · Printed in Germany

Alle Rechte vorbehalten

Typographie: Diets Entwurf · Umschlag: Max Gebhard

Verlagsbogen: 7,6 · Druckbogen: 9 · Lizenznummer 1

Gesamtherstellung: Meißner Druckhaus III/21/3

ES 14 E

lingen, nur aus Sicherheits-, erzieherischen oder vorbeugenden Gründen allein, steht nicht mehr im Vordergrund. Das Schwergewicht hat sich nach der wirtschaftlichen Seite hin verlagert. Die Mobilisierung aller Häftlingsarbeitskräfte, zunächst für Kriegsaufgaben (Rüstungssteigerung) und später für Friedensaufgaben, schiebt sich immer mehr in den Vordergrund.

2. Aus dieser Erkenntnis ergeben sich notwendige Maßnahmen, welche ein allmähliches Überführen der Konzentrationslager aus ihrer früheren einseitigen politischen Form in eine den wirtschaftlichen Aufgaben entsprechende Organisation erfordern.

3. Ich habe deshalb alle Führer der früheren Inspektion der Konzentrationslager, alle Lagerkommandanten und alle Werkleiter am 23. und 24. April 1942 versammelt und ihnen persönlich die neue Entwicklung dargelegt. Die wesentlichen Dinge, deren Durchführung vordringlich ist, damit die Aufnahme rüstungsindustrieller Arbeiten keine Verzögerung erleidet, habe ich in beiliegender Anordnung zusammengefaßt.“

Dazu gibt es nicht viel zu sagen. Das Dokument spricht für sich und zeigt, daß sich der Schwerpunkt der Aufgabenstellung der Konzentrationslager auf die Seite der Zwangsarbeit und des Sklavenmarktes verlagert hat. Die Inspektion der Konzentrationslager, die bis dahin dem SS-Hauptamt unterstand, wurde am 16. März 1942 als Amtsgruppe D dem SS-Wirtschaftskonzern unterstellt. Chef des Konzerns war SS-Gruppenführer Pohl, der für seine „Verdienste“ bei der Ausplünderung und Massenvernichtung der Häftlinge später mit dem Deutschen Kreuz dekoriert wurde. Es ist derselbe Pohl, der nach 1945 wegen seiner Verbrechen zum Tode verurteilt und 1951 hingerichtet wurde. Er ist einer der Hauptverantwortlichen für die furchtbaren Verbrechen in den Konzentrationslagern. Vor seiner Hinrichtung trat Pohl mit großem Pomp noch im Kriegsverbrechergefängnis Landsberg zur katholischen Kirche über. Er konnte im bundesdeutschen Staat noch eine kleine Broschüre unter dem Titel „Credo. Mein Weg zu Gott“ verfassen. Diese Broschüre, versehen mit einem Vorwort

des Oberpfarrers Karl Morgenschweiß, der Pohl als einen „Offizier vom Scheitel bis zur Sohle . . ., in seiner inneren Haltung und äußeren Vornehmheit“, als einen „Mann voll Energie, Willenskraft und Tatkraft“, als einen „Mann von hoher Geistesbildung und Herzensbildung, aufrecht, gerade und wahrhaft“ bezeichnete, wurde in der Bundesrepublik veröffentlicht. Die katholische Kirche versuchte noch, aus dem Massenmörder einen Heiligen zu machen. Es heißt in der Broschüre unter anderem: „Er dient heute als ganzer Katholik Gott und Christus und Seiner göttlichen Liebe in der Welt.“ Bezeichnend sind die Aufzeichnungen Pohls, in denen er etwas aus seinem Leben anführt. Geflissentlich übergeht er seine Zeit als SS-General. In nur wenigen Sätzen geht er darüber hinweg und tut so, als ob ihm ein sehr großes Unrecht widerfahren sei. Bedauernd stellte dieser Hitlerknecht 1945 fest: „Mein Lebenswerk war zerschlagen.“ Auch die Hetze gegen die Sowjetunion, die er selbst als gläubiger Katholik nicht lassen konnte, rettete ihn nicht vor dem Galgen. Es war sein Verhängnis, daß er zu früh hingerichtet wurde. In der Partei des Bundeskanzlers wäre ihm noch eine große Karriere sicher gewesen; vielleicht wäre – wie aus seinen ehemaligen Kumpanen Oberländer, Globke, Seehofer, Schröder usw. – aus ihm sogar ein Minister oder Staatssekretär geworden und hätte er die Möglichkeit erhalten, sein „Lebenswerk“ fortzusetzen.

Vom Wert des Häftlings

Die Arbeitskraft des Häftlings stieg im Wert. Es war gewinnbringender für die SS und die Monopole, den Häftling nicht einfach zu liquidieren, sondern erst in der Produktion einzusetzen. „An erster Stelle steht selbstverständlich der hundertprozentige wirtschaftliche Einsatz der Häftlinge für die den Konzentrationslagern gestellten Aufgaben“, ordnete SS-Brigadeführer Glücks in einem Schreiben an die Lagerkommandanten vom 24. Juni 1942 an.

KZ Södschenhausen. Zwangsarbeit im Klinkerwerk





Frauen im KZ Ravensbrück

Der besondere Vorteil der Häftlingsarbeitskraft für die Ausbeutung durch die SS und die Monopole bestand darin, daß der Häftling sehr billig war und faktisch in unbegrenzter Zahl zur Verfügung stand. Der Häftling hatte nicht einmal mehr die „Freiheit“, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Die Arbeitskraft gehörte der SS; mit ihr konnte alles gemacht werden. Deshalb war es der SS möglich, die Arbeitskraft des Häftlings zu verkaufen. Der Häftling konnte bis zur restlosen physischen Vernichtung eingesetzt werden, ohne daß ein Einspruch seinerseits möglich war. Die Arbeitskraft des Häftlings konnte besonders gut für die Geheimwaffenproduktion eingesetzt werden, denn er wurde bewacht, kam nicht in die Öffentlichkeit und konnte nach Beendigung des Arbeitsprozesses liquidiert werden. Gerade das letztere wird bestätigt durch eine Anforderung des Industriellen Porsche, der persönlich bei Himmler vorsprach und für eine Geheimwaffenproduktion unter Tage 3500 Häftlinge verlangte.

Selbst als Leiche hatte der KZ-Insasse noch Wert. Seine Haare wurden für Industriefülze verarbeitet, aus den Knochen und aus dem Leichenfett wurden Seife und Düngemittel produziert. Zahn- gold kam in die Kassen der SS. Die Monopole waren auch schamlos genug, den Häftling noch als menschliches Versuchstier zu benutzen.

Häftlinge, Häftlinge, Häftlinge ...

Der Schrei nach Arbeitskräften wurde durch das Scheitern des Blitzkrieges immer lauter. Die Rüstungshyänen und Kriegsgewinnler wollten mehr Profit schöpfen, wollten mehr Waffen produzieren und billigere Arbeitskräfte haben. Die SS wollte ihre Sklavennarmee erweitern. Die Völker der überfallenen Länder, angespornt durch das Beispiel der Sowjetunion, schufen eine starke Widerstandsbewegung im Hinterland des Feindes. Partisanengruppen banden zahlreiche faschistische Elitedivisionen, spreng-

ten Brücken und Lager, brachten Hunderte von Militärtransporten zum Entgleisen, zerstörten die Nachschubwege und Verbindungslinien des Feindes. Gegen sie richtete sich die ganze Wut einer entmenschten Soldateska. Strafexpeditionen wüteten in den Dörfern, töteten die Zivilbevölkerung oder verschleppten sie in die Konzentrationslager. Die Lager wurden zu riesigen Sklavenarsenalen und Vernichtungszentren. Immer neue Methoden erfand Himmler, um die Lager zu füllen und sein Vernichtungsprogramm durchzuführen.

Vernichtung durch Arbeit

Es war am 18. September 1942. Himmler und der Justizminister Thierack beratschlagten gemeinsam, wie man noch schneller morden konnte. In den Gefängnissen und Zuchthäusern des „Dritten Reiches“ wurde zu langsam gestorben. Deshalb übergab Thierack einen Teil seiner Strafgefangenen in die „bewährten“ Hände Himmlers „zur Vernichtung durch Arbeit“, wie es im Bericht über diese Besprechung heißt. Alle Sicherungsverwahrten, Juden, Zigeuner, Russen und Ukrainer, Polen mit mehr als drei Jahren Haft, Tschechen und Deutsche mit über acht Jahren Strafe, wurden in die KZ überführt. Gleichzeitig vereinbarten sie, daß in Zukunft Juden, Polen, Zigeuner, Russen und Ukrainer nicht mehr von den Gerichten, auch wenn es sich um Strafsachen handelte, abgeurteilt, sondern sofort der SS übergeben werden sollten. Diese Maßnahmen beweisen erneut, daß die Justiz nur noch ein der SS ebenbürtiges Terror- und Ausrottungsinstrument des Faschismus war. In einem Schreiben des Reichsministers der Justiz vom 13. Oktober 1942 an Bormann, den Chef der Parteikanzlei, wurde seitens der Nazijustiz bedauert, daß ihre Mittel zur Massenvernichtung begrenzt seien. Es hieß darin: „Ich gehe hiervon aus, daß die Justiz nur in kleinem Umfange dazu beitragen kann, Angehörige dieses Volkstums auszurotten... Dagegen glaube ich, daß durch

die Auslieferung solcher Personen an die Polizei, die sodann frei von gesetzlichen Straftatbeständen ihre Maßnahmen treffen kann, wesentlich bessere Ergebnisse erzielt werden.“

Die Rolle der Justiz im „Dritten Reich“ wird unterstrichen von einer „Grundsätzlichen Richtlinie Nr. 1“ von Himmler, die bestimmte, „daß niemals ein Jurist Chef des SS-Gerichtes sein darf“.

Himmler räumte alle Gefängnisse und Zuchthäuser in Deutschland und im besetzten Gebiet aus, um für seine Konzentrationslager neuen Nachschub zu erhalten, und sicherte sich gleichzeitig neue Zugänge durch Überweisung aller „Straffälligen“ für die Zukunft direkt in die Konzentrationslager. Noch vorher hatte Himmler das Einverständnis des Justizministers eingeholt darüber, daß die Leichenschau bei „unnatürlichem Tode“ eines Häftlings nur der SS-Gerichtsbarkeit unterliegen solle. Diese „für die SS sehr günstige Regelung“ – wie der Chef des Hauptamtes SS-Gericht befriedigt feststellte – machte den Mörder noch zum eigenen Richter.

Aber nicht nur die, die in den Vollzugsanstalten der Justiz waren, sondern auch diejenigen, die dort entlassen wurden, sicherte sich Himmler. So bestätigte ein Schreiben des Reichsjustizministers an die Generalstaatsanwälte vom 21. April 1943, daß alle Polen und Juden, die aus Vollzugsanstalten entlassen werden, der Gestapo zu überstellen und auf Kriegsdauer beziehungsweise lebenslänglich in Konzentrationslagern zu inhaftieren sind.

Aus kriegswichtigen Gründen

Himmler brauchte mehr Häftlinge. Am 17. Dezember ordnete er in einem Geheimbefehl an alle Befehlshaber, Inspektoren und Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD an: „Aus kriegswichtigen, hier nicht näher zu erörternden Gründen hat der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei am 14. Dezember 1942

befohlen, daß bis Ende Januar 1943 mindestens 35 000 arbeitsfähige Häftlinge in die Konzentrationslager zu überweisen sind.“ Weiter wird befohlen, daß für die Erreichung dieser Zahl alle flüchtigen Fremdarbeiter, alle „im Strafvollzug einsitzenden“ arbeitsfähigen Häftlinge in die KZ zu überweisen sind.

Im Rahmen der gesamten Aktion wurden auch 45 000 Juden aus dem Ghetto Theresienstadt und dem Bezirk Bialystok nominiert, die nach Auschwitz transportiert und dort „ausgemustert“ werden sollten. In dem betreffenden Schreiben vom 16. Dezember 1942 heißt es darüber: „... bei Anlegung eines zweckmäßigen Maßstabes fallen bei der Ausmusterung der ankommenden Juden in Auschwitz mindestens 10 000 bis 15 000 Arbeitskräfte an.“ Mit anderen Worten, von den 45 000 Juden sollten 30 000 bis 35 000 vergast werden. Der Rest, der für den deutschen Imperialismus noch „brauchbar“, das heißt, für die wirtschaftliche Ausbeutung noch zu verwenden war, wurde für die Rüstungsindustrie bereitgestellt. Gibt es noch bessere Beweise für die Willkür und Brutalität des deutschen Imperialismus? Das war es, wovon die Monopolherren und Krautjunker geträumt und was der Faschismus geschaffen hatte: ein Heer von Sklaven für den Profit des Kapitals.

Neue Masseneinlieferungen

Wie willkürlich der Faschismus mit Menschenleben umging und wie willkürlich die Einlieferung in die Konzentrationslager vor sich ging, geht aus der Verfügung über den Anschluß der Arbeitslager des Distrikts Lublin an das KZ Lublin hervor. In einem Aktenvermerk vom 7. September 1943 hieß es lakonisch dazu: „Mit der Übernahme durch das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (Amtsgruppe D) werden die Insassen dieser Arbeitslager Konzentrationslager-Häftlinge.“

Durch immer neue Aktionen wurde für stetigen Zugang in die Konzentrationslager gesorgt. Jede neue Niederlage der Hitler-

faschisten beantworteten diese mit blutigem Terror gegen die Bevölkerung der Gebiete, die noch unter ihrer Herrschaft standen. Strafexpeditionen, die „Taktik der verbrannten Erde“, Galgen und Massengräber kennzeichnen den Rückzug der Nazitruppen. Brutal wurde ein großer Teil der Zivilbevölkerung zur Zwangsarbeit in das Reich verschleppt. Massentransporte kamen in die Lager. Einige der wichtigsten nach 1942 waren:

Ungarische Juden: Im April 1944 wurden in Ungarn etwa 400 000 Juden in großen Lagern konzentriert. Bis zum 30. Juni 1944 wurden sie alle nach Auschwitz transportiert. Von den 400 000 sind kaum mehr als 100 000 als Arbeitskräfte „ausgemustert“ worden. Alle anderen wurden sofort vergast.

Sowjetische Zivilpersonen: Mit dem Vorrücken der Roten Armee, Mitte bis Ende 1943 und Anfang 1944, wurden noch einmal Menschenjagden in den noch besetzten Ostgebieten durchgeführt. Allein nach Buchenwald kamen 5394 Personen aus verschiedenen Städten der Sowjetunion.

Polnische Zivilpersonen: Ab August 1944 – vor allem nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes – kamen Transporte der zwangsevakuerten polnischen Zivilbevölkerung in die Konzentrationslager.

Norwegische Studenten: Nach den Unruhen an der Osloer Universität kamen im Januar 1944 349 norwegische Studenten nach Buchenwald. Sie erhielten dort bessere Behandlung, wurden getrennt von den anderen Häftlingen untergebracht, bekamen SS-Verpflegung und konnten ihre Zivilanzüge behalten. Außerdem erhielten sie „weltanschaulichen“ Unterricht von SS-Instrukteuren. Da die nazistische Beeinflussung erfolglos blieb, wurden sie im Juli und Oktober 1944 zu schweren Erdarbeiten herangezogen.

Zwischenhaft II: Ab November 1944 kam eine neue Häftlingskategorie in die Konzentrationslager. Es handelte sich um ehemalige Wehrmattsangehörige, die meist zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt waren und zum Arbeitseinsatz in die Konzen-

trationslager kamen. Nach Kriegsende sollten sie ihre Strafe ab-sitzen. Deshalb auch der Begriff: Zwischenhaft II.

Dänische Polizei: Im September 1944 wurde eine große Aktion gegen die dänische Polizei gestartet, in deren Verlauf etwa 2000 dänische Polizisten vor allem nach Buchenwald gebracht wurden.

Ostarbeiter: Aus einem Telegramm des Generalgrenzinspek-teurs an die Gestapo Nürnberg-Fürth vom 12. Februar 1944 geht hervor, daß alle wiederergriffenen geflüchteten Ostarbeiter auf Grund eines Himmler-Befehls in die Konzentrationslager zu überführen waren.

Polen aus der Widerstandsbewegung: Am 18. Dezember 1942 erließ Himmler den Befehl, 50 000 verhaftete Polen der Widerstandsbewegung in die Konzentrationslager einzuliefern. Ebenso sollten laut Anweisung des SS-Obergruppenführers von dem Bach soviel als möglich Gefangene bei der Partisanenbekämpfung zur „Gewinnung von Arbeitskräften für die deutsche Rüstungs- und Ernährungswirtschaft“ gemacht werden. Diese Anweisung widersprach an und für sich der üblichen Praxis des Terrors gegen die Partisanenbewegung. Mit den brutalsten und auch ohnmächtigsten Mitteln wollte der Faschismus den Widerstand der unterdrückten Bevölkerung niederschlagen. Himmler befahl am 10. Juli 1943, „daß die bandenverseuchten Gebiete der Nordukraine und von Rußland-Mitte von jeder Bevölkerung zu räumen sind“. Gauleiter Koch schlug Himmler sogar vor, einen 50 km breiten Streifen beiderseitig der Bahnlinie Brest-Litowsk-Gomel von jeglicher Bevölkerung zu räumen, um die durch Partisanen ständig unterbrochenen Nachschublinien zur Front zu sichern. In den vorliegen-den Schreiben wird immer wieder betont, daß diese Aktionen unter dem Gesichtspunkt der Gewinnung von Arbeitskräften durchgeführt werden sollten.

Frühlingswind: Unter dieser Bezeichnung lief 1944 eine Aktion, in deren Verlauf Massentransporte vor allem von Franzosen und Belgiern in die Konzentrationslager überführt wurden.

Meerschaum: Bei dieser Aktion, die Mitte 1943 bis Mitte 1944

stattfind, handelte es sich ebenfalls um Transporte von Franzosen und Belgiern.

Nacht und Nebel: Der Nacht-und-Nebel-Erlass stammt vom 7. Dezember 1941. Er richtete sich vor allem gegen die antifaschistische Widerstandsbewegung in Westeuropa. Der Begriff „Nacht und Nebel“ sollte das spurlose Verschwindenlassen der Häftlinge versinnbildlichen. Dazu heißt es im Erläuterungsschreiben des Oberkommandos der Wehrmacht vom 2. Februar 1942: „Die abschreckende Wirkung dieser Maßnahmen liegt a) in dem spurlosen Verschwindenlassen der Beschuldigten, b) darin, daß über ihren Verbleib und ihr Schicksal keinerlei Auskunft gegeben werden darf.“ Dementsprechend wurden die NN-Häftlinge auch in den Lagern behandelt. Sie durften keine Briefe schreiben und keine Post empfangen. Vielfach übten sie nur Arbeiten innerhalb des Lagerbereichs aus. Teilweise trugen sie Ziviljacken, die mit auffälliger Farbe bemalt waren und auf dem Rücken ein großes „NN“ trugen. Diese Häftlinge wurden als Kristallisationspunkte des Widerstandskampfes angesehen und sollten durch die NN-Maßnahmen, durch ihr spurloses Verschwinden einmal den Widerstandskampf lähmen und andererseits zur Abschreckung der Bevölkerung dienen. Unter den NN-Gefangenen befanden sich viele Intellektuelle.

Aktion Gitter: Unter der Bezeichnung „Aktion Gitter“ fand eine Massenverhaftung nach den Ereignissen des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 statt, bei der es sich hauptsächlich um ehemalige Funktionäre der Arbeiterparteien und -organisationen, aber auch bürgerlicher Parteien handelte. Die Aktion begann am 22. August 1944. Allein 750 Häftlinge wurden nach Buchenwald gebracht, 400 nach Neuengamme, 80 aus Hamburg nach Fuhlsbüttel und Hunderte nach Sachsenhausen. Viele wurden nur wenige Zeit festgehalten und bald wieder entlassen; viele blieben bis zum Zusammenbruch der Hitlerdiktatur im Lager.

Zuckerbrot und Peitsche

Zuckerbrot und Peitsche waren die Methoden der SS, um aus den Häftlingen soviel als möglich herauszuholen. „Die derzeitige Kriegslage zwingt dazu, die Arbeitskräfte der einsitzenden Häftlinge bis zum letzten produktiv auszuschöpfen“, schreibt der SS-Konzern am 3. Juni 1942 an die einzelnen Konzentrationslager.

Neben dem maßlosen Arbeitstempo bis zur physischen Vernichtung gab es Bestechungen in Form von Geldprämien und anderen Vergünstigungen. Nach einer „Dienstvorschrift für die Gewährung von Vergünstigungen an Häftlinge (Prämien-Vorschrift)“, gültig ab 15. Mai 1943, wurden Hafterleichterungen, Verpflegungszulagen, Geldprämien, Tabakwarenbezug und Bordellbesuch an Häftlinge gewährt. Einige Verbesserungen, die in der oben genannten Dienstvorschrift enthalten sind, wurden schon vorher eingeführt. Auch mit solchen Dingen wurde – neben der Steigerung der Arbeitsleistung – bezweckt, die Häftlinge gegeneinander auszuspielen und Gruppen Bevorrechter unter den Häftlingen zu schaffen. Neben diesen „Erleichterungen“ wurden auch Neuregelungen des „Strafvollzuges“ getroffen. Das war die andere Seite des Lagerlebens. In einer Anweisung an alle Lagerkommandanten vom 14. Juli 1943 wurde befohlen, daß die Prügelstrafe „an Russinnen durch Polinnen und an Polinnen und Ukrainerinnen durch Russinnen vorgenommen werden soll“. Eine alte Geschichte des Imperialismus: Aufhetzung einer Nation gegen eine andere, hier selbst im KZ praktiziert, um keine Einheit der Häftlinge aufkommen zu lassen.

Es gibt viele Beispiele kämpferischer Solidarität, die beweisen, daß sich kein Hitlergegner, kein politischer Häftling für die schmutzige Henkersarbeit hergegeben hat. Die ehemaligen Häftlinge des KZ Dora bei Nordhausen erinnern sich noch des Februar 1945. Die SS trieb alle Häftlinge auf den Appellplatz zusammen, um ihnen zur Abschreckung die Hinrichtung eines deutschen und eines sowjetischen Häftlings zu demonstrieren. Unheildrohend

stand der Galgen hinter den zwei Todeskandidaten, als die SS dem Münchener Antifaschisten und damaligen Lagerältesten Georg Thomas befahl, die Erhängung vorzunehmen. Nur kurz zögerte er und rief dann angesichts des ganzen Lagers aus: „Ich verweigere den Befehl.“ Er wurde sofort von der SS in den Bunker geworfen. Auch der Kommunist und Bergarbeiter Ludwig Szymczak verweigerte die schmutzige Arbeit. Die SS mußte selbst die Hinrichtung durchführen. Der ungebrochene Kampfgeist und die Klassensolidarität hatten über die SS einen Sieg davongetragen. Nur wenige Wochen trennten diese beiden Häftlinge noch von der Befreiung, trennten sie von dem Wiedersehen mit der Familie und von der Freiheit nach mehr als zehnjähriger Haft. Sie wußten, daß ihre Befehlsverweigerung den Tod bedeutete, und zögerten doch nicht, durch ihre selbstlose Tat allen Häftlingen neuen Mut, neue Siegeszuversicht zu geben und die Widerstandskraft des Lagers zu stärken.

Der Sonderbau

Ein Kapitel besonderer Art war die Einrichtung von Bordellen in den Konzentrationslagern. Die „Herrenrasse“, die lautstark von der „Kultur des Abendlandes“ predigte, schuf ein neues Zeugnis „arischer“ Zivilisation. Die Anordnung wurde im Sommer 1943 von zentraler Stelle aus gegeben. So kam es, daß weibliche Häftlinge aus Ravensbrück für die Lagerbordelle verwendet wurden. Fast in jedem größeren KZ wurde Ende 1943, Anfang 1944 ein solcher „Sonderbau“ eingerichtet. Das Konzentrationslager Ravensbrück stellte nicht nur für die KZ, sondern auch für Offiziers- und Soldatenbordelle Frauen zur Verfügung. Die Profitucht der SS scheute auch davor nicht zurück, die Bordelle als Einnahmequelle zu benutzen. Aus der Dienstvorschrift geht hervor, daß die Häftlinge für den Besuch des Bordells 2 RM zu entrichten hatten. Davon bekam die Insassin des Bordells -,45 RM

und der aufsichtsführende Häftling -,05 RM. Der Rest in Höhe von 1,50 RM wurde an die Amtsgruppe D des SS-Wirtschaftskonzerns abgeführt. Die Einrichtung der Bordelle hatte einmal die Aufgabe, eine bestimmte Gruppe von Häftlingen zu korrumpieren, um die Geschlossenheit und Solidarität der Häftlinge zu zerbrechen, und andererseits diejenige, zusätzliche Einnahmen für die SS zu erhalten. Auch sollte damit die „Arbeitsfreudigkeit“ geweckt werden. Die bewußten antifaschistischen Häftlinge boykottierten den Sonderbau und lehnten den Besuch eines solchen Naziunternehmens ab.

Die „Endlösung der Judenfrage“

Sommer 1941. Der SS-Lagerkommandant von Auschwitz, Höß, wird plötzlich nach Berlin befohlen, wo ihn Himmler empfängt. Höß erhält den Auftrag zur größten Massenvernichtungsaktion, die die menschliche Gesellschaft je erlebte: „Der Führer hat die Endlösung der Judenfrage befohlen, wir – die SS – haben diesen Befehl durchzuführen... Ich habe Auschwitz dafür bestimmt, einmal wegen der günstigen verkehrstechnischen Lage, und zweitens läßt sich das dafür dort zu bestimmende Gebiet leicht absperrern und tarnen... Nähere Einzelheiten erfahren Sie durch Sturmbannführer Eichmann vom Reichssicherheits-Hauptamt, der in nächster Zeit zu Ihnen kommt.“

Und Eichmann, der Beauftragte für die „Endlösung der Judenfrage“, kommt. In Auschwitz sitzen die beiden Massenmörder und hecken die teuflischen Vernichtungspläne aus. Zuerst sollen Schlessien und das Generalgouvernement „judenfrei“ gemacht werden, dann Deutschland und die Tschechoslowakei, Frankreich, Belgien und Holland. Auch über die Methoden wurde gesprochen. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß „nur Gas in Frage käme, denn durch Erschießen die zu erwartenden Massen zu beseitigen, wäre schlechterdings unmöglich“, berichtete Höß später darüber.

Eine Sorge bereitete nur noch das richtige Gas. Die Maschinerie der Entvölkerung kam ins Rollen. Die IG Farben lieferten das Zyklon B. Sowjetische Kriegsgefangene dienten als Versuchsoffer; an ihnen wurde die erste Probevergasung unternommen. Auf Höß wirkte diese Vergasung „beruhigend“, wie er schreibt; jetzt konnte er den Auftrag Himmlers ausführen.

Die Ziele dieser Massenvernichtung waren unterschiedlich. Vor allem sollten die Menschen anderer Nationen, besonders der Sowjetunion, vernichtet und sollte die materielle Basis anderer Länder ausgeplündert werden. Damit sollte für die „Blut- und Bodenpolitik“ des deutschen Faschismus Platz geschaffen werden. Die deutschen Imperialisten hofften bei den „Arisierungsgeschäften“ auf guten Profit. Im Sinne der Herrenrassen- und Germanisierungspolitik sollten alle „rassisch Minderwertigen“ ausgerottet werden. Es ging auch um die Beseitigung „unbequemer Esser“. Darüber äußerte Hans Frank, Generalgouverneur im okkupierten Polen, am 16. Dezember 1941 zu seinen Mitarbeitern: „Die Juden sind auch für uns außergewöhnlich schädliche Fresser. Wir haben im Generalgouvernement schätzungsweise 2,5, vielleicht mit den jüdisch Versippten und dem, was alles dranhängt, jetzt 3,5 Millionen Juden. Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschießen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden großen Maßnahmen.“

So ganz nebenbei wurde natürlich auch Wohnraum gewonnen. In einem Bericht der von Göring eingesetzten Prüfungskommission über die im Gau Franken zwischen dem 9. November 1938 und dem 9. Februar 1939 vorgenommenen „Arisierungen“ jüdischer Betriebe heißt es: „Ich machte dem Gauleiter den Vorschlag, daß man in Anbetracht der bestehenden großen Wohnungsnot am besten die Juden in eine Art Internierungslager stecke. Dann würden die Wohnungen augenblicklich frei und es könne die Wohnungsnot zum Teil wenigstens behoben werden.“

Zum Schluß wurde noch Gewinn bei der industriellen Leichenfledderei herausgeschlagen. Darüber wird in einem besonderen Abschnitt noch berichtet werden. Maßlos bereicherten sich die an der Massenvernichtung beteiligten Personen; Devisen wurden für den faschistischen Staat gewonnen und weitere finanzielle und materielle Mittel für die SS sichergestellt.

Auf einer Besprechung am 20. Januar 1942 über die „Endlösung der Judenfrage“ wurde festgelegt, daß alle europäischen Juden – es wurde mit elf Millionen gerechnet – nach Osten zum Arbeitseinsatz transportiert werden. Die arbeitsfähigen Juden sollten zum Straßenbau verwendet werden, wobei „ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen“ mußte. Der Restbestand sollte danach „entsprechend behandelt“, das heißt vernichtet, werden. Der auf der oben genannten Besprechung gefaßte Beschluß, die Juden hauptsächlich durch Arbeit zu vernichten, wurde nur im begrenzten Maße durchgeführt. Die Hauptmethode war die sofortige Vergasung, war die Einrichtung entsprechender Vernichtungslager.

Mit sadistischer Befriedigung stellte der Rüstungsinspekteur in der Ukraine in einem Bericht an General Thomas vom 2. Dezember 1941 fest, daß durch die Massensexekutionen in der Sowjetunion einmal ein Teil der „überflüssigen Esser“ in den Städten beseitigt wurde und andererseits ein Bevölkerungsteil der Vernichtung anheimfiel, der den Faschismus haßte. Doch gleich danach stellte er die Frage, wer wird „für uns“ arbeiten, „wenn wir die Juden totschießen, die Kriegsgefangenen umkommen lassen, die Großstadtbevölkerung zum erheblichen Teil dem Hungertod ausliefern, im kommenden Jahr auch einen Teil der Landbevölkerung durch Hunger verlieren werden?“

Zwar wurden auch Maßnahmen zur Verwendung der jüdischen Arbeitskraft getroffen, aber die Frage der „Endlösung“, das heißt der völligen physischen Vernichtung aller Juden, stand im Vordergrund. In einem Schreiben des Ostministeriums an den Reichskommissar für das Ostland vom 18. Dezember 1941 wird dazu Stellung genommen: „In der Judenfrage dürfte inzwischen

durch mündliche Besprechungen Klarheit geschaffen sein. Wirtschaftliche Belange sollen bei der Regelung des Problems grundsätzlich unberücksichtigt bleiben.“

So „entstand eine vollkommen neue Industrie – Hauptzentren Auschwitz, Treblinka, Sobibor – und hier funktionierte das komplizierte Räderwerk mit einer Präzision, wie man sie von der deutschen Organisationsfähigkeit nicht anders erwarten konnte“, schrieben Poliakov und Wulf in ihrem Buch „Das Dritte Reich und die Juden“. Die SS gab zwar große Summen für die Einrichtung dieser Todesfabriken aus – so kostete ein Vergasungsraum in Auschwitz allein 2,4 Millionen RM – aber der Gewinn brachte das Mehrfache wieder ein.

Dem Aufbau der Vernichtungslager lagen exakte Berechnungen über die „Kapazität“ zugrunde. Die „Leistungsfähigkeit“ der größten Vernichtungszentren betrug:

Auschwitz	-	25 000–30 000 pro Tag,
Belzec	-	15 000 pro Tag,
Maidanek	-	nicht bekannt. Gesamtzahl der Toten beträgt in Maidanek 1 380 000.
Sobibor	-	20 000 pro Tag,
Treblinka	-	25 000 pro Tag,

In immer neuen Transporten wurden in den Jahren 1942–1944 Millionen Menschen, vor allem Juden, in die Vernichtungslager transportiert und meist am Ankunftstage noch vergast. Nur ein kleiner Teil – höchstens 20 Prozent – wurde ausgesucht, bei denen der Tod aber auch nur aufgeschoben wurde. Es war zum Beispiel im Lager Auschwitz üblich, mindestens jedes halbe Jahr „Ausmusterungen“ durchzuführen und die Schwachen und Kranken ebenfalls zur Vergasung zu bringen.

Zum Umfang der Massenvernichtung einige Zahlen: Von 100 000 aus „rassischen“ Gründen aus Frankreich deportierten Personen sind nur 1,5 Prozent zurückgekehrt. Von den 1933 in Deutschland befindlichen 530 000 Juden waren 1950 nur 30 000 übriggeblieben. In sechs Jahren wurde über ein Drittel aller

Juden vernichtet. In Europa lebten 1939 noch 9,5 Millionen Juden. 1945 waren es nur noch 3,5 Millionen. Es kamen ums Leben:

90 Prozent der litauischen Juden,
89,5 Prozent der lettischen Juden,
85 Prozent der polnischen Juden,
82,5 Prozent der tschechischen Juden,
81 Prozent der deutschen Juden,
80 Prozent der griechischen Juden,
73,3 Prozent der jugoslawischen Juden,
66 Prozent der österreichischen Juden,
60 Prozent der holländischen Juden.

Es wurden ermordet:

Auschwitz - 4 000 000,
Belzec - 600 000,
Maidanek - 1 380 000,
Sobibor - 250 000,
Treblinka - 3 000 000.

Nüchtern sind die Zahlen der Hingemordeten, sind die Statistiken des Grauens. Wer aber kann das Leid und die Qualen der Millionen Toten ermessen? Jeder einzelne war ein Mensch wie du und ich, bevor er in die Hände der Ausrottungsspezialisten einer verbrecherischen Gesellschaftsordnung fiel, die den Profit über alles stellte.

Aus dem Tagebuch eines „Herrenmenschen“

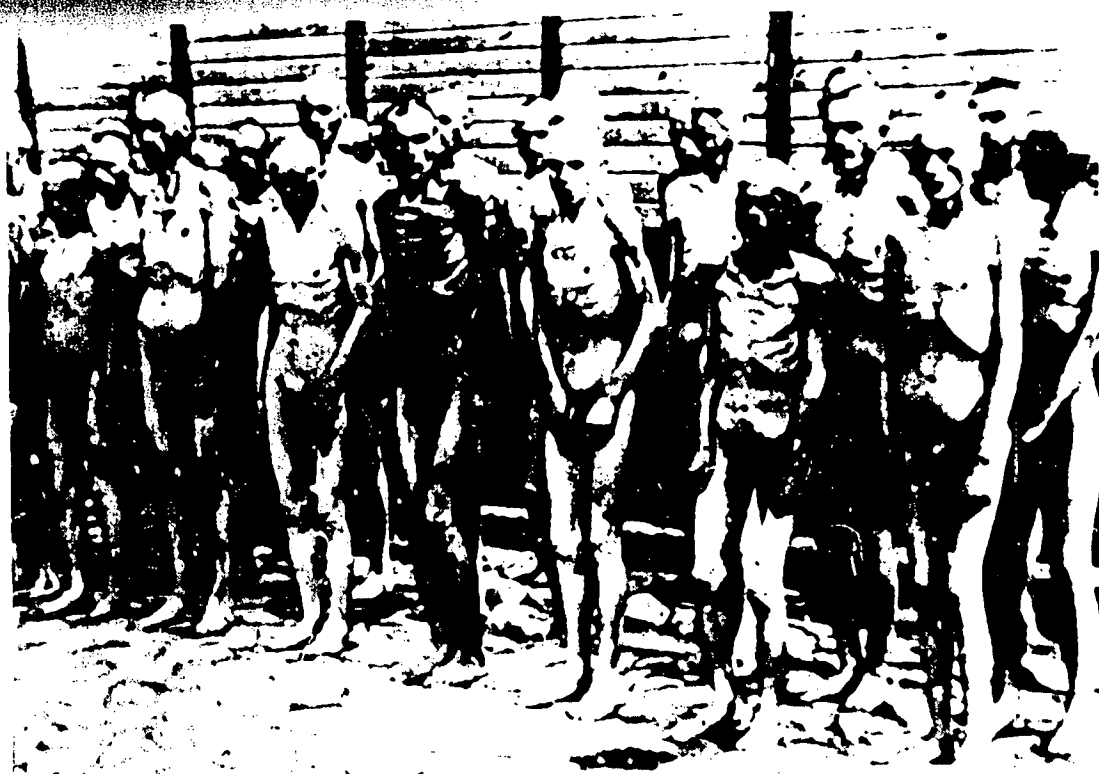
Ein blutiges Zeugnis für den Vernichtungswahn und Sadismus ist das erhalten gebliebene Tagebuch des SS-Arztbes Paul Kremer, der mit pedantischer Gründlichkeit jede Vergasung (genannt „Sonderaktion“) aufzeichnete, an der er teilnahm. Das Tagebuch schildert das Leben eines faschistischen „Herrenmenschen“, das sich zwischen Massenmord und Schnaps, Erschießungen und bul-

garischem Rotwein, Prügelstrafe und Entenleber, Menschenversuchen und Brathuhn mit Kartoffeln und Rotkraut bewegte. SS-Obersturmführer Kremer trug ein:

- „31. August 1942: Verpflegung im Führerheim ausgezeichnet. Heute abend gabs z. B. saure Entenleber für 0,40 RM, dazu gefüllte Tomaten, Tomatensalat usw. Wasser ist verseucht, dafür trinkt man Selterwasser, das unentgeltlich verabfolgt wird.
2. September 1942: Zum ersten Male draußen um 3 Uhr früh bei einer Sonderaktion zugegen. Im Vergleich hierzu erscheint mir das Dante'sche Inferno fast wie eine Komödie. Umsonst wird Auschwitz nicht das Lager der Vernichtung genannt!
5. September 1942: Heute mittag bei einer Sonderaktion aus dem F. K. L. (Muselmänner): das Schrecklichste der Schrecken. Hauptscharführer Thilo, Truppenarzt, hat recht, wenn er mir heute sagte, wir befänden uns hier am anus mundi. Abend gegen 8 Uhr wieder bei einer Sonderaktion aus Holland. Wegen der dabei abfallenden Sonderverpflegung, bestehend aus einem Fünftel Liter Schnaps, 5 Zigaretten, 100 g Wurst, und Brot, drängen sich die Männer zu solchen Aktionen.
6. September 1942: Heute Sonntag ausgezeichnetes Mittagessen: Tomatensuppe, $\frac{1}{2}$ Huhn mit Kartoffeln und Rotkohl, Süßspeise und herrliches Vanilleeis . . . Abend um 8 Uhr wieder zur Sonderaktion draußen.
9. September 1942: Heute früh erhalte ich von meinem Rechtsanwalt in Münster . . . die höchst erfreu-

liche Mitteilung, daß ich am 1. d. M. von meiner Frau geschieden bin. Später als Arzt bei einer Ausführung der Prügelstrafe an 8 Häftlingen und bei einer Erschießung durch Kleinkaliber zugegen . . . Abends bei einer Sonderaktion zugegen (4. Mal.)

10. September 1942: Morgens bei einer Sonderaktion zugegen (5. Mal)
23. September 1942: Heute nacht bei der 6. und 7. Sonderaktion. Morgens ist Obergruppenführer Pohl eingetroffen. Abends um 20 Uhr Abendessen. Es gab gebackenen Hecht, soviel jeder wünschte, echten Bohnenkaffee, ausgezeichnetes Bier und belegte Brötchen.
30. September 1942: Heute nacht bei der 8. Sonderaktion zugegen.
3. Oktober 1942: Heute lebendfrisches Material von menschlicher Leber und Milz . . . fixiert.
7. Oktober 1942: Bei der 9. Sonderaktion (Auswärtige und Muselweiber) zugegen.
10. Oktober 1942: Lebendfrisches Material von Leber, Milz und Pankreas entnommen und fixiert.
12. Oktober 1942: 2. Schutzimpfung gegen Typhus . . . Trotzdem in der Nacht noch bei einer Sonderaktion aus Holland (1600 Personen) zugegen. Schauerliche Szenen vor dem letzten Bunker (Hössler). Das war die 10. Sonderaktion.
13. Oktober 1942: Bei einem Strafvollzug zugegen und danach bei der Exekution von 7 polnischen Zivilisten.
17. Oktober 1942: Bei einem Strafvollzug und 11 Exekutionen zugegen. Lebendfrisches Material . . . nach Policarpininjektion entnommen.



KZ Mauthausen. Zeugen faschistischer Barbarei



KZ Mauthausen. Tod im Stacheldraht

18. Oktober 1942: Bei naßkaltem Wetter heute Sonntagmorgen bei der 11. Sonderaktion (Holländer) zugegen. Gräßliche Szenen bei drei Frauen, die ums nackte Leben flehten.
24. Oktober 1942: 6 Frauen von der Budaer Revolte abgeimpft (Klehr).
8. November 1942: Heute nacht bei 2 Sonderaktionen teilgenommen bei regnerischem trübem Herbstwetter (12. und 13.) . . . Nachmittags noch eine Sonderaktion, also die 14., die ich bisher mitgemacht habe. Abends gemütliches Beisammensein im Führerheim, von dem nunmehrigen Hstuf. Wirths eingeladen. Es gab bulgarischen Rotwein und kroatischen Zwetschenschnaps.
13. November 1942: Lebendfrisches Material . . . von einem vorher photographierten stark atrophischen jüdischen Häftling von 18 Jahren entnommen.
15. November 1942: Vormittags bei einem Strafvollzug zugegen.“

Während der einfache Landser, der Frontsoldat, für die Interessen des Großkapitals als Kanonenfutter diente, während Millionen deutscher Soldaten für eine verbrecherische Gesellschaftsordnung von Granaten zerfetzt wurden, schlemmten und praßten diese Nutznießer des Nazistaates und ihre Handlanger im sicheren Hinterland; sie lebten in Saus und Braus, als das deutsche Volk hungerte und darbt. Für Schnaps, fünf Zigaretten und ein Stück Brot drängten sich die SS-Bestien zur Massenvernichtung.

Bezeichnend und typisch ist die weitere Entwicklung dieses Tagebuchschreibers. Kremer, der mit pedantischer Gründlichkeit jede „Sonderaktion“ festhielt, wurde 1947 zum Tode verurteilt, später zu lebenslänglicher Haft begnadigt. Er lebt heute frei im Bonner Staat.

Eine Firma mit bewährter Praxis

Das Patentamt der Bundesrepublik gab am 5. Januar 1953 das Patent Nr. 861 731, Klasse 24d, Gruppe 1 aus, erteilt auf die Firma J. A. Topf & Söhne, Wiesbaden. Etwas Alltägliches? Nein, ein Stück bundesdeutscher Wirklichkeit besonderer Art.

Der gleiche Firmenname – J. A. Topf & Söhne –, der heute auf der oben genannten Patentschrift erscheint, zierte auch die Öfen der Krematorien in den faschistischen Vernichtungslagern. Topf & Söhne, heute Wiesbaden, damals Erfurt – einer der Söhne setzte sich 1945 nach dem Westen ab –, bauten die Krematorien in den Konzentrationslagern, halfen beim Bau der Todesfabriken, lieferten die technische Ausrüstung dazu – und verdienten dabei. Sie können nicht sagen, daß sie nicht wußten, wofür die Öfen waren. So gigantische Anlagen konnten nur bei Massenmord voll ausgelastet werden. Dennoch reichten die Verbrennungsöfen nicht zu. Auch das wußten die Topf & Söhne. Sie bauten die Öfen auf „Massenbetrieb“ um und meldeten deshalb am 26. Oktober 1942 bereits ein Patent eines „kontinuierlich arbeitenden Leichenverbrennungs-Ofens für Massenbetrieb“ an. Sie teilten sich die Profite; an den Lebenden verdienten IG Farben, Krupp und Siemens, an den Toten verdienten Topf & Söhne.

Das war damals. Und heute? Heute meldet die gleiche Firma wieder ein Patent an über „Verfahren und Vorrichtung zur Verbrennung von Leichen, Kadavern und Teilen davon“. Die Erfahrungen der Vergangenheit von Auschwitz werden im Bonner Staat wieder zu Geld gemacht. Wollen Topf & Söhne wieder Verbrennungsöfen für die Massenvernichtung bauen?

Industrielle Leichenflederei

Aktion Reinhard: Unter dieser Bezeichnung würde eine unter dem SS-Gruppenführer Globocnik stehende Organisation aufgebaut, die sich mit der Erfassung der bei der

Massenvernichtung anfallenden Werte und der Ausnutzung von Arbeitskräften beschäftigte. Der Umfang der bei der „Umsiedlung“ der jüdischen Bevölkerung gewonnenen finanziellen Mittel geht aus dem „Vorläufigen Abschlußbericht der Kasse ‚Aktion Reinhard‘ Lublin per 15. 12. 1943“ hervor: In der Zeit vom 1. April 1942 bis 15. Dezember 1943 wurde dem Deutschen Reich ein Wert von 178 745 960,59 RM in Form von Reichsmark- und Zloty-Noten und Hartgeld, sonstigen Devisen, Juwelen, Schmuck und Spinnstoffen zugeführt. Dazu kamen noch 11.889 822,54 RM an Ausgaben dieser Organisation, die in der genannten Summe schon nicht mehr enthalten waren. Außerdem fielen noch Gegenstände im Gesamtwert von 180 000 000,- RM an. Auch diese Zahl ist nur als Mindestwert zu rechnen, wobei nach SS-Angaben der Wert doppelt so hoch war und der Mangel an diesen Gegenständen im Reich außerdem noch ins Gewicht fiel. Vom bei der „Aktion Reinhard“ geraubten Bargeld wurden sofort 8 218 878,35 RM an „Darlehen für SS-Wirtschaftsbetriebe“ abgezweigt, wie aus der Aufstellung hervorgeht. Für die Verdienste, die die SS-Leute sich bei dieser Aktion errungen hatten, gab es Orden und ein Sonderlob Himmlers.

Goldsucher: Durch einen Befehl des Reichsführers-SS vom 23. September 1940 wurden allen Leichen die Goldzähne entfernt und der SS-Wirtschaftszentrale übergeben. Im Vernichtungslager Auschwitz gab es ein eigenes Kommando von Häftlingen – meist ehemalige Zahntechniker – die nur für die Gewinnung von Zahngold eingesetzt wurden. Die Zähne wurden gesäubert, zu Barren von je einem halben Kilo geschmolzen und abgeliefert. Die Ausbeute in Auschwitz betrug bis Herbst 1944 2000 kg geschmolzenes Gold. Aus dem Schriftwechsel zwischen der Lagerkommandantur Buchenwald und dem SS-WVHA geht hervor, daß Buchenwald monatlich bis zu 500 g Gold im Jahre 1944 an die Zentrale abgeliefert hat. Die „Badischen Neuesten Nachrichten“ vom 25. Februar 1947 berichteten, daß von Dachau für monatlich 30 000 Goldmark Goldzähne an die Reichsbank

geliefert wurden. Das Gewicht des von Auschwitz nach Berlin gelieferten Zahngoldes wird auf 6000 kg geschätzt.

Seife aus Leichen: Aus den bei der Verbrennung der Leichen anfallenden Menschenfetten wurden Versuche zur Gewinnung von Seife unternommen, die erfolgreich verliefen. Diese Versuche kamen im Anatomischen Institut, Danzig, zustande, wo auch im Sommer 1943 ein eigens für die Seifenherstellung aus Leichenfetten bestimmtes Gebäude errichtet wurde.

Menschenhaar: Aus den abgeschnittenen Haaren wurden Industriefilze, Haargarnfüßlinge für U-Boot-Besatzungen und Haarfilzstrümpfe angefertigt. Nach Zeugenaussagen sind allein von Auschwitz 60 000 kg Haare nach Deutschland geliefert worden; 700 kg Frauenhaare fand die Rote Armee bei der Befreiung des Lagers noch vor. Ein Schreiben der SS-Wirtschaftszentrale vom 4. Januar 1943 an die Lagerkommandanten gibt an, daß die Errichtung eines Betriebes für die Verarbeitung der abgeschnittenen Haare in einem der Konzentrationslager geplant, aber aus technischen Gründen noch nicht durchführbar war. Das gesammelte Haar wurde deshalb an die Firma Alex Zink, Filzfabrik AG, Roth bei Nürnberg, zum Preise von RM -,50 je kg verkauft. Die Kapitalisten ließen sich keinen Gewinn entgehen, auch wenn es sich um die Haare vergaster Menschen handelte. Für die Firma Zink war das Schnitthaar ein billiger Rohstoff, den sie sich durch Verträge mit der SS sicherte.

Skelette, Schrumpfköpfe, Düngemittel . . .: Aus den Leichen der Häftlinge wurden pathologische Präparate angefertigt und Skelette, Schrumpfköpfe, Schädel Sammlungen hergestellt. Aus einem Schreiben des „Ahnenerbe“, Institut für wehrwissenschaftliche Zweckforschung, vom 21. Juni 1942 geht hervor, daß Häftlinge nur deshalb getötet wurden, um ihre Skelette zum Aufbau einer Sammlung zu gewinnen. In Buchenwald wurden besonders tätowierte Häftlinge ermordet und aus ihrer Haut Lampenschirme, Etais für Taschenmesser usw. hergestellt. Nach einem von Berlin geschickten Rezept wurden Schrumpfköpfe nach der Methode der

Südsee-Kopfjäger hergestellt, die entweder nach Berlin gingen oder als Schreibtischschmuck Verwendung fanden. In Dachau wurde menschliche Haut gegerbt und daraus Sättel, Reithosen, Handschuhe, Hausschuhe und Damenhandtaschen produziert. Die Körper der Häftlinge wurden eigens dazu ausgewählt und je nach Bedarf „angeliefert“. Selbst das Fleisch der Leichen diente noch als Nährboden für Versuche. Im Anatomischen Institut in Danzig wurden sogar Versuche zur industriellen Verwertung der menschlichen Haut unternommen. Die bei der Verbrennung anfallende Asche kam zum Wegebau und wurde als Düngemittel, die Knochenreste wurden als Fischfutter benutzt. Unverbrannte Knochen wurden zermahlen und an die „Strem-Gesellschaft“ zur Herstellung von Superphosphat verkauft. Auch hier zeigt sich wieder die Zusammenarbeit zwischen SS und Industrie – und beide zogen Profite aus der Massenvernichtung.

Spenden für das „Winterhilfswerk“: Die anfallenden Gegenstände und vor allem die anfallende Bekleidung waren derart zahlreich, daß eigene Gebäude für die Unterbringung gebaut werden mußten, weil die SS mit dem Abtransport in das Reich nicht mehr nachkam. Als Beispiel sei nur eine Aufstellung vom 6. Februar 1943 genannt, die die bis zu diesem Zeitpunkt abgefahrene Menge an Textil-Altmaterial erfaßte: Nach dieser Aufstellung sind insgesamt 825 Waggons Textilien in das Reich geliefert worden. Absender waren Auschwitz und Lublin. Die Abnehmer waren die Konzentrationslager, das Reichswirtschaftsministerium (mit allein 570 Waggons), die Volksdeutsche Mittelstelle, die Reichsjugendführung (Landdienst), das Unternehmen „Heinrich“, die Organisation Todt, der Generalinspekteur des Führers für das Kraftfahrwesen und die IG-Farben-Industrie. Es war so, daß ein großer Teil der beim „Winterhilfswerk“ anfallenden Kleidungsstücke von den bei der „Endlösung“ ermordeten Juden stammte. So beschwerte sich zum Beispiel ein Gaubeauftragter für das WHW am 19. Januar 1943, daß die gelieferten Anzüge beschmutzt wären und Blutflecke hätten.

Himmler versuchte auch rüstungsmäßig bei dieser Aktion etwas für die SS herauszuholen. Für die Ablieferung der Textilien von in den Konzentrationslagern Ermordeten sollte das Reichswirtschaftsministerium ein höheres Kontingent für SS-Uniformstoffe zur Verfügung stellen. Das geht aus einer Aussage Pohls vom 15. Juli 1946 hervor. Zwischen der SS und der Reichsbank war die Vereinbarung getroffen worden, daß die aus den Vernichtungslagern anfallenden Werte (Schmuck, Gold, Devisen) bei der Reichsbank verwahrt wurden. Die Golddiskontobank errichtete dafür auf Anweisung des Wirtschaftsministers einen laufenden Fonds für die SS - der 10 - 12 Millionen Mark betrug - zur Finanzierung der SS-Betriebe.

Eine Mörderbilanz:

„Täglicher Verleihlohn durchschnittlich	RM 6,—
abzüglich Bekl. Amort.	RM —,10
abzüglich Ernährung	RM —,60
	<u>RM —,70</u>
durchschnittl. Lebensdauer 9 Mt. = 270 × RM 5,30	= RM 1431,—

Erlös aus rationeller Verwertung der Leiche:

1. Zahngold	3. Wertsachen	
2. Kleidung	4. Geld	
abzüglich Verbrennungskosten	RM 2,—	
durchschnittlicher Nettogewinn		<u>RM 200,—</u>
Gesamtgewinn nach 9 Monaten		<u>RM 1631,—</u>
zuzüglich Erlös aus Knochen und Aschenverwertung“		

Das ist eine Rentabilitätsabrechnung der SS. Sie zeigt die ganze Brutalität des Faschismus. Der Häftling wurde bis zur physischen Vernichtung ausgebeutet, er wurde ausgeplündert, und selbst aus der Verwertung seiner Leiche wurde noch Gewinn gezogen. Damit ist auch bewiesen, daß die SS als Handlanger und Machtorgan des deutschen Imperialismus nicht nur

in politischer Hinsicht an einer Massenvernichtung von bestimmten Bevölkerungsgruppen interessiert war, sondern daß vor allem auch ökonomische Gesichtspunkte eine Rolle spielten.

Falschmünzer am Werk

Im Sommer 1942 wurde in Sachsenhausen unter dem Decknamen „Unternehmen Bernhard“ eine gigantische Fälscherzentrale der SS aufgezogen. In den Blöcken 18 und 19 wurde, vom übrigen Lager hermetisch abgeschlossen, eine moderne Druckerei eingerichtet, in der bis zu 130 Häftlinge, ehemals überwiegend im graphischen Gewerbe tätig, arbeiteten. Das „Unternehmen Bernhard“ wurde von der Abteilung VI F 4 des Reichssicherheits-Hauptamtes unter SS-Obersturmbannführer Fritz Doerner geleitet. Als Betriebsleiter in Sachsenhausen war ein ehemaliger Druckereibesitzer aus Berlin, August Petrich, Träger des Goldenen Naziparteiabzeichens, eingesetzt. Hauptsächlich wurden in dieser Fälscherzentrale der SS falsche Pfundnoten hergestellt. Nach ersten Versuchsdrucken wurde im Frühjahr 1943 mit der Falschgeldproduktion im großen Stil begonnen. Die Gesamtproduktion wird auf einen Gegenwert von 2½ bis 3 Milliarden RM geschätzt. Verwendet werden sollte dieses Falschgeld vor allem zur Untergrabung der englischen Währung und zur Finanzierung von Spionageunternehmen. Das geht unter anderem aus der Tatsache hervor, daß die Geldscheine in Sortimenten zwischen 6000 und 10 000 Stück an die Handelsattachés der deutschen Botschaften in Rom, Ankara, Lausanne, Bern, Madrid und Lissabon gesandt wurden. Versuche zur Herstellung von falschen Dollarnoten gelangen nicht. Außer der Falschgeldproduktion wurden noch andere „Aufträge“ ausgeführt. Unter anderem wurden englische Briefmarken mit dem Aufdruck „This war is a Jewish war“ versehen. Auch Pässe wurden gefälscht. Später wurde das „Unternehmen“ nach Mauthausen verlagert. Ein Teil der Falschgeld- und

Papiervorräte wurde vor dem Eintreffen der Alliierten verbrannt, ein Teil wurde in Kisten verpackt und von der SS abtransportiert. Im vergangenen Jahr wurden in Österreich diese Materialien aus dem Toplitzsee gefischt. Es handelte sich dabei um Aufzeichnungen über die Herstellung von Falschgeld, Listen von den an der Herstellung des Geldes beteiligten Personen und Überreste falscher Pfundnoten.

Der Einsatz lohnte

Der Faschismus schaffte immer größere Profitmöglichkeiten für die Monopole. Hatte er erst die Arbeiterparteien und -organisationen blutig unterdrückt, aus dem Kapitalisten einen „Betriebsführer“, aus den Arbeitern eine „Gefolgschaft“ und aus beiden eine „Volksgemeinschaft“ gemacht, so schuf er mit der Aufrüstung, dem Kriege und dem Einfall in andere Länder immer neue Möglichkeiten zur Ausbeutung und Ausplünderung sowohl des eigenen Volkes als auch der anderen Völker. Die Monopole hatten ihr Geld gut angelegt. Die finanziellen Unterstützungen, mit denen sie Hitler an die Macht geschoben hatten, kamen tausendfach wieder herein. Erinnern wir uns.

Zwischen dem englischen Öl-Milliardär Deterding, einem begeisterten Nazianhänger, und der NSDAP wurde ein regelrechter Vertrag über eine geheime Finanzierung der SA abgeschlossen. Die NSDAP verpflichtete sich, als Gegenleistung Deterdings Ölinteressen nach der Machtübernahme zu bevorzugen. Der Ruhrindustrielle Kirdorf ließ jahrelang große Summen in die Nazikassen fließen. Das waren keine Einzelfälle. Bereits im November 1932 hatten sich die größten Monopolherren und Trustgewaltigen der deutschen Industrie an den Reichspräsidenten Hindenburg mit der Forderung gewandt, Hitler als Reichskanzler einzusetzen. Sie forderten die Aufhebung des Parlaments und eine faschistische Diktatur, um – wie es in diesem Schreiben hieß – „durch Über-

windung des Klassengegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft“ zu schaffen. Das Schreiben hatten unter anderen Krupp, Cuno, Schacht, Schröder, Vögler, Thyssen, Reusch, Haniel, Siemens, Bosch und Rosterg unterzeichnet. Und Hitler wurde Reichskanzler. Er erfüllte die Wünsche des deutschen Imperialismus.

Nach Hitlers Machtergreifung nahm die finanzielle Unterstützung der Faschisten durch die Monopole einen organisierten Charakter an. Die Nazis hatten sich bereits in den ersten Wochen als wahre Interessenvertreter der Monopole und als Arbeitermörder gezeigt. Massenterror, Verhaftungen, Konzentrationslager, Reichstagsbrand, Blut und nochmals Blut, das war die imperialistische Saat, mit der die Monopole ihre Herrschaft weiter ausbauen, andere Völker ausplündern und Profite ernten wollten. Hitler hatte sich als Kettenhund des Kapitals bewährt. Die Krupp, Thyssen, Vögler und Siemens dankten ihm dafür. Reichswirtschaftsminister Schmitt sprach den Dank der Industrie offen aus, als er am 13. Juni 1933 erklärte: „Haben Sie den Mut und haben Sie das Vertrauen, daß die deutsche Wirtschaft, die doch eine so stolze Geschichte hat, in ihrem Reichskanzler und in ihrem Führer einen Repräsentanten und einen Schutz hat, der von allen bewundert werden muß.“

Muß es noch deutlicher sein? Angesichts der furchtbaren Gemetzel gegen die besten Vertreter der deutschen Arbeiterklasse, gegen Kommunisten und Sozialdemokraten, gegen fortschrittliche Intellektuelle und jüdische Menschen erklärten die Industriellen Hitler als „bewundernswert“, als ihren „Repräsentanten“ und ihren „Schutz“. Ein Kommentar ist hier wohl überflüssig!

Der Dank kam nicht nur in Worten. In einem Schreiben vom 25. März 1933 bot der Reichsverband der Deutschen Industrie Hitler seine weitere Unterstützung an, um, wie es in diesem Brief hieß, „der Reichsregierung bei ihrem schweren Werk zu helfen“. Mit Befriedigung stellten die Vertreter der Monopole fest, daß durch die Hitlerdiktatur die „Störungen beseitigt sind, die sich aus

den ständigen politischen Schwankungen der Vergangenheit ergeben und die wirtschaftliche Initiative stark gelähmt haben“. Der Kanoenkönig Krupp wurde Vorsitzender eines im Mai 1933 gegründeten Kuratoriums „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“. Krupp war begeistert dabei, um, wie er in einem Schreiben vom 29. Mai 1933 an den Reichsbankpräsidenten Schacht schrieb, „an diesem Werk, das einen Dank für den Führer der Nation darstellen soll, mit ganzer Kraft mitzuwirken“. Über den Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände kam diese Aktion ins Rollen, die sich bis 1945 hinzog und die Nazikassen ständig mit dem Geld auffüllte, daß die Schlotbarone und Krautjunker aus den Werkstätten herauspreßten. In einem von Krupp und Koettgen unterzeichneten Rundschreiben wurde dazu aufgefordert, „schnell und großzügig zu handeln“. Als Zweck der Spende wurde die Unterstützung der SA, SS und der anderen faschistischen Eliteorganisationen angegeben. Millionen Reichsmark flossen so jährlich in die Taschen der Nazis. Die Monopole bezahlten ihre Henker gut. Wie hoch diese Summen waren, geht daraus hervor, daß allein das Ruhrrevier in einem Jahr drei Millionen RM an die Nazis abführte.

Arbeitsklaven für die Monopole oder Geschenke erhalten die Freundschaft

Wie auf einem Sklavenmarkt konnten sich die Betriebe Häftlinge selbst aussuchen, um sie als Arbeitsklaven in ihren Unternehmen auszubeuten. In einem Bericht über das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück wird darüber berichtet: „Auch an auswärtige Firmen wurden die Häftlinge von der Lagerleitung gegen entsprechendes Entgelt ausgeborgt. Jede Frau aus Ravensbrück kennt die Szene: Die Frauen auf der Lagerstraße angetreten, der Arbeitseinsatzführer und irgendein Zivilist – eine sonst

nie gesehene Gestalt im Lager -, der Vertreter der Firma, die einkauft. Und dann ging die Viehschau los. Am meisten gesucht waren die jungen, kräftigen Russinnen . . . Nach wenigen Monaten kamen diese jungen blühenden Russenmädel zur Unmenschlichkeit verändert zurück, um im Lager zu sterben. Sie wurden durch neue ersetzt.“ Diese Tatsachen werden auch vom Massenmörder Höß aus Auschwitz bestätigt, der aussagte, daß monatlich ein Fünftel der bis zur restlosen physischen Vernichtung ausgebeuteten Häftlinge „zur Vernichtung von den Betrieben an die Lager zurückgeschickt wurde“. Höß bestätigte weiter, daß „fortlaufend neue Häftlinge als Nachschub an die betreffenden Betriebe gesandt“ wurden. Der unersättliche Rachen der faschistischen Rüstungsmaschine verschlang Tausende von jungen und gesunden Menschen, um sie als Wracks zur Vergasung an die Lager zurückzugeben. Und die SS sorgte für ständig neue Lieferungen, denn die Monopole verlangten immer mehr Sklaven.

Meist wurden jedoch die Häftlinge direkt an die Betriebe geliefert, die eigene Lager an die Betriebe anschlossen oder den Rüstungsbetrieb direkt neben das Lager bauten und sich damit ein eigenes Konzentrationslager schufen. Die IG Farben haben sich hierbei mit Buna-Monowitz besonders hervorgetan. Sie hatten es verstanden, die Priorität über die Zuweisung von Häftlingsarbeitskräften von der SS zu erhalten. Wie der ehemalige Hauptabteilungsleiter in der SS-Wirtschaftszentrale Karl Sommer im Prozeß gegen den für den Arbeitseinsatz der Häftlinge verantwortlichen SS-Führer Maurer aussagte, hatte er von Maurer die Anweisung erhalten, erst dann andere Betriebe mit Häftlingen zu „versorgen“, wenn der Bedarf der IG Farben gedeckt sei. Das war durchaus kein Zufall. Die IG Farben hatten vorgesorgt und gut „geschmiert“. Sie gehörten zu den größten Finanziers Hitlers. Unter anderem „spendeten“ sie

1933	3 584 070,- RM
1934	4 020 205,- RM
1935	4 515 039,- RM

1936	4 960 636,- RM
1937	5 467 626,- RM
1938	8 156 315,- RM
1939	7 539 857,- RM
1940	7 471 620,- RM
1941	8 057 982,- RM
1942	13 436 201,- RM
1943	8 588 650,- RM
1944	8 402 152,- RM.

Offen erklärten sie ihre Begeisterung über die Annexionen und über die Unterdrückung anderer Völker durch den Hitlerfaschismus. Ihr Dank war wieder in klingende Münze gekleidet. 10 000 RM spendeten die IG Farben am 22. September 1938 „für das Sudetendeutsche Hilfswerk sowie für Zwecke des Sudetendeutschen Freikorps“, der „fünften Kolonne“ des Faschismus. Eine halbe Million Reichsmark spendeten sie Hitler am 1. Oktober 1938 „unter dem Eindruck der von Ihnen, mein Führer, erreichten Heimkehr Sudetendeutschlands ins Reich“, wie es im Begleitschreiben hieß. Fünf Tage vor Ausbruch des Krieges gaben die IG Farben noch einmal 50 000 RM „im Interesse der Wehrhaftmachung des Nationalsozialistischen Fliegerkorps“. Die heutigen Bestechungs- und Korruptionsskandale, wie sie im Bonner Kriegsamt an der Tagesordnung sind, haben ihre Vorbilder und sind eine direkte Fortsetzung der damaligen „Geschenke“. So, wie Adenauer Mercedes-Leihwagen fährt, so hing sich Göring die Gemälde auf, die er von den IG Farben zu seinem Geburtstag „geschenkt“ erhielt. Die Moral des faschistischen „Herrenmenschen“ Göring nahm keinen Anstoß daran, beispielsweise 1939 ein Gemälde im Werte von 38 000 RM, 1940 eine Plastik im Werte von 60 000 RM, 1942 ein Gemälde im Werte von 72 000 RM und 1943 eine Plastik im Werte von 75 000 RM als „Geburtstagsgeschenk“ von den IG Farben anzunehmen. Mit den steigenden Profiten stiegen auch die Werte der Geschenke.

Die IG Farben beschäftigten in ihren Werken Tausende von

KZ-Häftlingen. Nicht zuletzt durch den Einsatz derartig billiger Arbeitskräfte gelang es diesem Monopolbetrieb, riesige Gewinne einzustecken. Dr. Otto Ambros, einer der Direktoren, schrieb am 12. April 1941 in einem Brief an die IG-Farben-Zentrale, Frankfurt a. M.: „Anlässlich eines Abendessens, das uns die Leitung des Konzentrationslagers (Auschwitz – H. K.) gab, haben wir weiterhin alle Maßnahmen festgelegt, welche die Einschaltung des wirklich hervorragenden Betriebs des KZ-Lagers zugunsten der Buna-Werke betreffen.“

Diese Worte sind bezeichnend und sprechen für sich: Für die Monopole, für die Rüstungshyänen und Kriegsgewinnler waren die Konzentrationslager „ein wirklich hervorragender Betrieb“, eine unerschöpfliche Profitquelle. Die Gewinnentwicklung der IG Farben legt dafür ein beredtes Zeugnis ab:

1932 – 48 Millionen RM Gewinn,

1937 – 231 Millionen RM Gewinn,

1939 – 363 Millionen RM Gewinn,

1943 – 822 Millionen RM Gewinn.

Die Profitsucht der IG Farben schreckte auch davor nicht zurück, Häftlinge von der SS zu mieten und zu einem höheren Satz an andere Betriebe weiterzuverleihen. So wurden nach einer Aussage des OBERINGENIEURS Dr. Max Faust von der Bauabteilung in Buna-Monowitz für 4,- RM täglich Häftlinge von der SS gemietet und für -,80 RM pro Stunde bei 12stündiger Arbeitszeit an andere Betriebe weiterverliehen. Allein vom Monat Januar bis November 1943 (ohne Juni/Juli) zahlten die IG Farben, Buna-Werk, an Auschwitz 2 842 985,- RM für gemietete Häftlinge an die SS. Aber wieviel haben sie daran verdient?

Der IG-Farben-Konzern war zwar besonders aktiv bei der Ausbeutung der Häftlinge, er ist aber keine Einzelercheinung. Die größten deutschen Rüstungsbetriebe waren daran ebenso beteiligt wie kleinere Unternehmungen. Neben den IG Farben war es vor allem der Krupp-Konzern, der Tausende von Fremdarbeitern und KZ-Häftlingen ausplünderte. Auch bei Krupp hatte sich

die Kapitalsanlage, die er in Form von „Spenden“ und „Unterstützungen“ an die Nazis zahlte, gelohnt. Bis Dezember 1933 hatte Kanonenkönig Krupp bereits 1 355 207,- RM an den Hitlerfaschismus gezahlt. Diese Spenden wurden ständig fortgesetzt. Mit größeren Rüstungsaufträgen und fetteren Dividenden, mit der Zurverfügungstellung von Arbeitssklaven aus den Konzentrationslagern und mit der blutigen Niederhaltung der deutschen Arbeiterbewegung zahlte der Faschismus an seine Auftraggeber zurück. Aus einer Abrechnung der SS-Kommandantur Buchenwald über die im Monat September 1944 an den Krupp-Konzern vermieteten Häftlinge geht hervor, daß 12 326 Arbeitssklaven aus dem KZ Buchenwald allein an den Ruhrkönig verschachert wurden.

Zu den anderen Betrieben, die ebenfalls Häftlinge beschäftigten, gehörten unter anderem: Hermann-Göring-Konzern, Auerwerke AG, Rheinmetall-Borsig, Hugo Schneider AG (Hasag), Messerschmitt AG, Mauser-Werke, Dyckerhoff und Widmann AG, Siemens-Schuckert, BMW, Brabag, Volkswagen-Werke, Alpine-Montan-Union, Steyr-Daimler-Puck AG, Heinkelwerke, Afa-Werke, Saurerwerke, Rax-Werke, Solvay-Konzern, Bayerr. Lloyd, Zellwolle AG, Weser-Flugzeug-Bau, Mitteldeutsche Stahlwerke, Auto-Union, Ebro-Werke, Junkers-Werke usw. Insgesamt wurden etwa eine halbe Million KZ-Häftlinge an die Privatindustrie gleichzeitig vermietet. Die einzelnen Unternehmungen hatten bestimmte KZ, aus denen sie ihre Arbeitskräfte bezogen. In Nürnberg vor Gericht gestellt, versuchte das Mitglied des Krupp-Direktoriums Erich Müller das Streben des Krupp-Konzerns nach Maximalprofit als reine Menschlichkeit hinzustellen: „Hierbei konnte ich mir auch denken, daß es den Konzentrations-Lager-Häftlingen selbst lieber war, außerhalb des Konzentrationslagers verwendet zu werden und in ihrem Fach zu arbeiten . . . Ich habe in der Verwendung von Konzentrations-Lager-Häftlingen in den Betrieben keine Bedenken gesehen, weil es nach meiner Ansicht unerheblich war, ob sie im Lager oder im Betrieb arbeiteten.“

SS im großen Geschäft

Die Gewinne, die die SS aus der Vermietung von Häftlingen zog, waren enorm. In der Regel betrug der Tagespreis für einen Facharbeiter 6,- RM und für einen Hilfsarbeiter 4,- RM. Allein das Konzentrationslager Dachau hatte eine durchschnittliche Monatseinnahme von über zwei Millionen Mark. Von Buchenwald ist eine Aufstellung der von den Betrieben an die SS für die Vermietung von Häftlingen gezahlten Gelder erhalten geblieben. Sie besagt, daß allein Buchenwald für männliche Häftlinge im

Juni	1943	1 000 537,80 RM
Juli	1943	1 130 178,65 RM
August	1943	1 171 271,80 RM
September	1943	1 488 967,90 RM
Oktober	1943	2 192 244,20 RM
November	1943	2 695 493,35 RM
Dezember	1943	3 165 755,30 RM
Januar	1944	3 175 148,70 RM
Februar	1944	4 204 239,85 RM
März	1944	3 465 745,80 RM
April	1944	3 562 242,40 RM
Mai	1944	3 755 284,50 RM
Juni	1944	4 773 135,95 RM
Juli	1944	5 640 995,80 RM
August	1944	6 488 963,25 RM
September	1944	7 516 755,30 RM
Oktober	1944	8 354 995,10 RM
November	1944	4 876 629,- RM
Dezember	1944	4 810 094,05 RM
Januar	1945	6 066 963,66 RM
Februar	1945	5 342 286,95 RM

RM einkassierte. Der plötzliche Rückgang im November 1944 ist darauf zurückzuführen, daß das unterirdische Lager Dora bei Nordhausen ein selbständiges Lager wurde. Vorher war es Außenkommando von Buchenwald.

Zu diesen Summen, die für männliche Häftlinge eingenommen wurden, kamen noch die Gelder für die weiblichen Häftlinge. Obwohl Buchenwald kein Frauenkonzentrationslager war wie Ravensbrück, hatte es auch weibliche Häftlinge in den Außenkommandos, die zwischen 1-2,5 Millionen RM monatlich einbrachten. Aus einer Aussage des Mitarbeiters beim SS-WVHA Karl Sommer geht hervor, daß für die Vermietung von Häftlingen monatlich etwa 50 Millionen RM durch die SS eingenommen wurden.

Während auf den Schlachtfeldern des Krieges, an den Fronten und unter den Bombenteppichen im Reich Millionen Menschen zerfetzt wurden und eines qualvollen Todes starben, während in den Gaskammern und Folterhäusern des „Dritten Reiches“ die faschistische Vernichtungsmaschine raste, stiegen die Profite immer höher. Aus dem Blut, dem Elend und Tod der europäischen Völker und des deutschen Volkes schöpften die Konzernherren, Bankfürsten und ihre Handlanger, die SS, unermessliche Reichtümer.

In dieser Periode wurde auch das Bestreben der SS deutlich, auf der Basis der Häftlingsarbeitskräfte einen eigenen SS-Wirtschaftskonzern aufzubauen. Damit sollte der SS eine neue ökonomische Basis gegeben werden, die sie unabhängig von der Staatskasse machte und die Aufrüstung der SS-Truppen der Kontrolle des Staates, der Wehrmacht und des Rüstungsministeriums entzog. Die Zentrale dieser Organisation war das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt.

Die SS eignete sich im Laufe der Zeit viele Betriebe an und errichtete in den Konzentrationslagern Werkstätten, die später zu Rüstungsbetrieben ausgebaut wurden. Unter möglichst harmlos klingenden Decknamen versteckten sich die SS-eigenen Betriebe. Zur Illustrierung seien einige dieser Betriebe genannt:

Gemeinnützige Wohnungsbau- und Heimstätten GmbH, Dachau; Haus- und Grundbesitz GmbH, Berlin; Verkaufsstelle Berliner Möbelwerkstätten, eGmbH; Deutsche Heilmittel GmbH, Prag;

Ostindustrie GmbH, Lublin; Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH; Porzellan-Manufaktur Allach-München GmbH, Berlin; Bohemia Keramische Werke AG, Neurohau; Golleschauer-Portland-Zement AG, Golleschau O/S.; Ostdeutsche Baustoffwerke GmbH, Posen; Treuhandverwaltung Lemberg und Bialystok; Sudetenquell GmbH, Berlin; Freudenthaler Getränke GmbH, Freudenthal/Ostsudeten; Deutsche Lebensmittel GmbH, Berlin; Selchwaren- und Konservenfabrik Wolframs b. Iglau; Deutsche Ausrüstungswerke GmbH, Berlin; Deutsche Meisterwerkstätten GmbH, Prag; Forst- und Sägewerk Bachmanning GmbH, Bachmanning; Deutsche Heimgestaltung GmbH, Berlin; Deutsche Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung GmbH; Anton Leibl GmbH, Berlin; Gesellschaft für Textil- und Lederverarbeitung GmbH, Ravensbrück; Nordlandverlag GmbH, Berlin; Völkischer Kunstverlag GmbH, Berlin; König-Heinrich-Gedächtnis-Stiftung usw. Viele dieser Betriebe sind nur Sammelbegriffe für zahlreiche, über Deutschland und die besetzten Gebiete verstreute Zweigwerke.

Über den Gesamtgewinn der SS-Betriebe ist wenig Material vorhanden. Einige Einzelbeispiele lassen aber den Umfang des Profits erkennen, den die SS aus der direkten wirtschaftlichen Ausbeutung der Häftlinge zog: Das Stammkapital der Deutschen Textil- und Bekleidungswerke war von 1 720 000 RM auf 3 000 000 RM erhöht worden. Für 1945 war eine weitere Erhöhung auf 5 000 000 RM vorgesehen. Der Umsatz desselben Werkes betrug

1940/41	575 000 RM
1941/42	800 000 RM
1942	1 214 000 RM
1943	8 214 000 RM
1944	15 500 000 RM
1945	35 000 000 RM (geplant).

Eine andere sehr wichtige Quelle ist ein Geschäftsbericht der Deutschen Ausrüstungswerke vom Jahre 1942. Wenn auch 1942

noch lange nicht der Höhepunkt der Profite dieses SS-Betriebes erreicht war, sondern die Produktion in diesem Jahr erst richtig anlief, gibt der Bericht doch einige wichtige Zahlen an: Die Deutschen Ausrüstungswerke besaßen in zehn Konzentrationslagern Zweigbetriebe. Sie beschäftigten im Jahre 1942 durchschnittlich 7400 Häftlinge gegenüber 3650 im Vorjahre. Der Reingewinn des Jahres 1942 wird mit 1 984 844,02 RM angegeben. Aus den ausgewiesenen Darlehen geht hervor, daß sich SS- und Polizeiführer mit Anteilen an den Deutschen Ausrüstungswerken beteiligt haben. So werden eine SS-Spargemeinschaft mit einem Darlehen von 1 500 000 RM und SS- und Polizeiführer mit einem Darlehen von 101 704,35 RM erwähnt. Daraus ist ersichtlich, daß die einzelnen SS-Führer auch persönlich am Gewinn der SS-Betriebe, das heißt an der maximalen Ausbeutung der Häftlinge, beteiligt waren.

Es gibt viele Beispiele darüber, wie sich die SS-Leute, besonders die SS-Offiziere, durch die Konzentrationslager maßlos bereicherten. Sie nutzten jede Gelegenheit, um die Häftlinge auszuplündern oder deren Arbeitskraft für persönliche Zwecke auszunutzen. Ungeachtet der Kriegslage, fielen sie ihrem „Führer“ selbst in den Rücken und sabotierten die Kriegsproduktion, wenn es um persönliche Bereicherung ging. Kostbare Rohstoffe und Arbeitskraft wurden beispielsweise in Buchenwald dazu verwandt, riesige Metallarmleuchter, Kunstschmiedearbeiten, Feuerzeuge, Briefbeschwerer usw. herzustellen, eine Sache, die selbstverständlich von den Häftlingen unterstützt wurde, um Material und Arbeitszeit der Kriegsproduktion zu entziehen. Der SS-Oberführer Loritz, Lagerkommandant von Sachsenhausen, ließ sich Jagdwagen, Motorboote, Möbel, Luxusgegenstände und selbst ein Flugzeug von den Häftlingen bauen. Eine große Anzahl Handwerker war ständig für ihn und seine Familie tätig. In St. Gilgen am Wolfgangsee ließ er sich ein Haus bauen. Das Material dazu fuhren Lastkraftwagen von Sachsenhausen zur Baustelle. Im gleichen Lager wurden für eine „Kaserne III“ Unsummen von Bau-

geldern verrechnet, obwohl das Objekt nur auf dem Papier existierte. Ein gleiches „Konto Lösch“ existierte in Buchenwald. Hier wurde beim Bau eines Objektes auf der Grundlage der besten und teuersten Materialien eine Vorkalkulation aufgestellt. Nach der Genehmigung wurde das Geld einkassiert, mit dem billigsten Material gebaut und die Differenz auf das „Konto Lösch“ abgeführt, das für persönliche Anschaffungen der SS-Leute diente.

In Buchenwald wurden eines Tages die Juden zur Geldsammlung für eine Lagerbibliothek aufgefordert. 8000 RM wurden zusammengebracht. Die SS kassierte das Geld auf Nimmerwiedersehen ein. Während der Rath-Aktion 1938 wurden jüdische Millionäre ans Tor gerufen, wo Riesensummen, Abtretung von Autos usw. von ihnen erpreßt wurden. Sie mußten im Lager Löffel, Trinkbecher, Eßgeschirr usw. mit 10–20 RM bezahlen. Architekten, Kunstmaler, Steinmetze, Bildhauer, Kunstschnitzer, Goldschmiede und Graphiker arbeiteten in Buchenwald und anderen Lagern ausschließlich für die persönlichen Bedürfnisse der SS. Häftlinge wurden selbst für Hochstapeleien der SS-Leute ausgenutzt. So ließen sich die SS-Ärzte Hoven und Wagner von Häftlingen ihre Dissertationen schreiben. Der ehemalige Lagerkommandant von Sachsenhausen, Kaindl, sagte später aus, daß Himmler Bestechungsgelder von Fabrikanten für die Lieferung von Häftlingen erhielt. Bezeichnend ist, daß SS-Obergruppenführer Pohl, dem die KZ-Lager unterstanden, für die Einrichtung seines Gutes eine Million Mark aufbringen konnte.

Die SS war bestrebt, sich vor allem in die Rüstungsindustrie einzuschalten und sie maßgeblich zu beeinflussen. Als der Mangel an Arbeitskräften immer größer und der Einsatz von Häftlingen in der Rüstungsindustrie zur dringenden Notwendigkeit wurde, versuchte die SS, diese günstige Gelegenheit auszunutzen, und bot die Verlegung der Rüstungsindustrie in die Konzentrationslager an.

Hitler hatte befohlen, die Konzentrationslager im stärkeren

Maße für die Rüstungsindustrie einzusetzen. Die ersten Verhandlungen in dieser Richtung mit dem Rüstungsministerium Speer waren erfolgreich für die SS. Am 16. März 1942 wurde nach einer schon vorher von Himmler erlassenen Verordnung beschlossen, daß die Fertigung in den Lagern verbleiben sollte und die Betreuerfirmen die Produktion in die Konzentrationslager verlegen mußten, bei gleichzeitiger Bereitstellung von Ingenieuren und Meistern zum Anlernen der Häftlinge. Buchenwald und Neuengamme sollten zuerst als Musterbeispiele für die Rüstungsfertigung eingerichtet werden.

Die SS verfolgte das Ziel, auf die Produktion solcher Waffen Einfluß zu nehmen, die für ihre Bewaffnung besonders gebraucht wurden. Sie zeigte größtes Interesse an der Produktion schwerer Granatwerfer, des Maschinengewehrs 42, des 3,7-Flakgeschützes und von Nachrichtenmitteln. Außerdem plante sie die Errichtung einer Lastwagenfabrik der Firma Opel in der Nähe von Katowice, die unter der Regie der SS produzieren sollte. Speer führte am 20., 21. und 22. September 1943 Besprechungen mit Hitler, in denen er nachwies, daß es nicht möglich sei, eine Rüstungsfertigung in den Konzentrationslagern aufzuziehen, weil die notwendigen Werkzeugmaschinen fehlten, die notwendigen Baulichkeiten nicht vorhanden waren, während auf der anderen Seite die privatkapitalistische Rüstungsindustrie noch nicht voll ausgelastet sei und durch Ausnutzung der zweiten Schicht keine Neuinvestitionen erforderlich seien. Speer handelte im Auftrag der Konzernherren; die Monopole wollten selbst die billigen Häftlinge ausbeuten und das Geschäft nicht allein der SS überlassen. Hitler erklärte sich damit einverstanden, daß zur Ausfüllung der zweiten Schicht KZ-Häftlinge verwendet wurden. In seinen Aufzeichnungen darüber schrieb Speer: „Ich habe den Führer auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die ich in der Forderung von Reichsführer-SS, Himmler, sehe, einen maßgebenden Einfluß auf diese Betriebe auszuüben. Auch der Führer hält einen solchen Einfluß für nicht erforderlich.“ Es wurde ver-

einbart, daß Himmler als Gegenleistung für die Überlassung von Häftlingen für die Rüstungsindustrie entsprechend dem Arbeitsstundenaufwand einen prozentualen Anteil (etwa 3-5 Prozent) am Kriegsgerät erhalten sollte.

„Freunde des Reichsführers-SS“

Wen wundert es angesichts der Vorteile, die die Industrie aus der SS und ihren Konzentrationslagern zog, daß Monopolherren und Bankiers sich geradezu danach drängten, in den Kreis der SS aufgenommen zu werden und sich die Gunst Himmlers zu sichern?

Von Wilhelm Keppler, der die besten Beziehungen zum deutschen Finanzkapital hatte, wurde der Kreis der „Freunde des Reichsführers-SS“ geschaffen, der jährlich etwa eine Million Mark an Himmler spendete. So wurden zum Beispiel im Jahre 1943 1 100 000 RM vom „Freundeskreis“ an die SS gezahlt, um ihr bei dem „wieder vergrößerten Aufgabenkreis“, wie es im Begleitschreiben hieß, „eine kleine Entlastung zuteil werden lassen zu können“.

Bezeichnend für die Ziele und den Charakter dieses Kreises ist ein Blick auf seine Zusammensetzung. Unter anderen gehörten dem „Freundeskreis“ führende Persönlichkeiten folgender Unternehmen an: Siemens-Schuckert-Werke AG; IG-Farben-Industrie AG; Mitteldeutsche Stahlwerke AG; Deutsche Bank, Berlin; Ilseder Hütte; Deutsch - Amerikanische - Petroleumgesellschaft; Oetker, Bielefeld; Reichs-Kredit-Gesellschaft AG; Dresdner Bank, Berlin; Commerz- und Privatbank AG, Berlin; Rheinmetall-Borsig; Hermann-Göring-Werke; Bosch-Werke; Kali-Werke Wintershall AG; Vereinigte Stahlwerke AG; Braunköhle-Benzin AG; Felten & Guillaume Carlswerk AG; Mix & Genest AG; C. Lorenz AG; Gewerkschaft „Preußen“; Bankhaus Schröder; Norddeutscher Lloyd.

Wie der SS-General Pohl bestätigte, waren „die Mitglieder des Freundeskreises ausgesuchte, politisch zuverlässige und loyale Leute“, die nie eine Einladung dazu ablehnten und „sich eher zur Aufnahme in den Freundeskreis drängten in Anbetracht der Vorteile, die sie sich immerhin davon versprachen, daß sie in persönliche Beziehung zu Himmler und anderen maßgeblichen Leuten der Partei sowie Wirtschaft treten würden“. Viele der im Freundeskreis organisierten Konzerngewaltigen und Regierungsvertreter wurden mit SS-Rängen ausgestattet. Nach dem Stande von 1939 war zum Beispiel Staatsrat Boerger, Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium – SS Brigadeführer; Dr. Heinrich Buetefisch, Vorstandsmitglied der IG Farben, Leiter des Leuna-Werkes – SS-Hauptsturmführer; Dr. Franz Hayler, Leiter der Reichsgruppe Handel – SS-Standartenführer; Ewald Hecker, Präsident der Industrie- und Handelskammer Hannover – SS-Oberführer; Wilhelm Keppler, Staatsrat im Auswärtigen Amt – SS-Gruppenführer; Prof. Dr. Emil Meyer, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank – SS-Sturmbannführer; Dr. Karl Rasche, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank – SS-Hauptsturmführer; Dr. Kurt Schmitt, Staatsrat, Vorsitzender des Vorstandes der Münchener Rückversicherungsgesellschaft – SS-Brigadeführer; Otto Steinbrinck, Mitglied des Aufsichtsrates der Mitteldeutschen Stahlwerke AG – SS-Brigadeführer; Dr. Wilhelm Voss, Vorstandsmitglied der Reichswerke „Hermann Göring“ – SS-Sturmbannführer.

Es handelte sich also beim „Keppler-Kreis“ um die führenden Banken und Konzerne des deutschen Imperialismus, die damit die Politik der SS finanziell unterstützten. Der „Freundeskreis“ zeigt am deutlichsten die Verschmelzung des deutschen Imperialismus mit dem deutschen Faschismus, hier in Form seiner stärksten Stütze und Exekutive, der SS. Beide, die Nazihierarchie und das Monopolkapital, hatten gleiche Interessen. Der Faschismus war die Herrschaftsform des Monopolkapitals, und die SS war die Exekutive dieser bürgerlichen Diktatur. Der „Freundeskreis“

war nur eine Form der offenen Finanzierung des Faschismus durch die deutsche Industrie. Bankier von Schröder, selbst SS-Brigadeführer, versuchte sich im Prozeß gegen Flick damit herauszureden, daß die Spenden an Himmler zur „Linderung der sozialen Not in Deutschland beitrugen“ und „daß Himmler mit dem Geld der Industriellen keinen Mißbrauch getrieben hat“. Schamloser geht's nicht!

Eine andere Einrichtung zur finanziellen Unterstützung der SS war die Organisation „Fördernde Mitglieder der Schutzstaffel“. Für diese Organisation war die Zugehörigkeit zur NSDAP keine Bedingung. Es wurde ein regelmäßiger Monatsbeitrag gezahlt, ohne daß das „Fördernde Mitglied“ der SS angehörte. Im Mitgliedsbuch hieß es: „Die FM-Organisation ist ein wesentlicher Bestandteil der gesamten SS; je mehr diese Organisation ausgebaut wird und je mehr durch sie Gelder hereinkommen, desto mehr wird die wirtschaftliche Lage der SS unter Wahrung größter Selbständigkeit gehoben und gefestigt.“

Geschäft mit dem Tode

Die SS scheute vor keiner Maßnahme zurück, wenn sich die Möglichkeit bot, Gewinn aus irgendeiner Aktion herauszuschlagen. Aus einem Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 24. November 1942 an Himmler geht hervor, daß für eine Person 100 000 Schweizer Franken hinterlegt werden mußten, unter Verzicht auf den Gegenwert, wenn der Betreffende die Genehmigung zur Auswanderung erhielt, also nicht nach Auschwitz zur Vergasung geschickt wurde. Im gleichen Schreiben wird weiter genannt, daß sechs Fälle mit 28 Juden insgesamt 1 290 000 Schweizer Franken eingebracht haben. Acht Juden mußten sich durch eine Lieferung von Ölsaaten beziehungsweise den Verkauf eines größeren industriellen Unternehmens loskaufen. Es wurde mit dem weiteren Aufkommen von 2 860 000 Schweizer Franken

gerednet. Eine ähnliche Freikaufaktion sollte auf slowakische Juden ausgedehnt werden, um die für die Freiwilligenwerbung benötigten 30 Millionen Pengö zu erhalten.

Eine andere Aktion wurde 1944 eingeleitet. Am 14. Juni 1944 wurde den Budapester Juden die Möglichkeit geboten, für zwanzig Millionen Franken dreißigtausend Juden freizukaufen. Dieser Betrag wurde durch Hilfsmittel internationaler jüdischer Organisationen bereitgestellt. So kam es, daß 1684 Juden von Bergen-Belsen aus in zwei Zügen am 21. August und 6. Dezember 1944 in die Schweiz transportiert wurden.

Den modernen SS-Sklavenhandel drückt noch krasser ein anderes Vorhaben aus. 1944 wurde ein gewisser Brand nach Istanbul geschickt, um dort das Leben von 700 000 ungarischen Juden gegen 10 000 Lastkraftwagen anzubieten, die in Saloniki gelandet werden sollten. Der Charakter des Faschismus kann sich kaum offener als in dieser Aktion zeigen. Der Mensch wurde zum Handelsobjekt. Die SS, deren Ziel die „Endlösung der Judenfrage“ war, ging von diesem Prinzip immer ab, wenn dabei ein gutes Geschäft in Aussicht war. Und der Handel mit dem Tode war profitabel.

Menschliche Versuchstiere

Ein besonders grausames Kapitel ist die Verwendung der Häftlinge als menschliche Versuchstiere. An diesen barbarischen Versuchen waren vor allem die Kreise der Industrie und die Wehrmacht interessiert.

Zentrale dieser Versuche war das Hygiene-Institut der Waffen-SS in Berlin, das mit Dienststellen der Wehrmacht, der chemisch-pharmazeutischen und sero-bakteriologischen Abteilung der IG Farben, den Behring-Werken in Dessau, einer Reihe von Wissenschaftlern an den Universitäten und verschiedenen anderen Privatbetrieben zusammenarbeitete.

Aus der Fülle der durchgeführten Versuche seien nur einige genannt:

In Sachsenhausen gab es eine „Schuhprüfstelle“. Es handelte sich hierbei um besonders angelegte Straßenabschnitte mit Schotter, Asphalt, Sand, Wasser usw., auf denen die betreffenden Häftlinge mit Gepäck täglich 35–40 km zurücklegen mußten. Dabei wurden neue Schuhe, neue Sohlen und auch die Wirkung von Schlaftabletten ausprobiert. Weiterhin gab es in Sachsenhausen Versuche mit Todesspritzen, Kastrations- und Sterilisationsversuche, Versuche mit Wundinfektionen, Typhus und Cholera, Ausprobierung neuer Waffen und Fallschirme. Mittels Gifinjektionen wurde die Schnelligkeit des Todes festgestellt.

In Natzweiler-Schirmeck wurden Häftlingen Körperteile mit Säure eingerieben und dann Heilungsversuche unternommen. Neue Gase wurden an Häftlingen ausprobiert.

In Ravensbrück wurden bei Frauen Knochenteile entfernt, Wundinfizierungen durchgeführt, bei lebendigem Leibe das Gehirn geöffnet, Versuche mit Abtreibungen und künstlichen Befruchtungen unternommen. Massenblutentnahmen dienten der „Blutspende“ für die Front. Mancher „arische“ Frontsoldat wurde so mit dem Blut jüdischer Häftlinge aus den Konzentrationslagern am Leben erhalten.

In Buchenwald wurden bis Ende 1944 24 Fleckfieberversuchsreihen mit einer wechselnden Personenzahl zwischen 4 und meist 40–60 (einmal 145) Häftlingen durchgeführt. Außerdem wurden Versuche mit Gelbfieber, Pocken, Cholera, Diphtherie, Kampfgasgiftstoffen, verschiedenen anderen Giften, Phosphor-Kautschuk-Brandbomben, vergifteter Munition und alten Blutkonserven durchgeführt.

In Dachau weist die Liste der Versuche auf: Magenoperationen an 20 gesunden Häftlingen; Malaria-Versuche an etwa 1200 Häftlingen (Ausprobierung von Salvarsan und Pyramidon); Versuche mit wechselndem Luftdruck an 4–500 Personen; Unterkühlungsversuche an 300 Personen; Leber-Punktions-Ver-

suche an etwa 175 Personen; Phlegmone-Versuche an 6-800 Personen; Salzwasser-Versuche an 60-80 Personen. Die meisten der Häftlinge, die derartigen Versuchen unterworfen wurden, starben einen qualvollen Tod.

In Auschwitz wurden neben einer ganzen Reihe anderer Versuche vor allem Sterilisierungsversuche durchgeführt. Himmler war sehr interessiert an der Sterilisierung der Juden, Tschechen und Polen. In einem Schreiben an Clauberg bat er um Mitteilung, wieviel Zeit zur Sterilisierung von 1000 Jüdinnen notwendig wäre.

Es war den blutbesudelten SS-Henkern, die sich „Wissenschaftler“ nannten, nicht möglich, alle Dokumente ihrer Bestialitäten zu vernichten. So ist ein ganzer Aktenvorgang über die Anfertigung einer Schädel- und Skelettsammlung „jüdisch-bolschewistischer Kommissare“ erhalten geblieben. Mit einer für menschliche Begriffe unfaßbaren Brutalität wurde im geschäftsmäßigen Ton über die Ermordung von Menschen gesprochen, nur um ihre Schädel für eine Sammlung zu erhalten. Es hieß in einem Schreiben des Reichsgeschäftsführers des „Ahnenerbe“ vom 9. Februar 1942 an SS-Sturmbannführer Dr. Brandt:

„Nahezu von allen Rassen und Völkern sind umfangreiche Schädelmengen vorhanden. Nur von den Juden stehen der Wissenschaft so wenig Schädel zur Verfügung, daß ihre Bearbeitung keine gesicherten Ergebnisse zuläßt. Der Krieg im Osten bietet uns jetzt die Gelegenheit, diesem Mangel abzuwehren... Die praktische Durchführung der reibungslosen Beschaffung und Sicherstellung dieses Schädelmaterials geschieht am zweckmäßigsten in Form einer Anweisung an die Wehrmacht, sämtliche jüdisch-bolschewistischen Kommissare in Zukunft lebend sofort der Feldpolizei zu übergeben. Die Feldpolizei wiederum erhält Sonderanweisung, einer bestimmten Stelle laufend den Bestand und Aufenthaltsort dieser gefangenen Juden zu melden und sie bis zum Eintreffen eines besonderen Beauftragten wohl zu behüten. Der zur Sicherstellung des Materials Beauftragte (ein der Wehrmacht oder sogar der Feldpolizei angehörender Jungarzt oder

Medizinstudent, ausgerüstet mit einem PKW nebst Fahrer) hat eine vorher festgelegte Reihe photographischer Aufnahmen und anthropologischer Messungen zu machen und, soweit möglich, Herkunft, Geburtsdatum und andere Personalangaben festzustellen. Nach dem danach herbeigeführten Tode des Juden, dessen Kopf nicht verletzt werden darf, trennt er den Kopf vom Rumpf und sendet ihn in eine Konservierungsflüssigkeit gebettet in eigens zu diesem Zwecke geschaffenen und gut verschließbaren Blechbehältern zum Bestimmungsort.“

Diese Versuche wurden in der Universität Straßburg durchgeführt.

Es sind Fälle bekannt, bei denen die SS an die Privatbetriebe Häftlinge für Versuchszwecke direkt verkaufte. Bezeichnend dafür ist ein erhalten gebliebener Schriftwechsel zwischen einem chemischen Betrieb und dem Lager Auschwitz. Es heißt darin:

„Bezüglich des Vorhabens von Experimenten mit einem neuen Schlafmittel würden wir es begrüßen, wenn Sie uns eine Anzahl von Frauen zur Verfügung stellen würden.“

„Wir erhielten Ihre Antwort; jedoch erscheint uns der Preis von RM 200,- pro Frau zu hoch. Wir schlagen vor, nicht mehr als RM 170,- pro Kopf zu zahlen. Wenn Ihnen das annehmbar erscheint, werden wir Besitz von den Frauen ergreifen. Wir brauchen ungefähr 150 Frauen...“

„Wir bestätigen Ihr Einverständnis. Bereiten Sie für uns 150 Frauen im bestmöglichen Gesundheitszustand vor und sobald Sie uns mitteilen, daß Sie soweit sind, werden wir diese übernehmen.“

„Erhielten den Auftrag für 150 Frauen. Trotz ihres abgeehrten Zustandes wurden sie als zufriedenstellend befunden. Wir werden Sie bezüglich der Entwicklung der Experimente auf dem laufenden halten...“

„Die Versuche wurden gemacht. Alle Personen starben. Wir werden uns bezüglich einer neuen Sendung bald mit Ihnen in Verbindung setzen.“

Gewissenlos nutzten die Monopole den Vorteil aus, der ihnen in Form des KZ-Systems durch die SS geboten wurde. Schamlos mordeten sie Häftlinge um des Profits willen, ließen sie unter unvorstellbaren Qualen sterben, um neue Produkte ihrer Werke auszuprobieren. Ein Versuch an Menschen war im Nazistaat billiger als ein Tierversuch.

Der blutige Ausgang

Lange Elendszüge wälzten sich seit Ende 1944 in das Innere Deutschlands. Vor dem Ansturm der siegreichen Roten Armee und der Armeen der Westmächte zog sich das geschlagene Raubtier in die Höhle zurück. Die Konzentrationslager im Osten und Westen wurden geräumt und die Häftlinge entweder verladen und in offenen Güterwaggons bei schärfstem Frost evakuiert oder auf den Todesmarsch geschickt. Es waren nicht viele, die die Todes Transporte und Hungermärsche überlebten. Ihr Weg war gezeichnet durch Leichen. Jeder schwache und zurückbleibende Häftling wurde erschossen. Wer die Strapazen und Qualen nicht aushielt, fiel den Kugeln der SS-Henker zum Opfer.

Reitlinger schreibt in seinem Buch „Die SS“, daß ein Geheimbefehl Hitlers vom Februar 1945 existierte, nach dem kein Konzentrationslager ganz und kein Häftling lebend dem Feind in die Hände fallen sollte. Einige Lager wurden geräumt, wie Groß-Rosen, Lublin und Auschwitz. Das Lager Bergen-Belsen wurde mit mehr Toten als Lebenden befreit. Das Grundziel war immer, sowenig wie möglich Häftlinge am Leben zu lassen. Es sollten keine Zeugen für die Verbrechen des Hitlerfaschismus übrigbleiben. Viele Vernichtungspläne sind bekanntgeworden. So war befohlen, daß Dachau, Mauthausen und Theresienstadt mit den Häftlingen in die Luft gesprengt werden sollten. Nach einer Aussage des ehemaligen Gaustabsamtsleiters von Oberbayern Gertus Gerdes vom 20. November 1945 in Nürnberg

sollten im Auftrag Hitlers Dachau und die beiden jüdischen Arbeitslager Landsberg und Mühldorf unter dem Decknamen „Wolke A 1“ restlos liquidiert werden. Himmler hatte noch am 14. April 1945 an die Lagerkommandanten von Dachau und Flossenbürg geschrieben: „Die Übergabe kommt nicht in Frage. Das Lager ist sofort zu evakuieren. Kein Häftling darf lebendig in die Hände des Feindes fallen.“ Der SS-Kommandant von Mauthausen, Zier-eis, gab den Befehl, 30 000 Häftlinge aus Gusen in Stollen zu treiben und in die Luft zu sprengen. Der Lagerkommandant von Sachsenhausen, Kaindl, sagte später aus, daß er am 1. Februar 1945 den Befehl erhielt, alle Häftlinge von Sachsenhausen und den Außenkommandos zu vernichten. Am 18. April 1945 bekam Kaindl den Befehl, alle Häftlinge auf Schleppkähne zu verladen und im Meer zu versenken.

Es gelang der SS nicht, ihre Ausrottungspläne voll zu verwirklichen. Der Hitlerfaschismus brach schneller zusammen, als die braunen Bestien morden konnten. Die Standhaftigkeit und der Mut der Häftlinge, die sich in vielen Fällen gegen die Vernichtungspläne der SS zur Wehr setzten, vereitelten die Aktionen der SS und retteten Tausenden von Häftlingen noch in letzter Minute das Leben.

Dennoch geschah Grauenhaftes in den Tagen des Zusammenbruchs der Nazidiktatur. Zehntausende kamen auf den Todesmärschen und -transporten um, Zehntausende starben an Hunger und Entkräftung. Tausende wurden auf Schiffe verladen und ertranken in den Fluten der Ostsee. Der Name „Cap Arcona“ ist für immer mit einem der furchtbarsten Ereignisse der KZ-Geschichte verbunden. 11 000 Häftlinge des Lagers Neuengamme, die Überlebenden des Todesmarsches, wurden auf die Schiffe „Cap Arcona“, „Thilbeck“, „Athen“, „Deutschland“ und kleinere Boote verladen. Sie sollten mit ihrer lebenden Fracht versenkt werden. Die Häftlinge waren unter Deck, so daß von dem englischen Beobachterflugzeug aus, das die Schiffe überflog, nur SS und Marinesoldaten gesehen wurden. Am 3. Mai 1945, fünf Tage

vor der Kapitulation der Naziwehrmacht, wurde dieser kleine Schiffsverband bombardiert. 8000 Häftlinge kamen in der Neustädter Bucht ums Leben. Viele Häftlinge, denen es noch gelang, aus den brennenden und sinkenden Schiffen auszubrechen, wurden durch MG-Salven ermordet. Nur wenigen gelang es, sich zu retten.

In Dachau fand man nach der Befreiung 50 Waggon Leichen auf einem toten Gleis, Häftlinge, die aus anderen Lagern evakuiert und ihrem Schicksal überlassen worden waren. In Gardelegen wurde eine Scheune mit 1000 Häftlingen von der SS mit Benzin übergossen und in Brand gesetzt. Wer den Flammen entkam, wurde von SS-Kugeln ermordet. In Abtaundorf bei Leipzig waren es 350 Häftlinge, die bei lebendigem Leibe verbrannt wurden. Der rasche Sieg der Anti-Hitler-Koalition bewahrte Tausende anderer Häftlinge vor einem gleichen Schicksal.

Der Plan für ein KZ-Europa

Der zweite Weltkrieg tobte. Unter dem Joch der faschistischen Eroberer stöhnte fast ganz Europa. Hitler überfiel die Sowjetunion, um das stärkste Hindernis auf dem Weg zur Weltherrschaft des deutschen Imperialismus zu beseitigen. Noch hatte er in den ersten Tagen Erfolge. Geblendet von den schnellen Siegen über die anderen Völker Europas und die eigenen Kräfte maßlos überschätzend, traf der Faschismus bereits Vorkehrungen für Siegesparaden in Moskau. Posten und Funktionen wurden verteilt, und natürlich wurde auch großzügig geplant, wie man am besten und schnellsten ausrotten und ausplündern konnte.

Es war 1941, wenige Tage nach dem heimtückischen Überfall auf die Sowjetunion, als Himmler am 2. Juli ein Schreiben an die einzelnen Lagerkommandanten schickte, in dem es hieß: „Um mit den Vorbereitungen für den friedensmäßigen Ausbau der Konzentrationslager (Massivbau) beginnen zu können, ist nach

Mitteilung des Chefs des Amtes II - Bauten - eine Verstärkung des Personals in den Büros der SS-Baudienststellen unerlässlich.“

Die „Isar-Post“ vom 12. Dezember 1947 schreibt über eine Zeugenaussage des Ingenieurs Plaskura im Prozeß gegen die SS-Leute von Auschwitz in Krakau, daß er Gelegenheit hatte, in einen Plan der SS Einsicht zu nehmen, in dem unter dem Namen „Himmlerstadt“ eine Erweiterung des KZ Auschwitz vorgesehen war, die zusätzlich 60 000 Menschen Platz schaffen sollte.

Auch für Sachsenhausen existierte ein „Generallinienplan“ für den Ausbau nach dem Kriege, der vor allem eine Erweiterung der Krematorien vorsah. Neben dem Häftlingslager sollte nach dem Kriege in Dachau die modernste und größte Textilfabrik der Welt errichtet werden.

Die in den Plänen vorgesehene Erweiterung der Krematorien und Vergasungsräume deuten auf die beabsichtigte Fortsetzung und Ausweitung der Massenvernichtungsaktion hin. Der Hitlerfaschismus wollte nach dem „Endsieg“ die Vernichtung aller Juden, Polen und Slawen sowie der anderen „Staatsfeinde“ fortsetzen beziehungsweise die Konzentrationslager als Arbeitsklaven-Reservoir weiter ausbauen. Das KZ-System sollte zu einer ewigen Einrichtung im Rahmen des „Tausendjährigen Reiches“ werden. Die Zerschlagung des deutschen Faschismus rettete die Völker Europas vor einer noch größeren Ausbreitung des Nazi-terrors.

Statistik des Grauens

Es wird wohl kaum möglich sein, annähernd richtige Zahlen über die Entwicklung des KZ-Systems zu erhalten und die genaue Zahl der in den Lagern ermordeten Häftlinge zu ermitteln. Die SS hat den größten Teil ihrer Akten vor der Befreiung noch vernichtet. Nur Reste sind erhalten, die allerdings sehr unvollständig sind. Demgegenüber wurden Millionen ermordet, ohne

daß sie je in die Akten der SS aufgenommen wurden. Die Vergasungstransporte nach Auschwitz wurden nicht registriert; die Namen der Toten standen in keiner Lagerkartei. Teilweise nur gibt es von einzelnen Aktionen und Lagern recht genaue Zahlen, die ein einigermaßen konkretes Bild über den Umfang des KZ-Staates, die Zahl der Häftlinge und der Toten zulassen.

Aus den monatlichen Aufstellungen der mehr als sieben Tage „einsitzenden“ Häftlinge der Gestapo-Zentrale, die an Göring gerichtet waren, geht hervor, daß allein in Preußen am 10. September 1934 715, am 10. Oktober 1934 588 und am 10. November 1934 595 Schutzhäftlinge inhaftiert waren. Davon befanden sich zwischen 54 und 66 Prozent in Konzentrationslagern. Der Rest war in verschiedenen Gefängnissen. Während 1933 die Zahl der Häftlinge noch sehr hoch war, ging sie 1934 vorübergehend zurück. Ende 1933 wurde ein großer Teil derjenigen Häftlinge, die in den ersten Monaten der Hitlerdiktatur verhaftet wurden, freigelassen. Sie reichten sich nach der Entlassung aus dem Konzentrationslager wieder in den antifaschistischen Widerstandskampf ein. Viele von ihnen wurden erneut verhaftet.

Andere Zahlen liegen über Bayern vor. Es handelt sich dabei um Berichte des Polizeikommandeurs der Politischen Polizei Bayerns an den Staatsminister. Danach befanden sich in Bayern am 1. November 1933 3907 Personen, am 1. Dezember 1933 4263 Personen und am 1. April 1934 2703 Personen in Schutzhaft. Davon waren 62–70 Prozent in Konzentrationslagern. Der Rest war in Strafanstalten, Gerichts- und Polizeigefängnissen. Gegenüber Preußen sind die Häftlingszahlen von Bayern sehr hoch. Die Ursache bestand vor allem darin, daß sich Himmler, damals Politischer Polizeikommandeur von Bayern, dagegen wehrte, KZ-Häftlinge zu entlassen.

Bei Betrachtung der zahlenmäßigen Entwicklung einzelner Konzentrationslager zeigt sich ein annähernd klares Bild über Wachstum und Zielrichtung, Aufgabenstellung und Charakter des KZ-Systems.

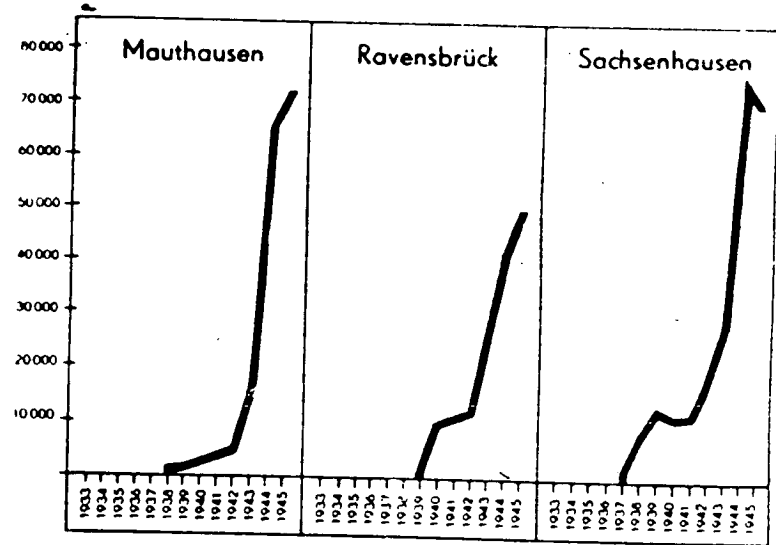
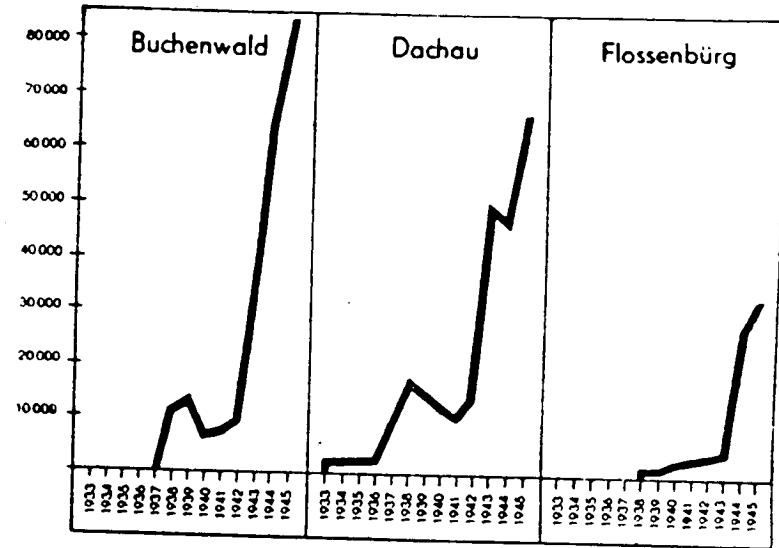
Lagerstärke in:

	Buchen- wald	Dachau	Flossen- bürg	Maut- hausen	Ravens- brück	Sachsen- hausen
1933		2 405				
1934		2 105				
1935						
1936		2 400				
1937	2 561					2 523
1938	11 028	18 000	1 800	1 010		8 309
1939	11 807		1 800	2 772	867	12 168
1940	7 440		2 800	3 047	10 000	10 577
1941	7 911	10 000	3 400		12 000	10 709
1942	9 517	14 000	3 600	5 775	14 000	16 577
1943	37 319	50 000	4 500	16 812	26 000	28 224
1944	63 048	47 000	28 900	66 328	42 000	75 000
1945	80 436	67 000	31 170	71 089	50 000	70 000

Diese Zahlen sind nur relativ zu werten, aber sie vermitteln einen Einblick in die Entwicklung der einzelnen Lager. Eine graphische Darstellung dieser Zahlen veranschaulicht die zahlenmäßige Entwicklung einiger KZ-Lager am konkreten Beispiel noch besser (siehe Skizze).

Die Lagerstärke in den ersten Jahren ist gering. Mit der zunehmenden ökonomischen Aufgabenstellung des KZ-Systems läuft parallel eine zunehmende Häftlingsstärke. Der Höhepunkt des Wachstums wird nach 1942 erreicht. Sprunghaft schnellen die Zahlen in die Höhe, verursacht durch die Masseneinlieferungen im Rahmen des Arbeitskräfte-Beschaffungsplanes der SS zur Erreichung ihrer gestellten ökonomischen Aufgaben und zur Durchführung ihres totalen Krieges. Die Gesamtzahl der Häftlinge geht 1944 noch über die Millionengrenze, und das KZ-System schafft ein riesiges Sklavenarsenal.

Am 15. August 1944 berichtet die Amtsgruppe D (Konzentrationslager) der SS-Wirtschaftszentrale an die Amtsgruppe B die



Zahlenmäßige Entwicklung einiger KZ-Lager

Stärke der Häftlinge und die nächsten Zugänge. Aus diesem Schreiben geht hervor, daß sich im August 1944 379 167 männliche und 145 119 weibliche Häftlinge in den Lagern befanden. An Zugängen wurde mit 612 000 Personen gerechnet (90 000 ungarische Juden, 60 000 aus dem Gefängnis und Ghetto von Litzmannstadt [Lodz], 15 000 Polen aus dem „Generalgouvernement“, 10 000 Sowjetbürger, 17 000 polnische Offiziere, 400 000 Polen aus Warschau und 20 000 Franzosen). Es ist also keineswegs übertrieben, wenn die Zahl der Häftlinge in dieser Zeit auf eine Million geschätzt wird. Insgesamt wurden etwa 18 000 000 Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung und allen Nationen Europas in die Konzentrationslager getrieben; davon wurden 11 000 000 bestialisch umgebracht. Neben den reinen Massenvernichtungslagern, in denen Millionen Menschen den Tod fanden (Auschwitz 4 000 000, Treblinka 3 000 000, Maidanek 1 380 000, Belzec 600 000 usw.), gab es die vielen anderen großen Lager, denen mitunter bis zu 100 Außenlager und -kommandos angeschlossen waren. Von den nach Buchenwald verschleppten 240 000 Personen starben 56 000, von den 335 000 in Mauthausen eingelieferten 122 767. In Ravensbrück fanden 92 700 Frauen von 130 000 den Tod. Nach Sachsenhausen kamen etwa 200 000 Häftlinge, von denen über 90 000 ermordet wurden.

Das sind nur einige der bekanntesten Lager.

Der Kampf ging weiter

Es wäre falsch, die faschistischen Konzentrationslager nur als eine Stätte unermesslicher Qualen, der Leiden und des Sterbens von Millionen Menschen anzusehen, die in die Klauen einer rasenden Vernichtungsmaschine geraten waren. Die nazistischen Folterstätten sind gleichzeitig eine Stätte heroischen und selbstlosen Kampfes der Häftlinge gegen eine schwerbewaffnete, blutdürstige Bestie, der alle Mittel zur Verfügung standen und

die vor keinem zurückschreckte. Tausendfach sind die Beweise ungebrochenen Kampfeswillens und internationaler Solidarität, sind die Beweise des gemeinsamen Kampfes von Menschen aus allen Ländern Europas inmitten einer von Chauvinismus und Rassenhetze erfüllten Atmosphäre, inmitten eines Lebens, bei dem jeder Schritt den Tod bedeuten konnte.

Es ist schon an anderer Stelle gesagt worden, daß die SS selbst in den Häftlingen noch eine ständige Gefahr für ihre Sicherheit sah und daß sie aus diesem Grunde bestrebt war, unter den Häftlingen Zwietracht zu säen, ihre Einheit zu zerstören und ein System von Spitzeln aufzuziehen. Mit Vermischung aller möglichen Häftlingskategorien, vor allem der von politischen Häftlingen mit Kriminellen, mit dem Durcheinanderwürfeln von Angehörigen der verschiedensten Länder sollte ein Zusammenhalt der Häftlinge von vornherein unterbunden werden. Die SS gewann ihre Spitzel und Provokateure aus den „Grünen“, aus Kriminellen, und benutzte sie für die schmutzigsten Handlangerdienste. In einem Rundschreiben der SS-Wirtschaftszentrale vom 31. März 1944 an die Konzentrationslager werden die Lagerkommandanten direkt dazu aufgefordert, „die Häftlinge in den Lagern durch geeignete Mithäftlinge (Spitzel) überwachen“ zu lassen, um – wie es in diesem Schreiben weiter heißt – „nicht eines Tages von größeren unliebsamen Ereignissen überrascht zu werden“. Dadurch hatten in der Anfangsperiode der Lager kriminelle Elemente fast alle Schlüsselpositionen in den Lagern inne. In vielen KZ entspann sich unter den Häftlingen ein erbitterter Kampf um die Schlüsselpositionen, denn von ihrer Besetzung hing das Leben und Sterben Tausender Häftlinge ab. Es war entscheidend, ob ein krimineller Häftling im Dienste der SS als skrupelloser Handlanger fungierte oder ob ein politischer Häftling diesen Posten innehatte und dadurch in der Lage war, geplante Aktionen der SS zu vereiteln, die Genossen zu warnen und einen ständigen tagtäglichen Kleinkrieg für die Rettung der Häftlinge und für die Erhaltung ihres Lebens zu führen.

In Buchenwald war es den politischen Häftlingen gelungen, die wichtigsten Positionen der Häftlingsselbstverwaltung in ihre Hände zu bekommen und den Einfluß der kriminellen Häftlinge fast vollkommen auszuschalten. Dieser Erfolg war entscheidend für die Rettung Tausender Häftlinge. So war es möglich, bedrohte Häftlinge „sterben“ zu lassen, das heißt, sie verschwanden aus dem Gesichtskreis der SS und lebten unter dem Namen eines Toten weiter. Ständig wurden für die schwächsten Häftlinge zusätzliche Lebensmittel besorgt, wurden sie von Arbeitsplätzen genommen, wo sie unweigerlich zugrunde gegangen wären.

In den Lagern war ein Grundprinzip des Kampfes gegen die SS der gemeinsame Kampf deutscher Antifaschisten mit Häftlingen aus allen Ländern Europas. Die Häftlinge spürten, daß es nicht nur ein SS-Deutschland gab; die deutschen politischen Häftlinge retteten auch im KZ die Ehre der deutschen Nation und gaben den Angehörigen der anderen Völker die Gewißheit, daß das deutsche Volk mit der Nazi clique nichts gemeinsam hatte.

Die deutschen Kommunisten, die bereits über jahrelange Erfahrungen im Kampf gegen den Faschismus verfügten, stellten in den Lagern die Verbindung zu ausländischen Häftlingen her und arbeiteten mit ihnen in gemeinsamen Widerstandsgruppen. Sie bewiesen, daß die Idee des proletarischen Internationalismus unter der deutschen Arbeiterklasse noch lebte. Die ausländischen Kampfgefährten dankten den deutschen Antifaschisten beim Abschied.

Holländische Kameraden aus Buchenwald schrieben: „Wir danken und gedenken insbesondere der deutschen Kameraden, die unter Einsatz ihres Lebens für die Selbstverwaltung ihres Lagers kämpften, wodurch Tausenden von Antifaschisten das Leben gerettet werden konnte.“ Jugoslawische Häftlinge erklärten beim Abschied: „Die deutschen Kameraden als älteste Antifaschisten im Lager, die mit allen wesentlichen Lageraufgaben und Kampfmethoden besonders vertraut waren, haben uns in die

internationale antifaschistische Front eingeschlossen. Sie waren die Initiatoren und Organisatoren des Kampfes auf dem internationalen Plan.“

Es waren deutsche politische Häftlinge, die wegen einer Solidaritätsaktion für die ersten sowjetischen Kriegsgefangenen, die zerfetzt, abgerissen, ausgehungert und entkräftet im Konzentrationslager Buchenwald eintrafen, mit 25 Stockhieben und Arbeit in der Strafkompagnie bestraft wurden. Das ganze Lager bekam für diesen selbst unter den faschistischen Bedingungen des Konzentrationslagers nicht verschütteten Ausdruck der Lebendigkeit des proletarischen Internationalismus einen Tag Essenentzug. Die Absicht der SS, damit das Lager zu spalten, scheiterte. Im Laufe des weiteren illegalen Kampfes bildete sich ein geheimes internationales Lagerkomitee heraus, dessen Vorsitzender, Walter Bartel, ein Deutscher war. Diese Tatsache ist einer der augenscheinlichsten Beweise dafür, welches Vertrauen die Häftlinge aus den verschiedensten Nationen zu den deutschen politischen Gefangenen hatten. Unter der Leitung erfahrener kommunistischer Kader wurden internationale Kampfgruppen aufgestellt, Waffen beschafft, Kampfausbildung durchgeführt, Funkapparate gebaut und politisch-ideologische Aufklärungsarbeit geleistet. Am 11. April 1945, noch bevor amerikanische Panzerspitzen das Lager erreicht hatten, stürmten die Häftlinge die Wachtürme, besetzten die Umgebung des Lagers und verteidigten sie bis zu dem Zeitpunkt, an dem amerikanische Truppen eintrafen.

Über die Solidarität, Standhaftigkeit und den proletarischen Internationalismus deutscher Antifaschisten im Lager Auschwitz berichtet der ehemalige sowjetische Häftling A. Lebedew in seinem Buch „Soldaten des kleinen Krieges“: „Deutschland und Nazismus – diese Begriffe identifizierten wir oft. Aber wir hatten verschiedene Deutschland gesehen: die Henker mit dem schweren Blick ihrer trüben Augen und den Gedanken neuzeitlicher Barbaren und den kleinen hellen Punkt in der nächtlichen Finsternis – die Kommunisten, Franz Dahlem, Ernst, Ludwig, Bruno,

Rudi, Hermann . . . Eine Generation von Helden, die ihr Leben der Zukunft opferten.

Als Mitkämpfer Thälmanns haben sie viele Jahre in KZ's verbracht, das ganze Grauen der Foltern in Dachau, Buchenwald, Mauthausen durchgestanden und sind den großen Ideen des proletarischen Internationalismus treu geblieben. In den schweren Jahren ihres Aufenthaltes in den Vernichtungslagern haben die deutschen Genossen ein ausgezeichnetes, unverwundbares System für die Konspiration und die illegale Arbeit ausgearbeitet. Entsprechend diesem System wurden die Teilnehmer an der Bewegung in Auschwitz geschult. Sie halfen, Tausende Leben zu retten. Ohne ihre Hilfe hätten wir, russische Häftlinge, keinen einzigen Tag überlebt.

Diese Menschen sind die Hoffnung und die Zukunft des deutschen Volkes.“

Im Herbst 1941 fanden in fast allen Konzentrationslagern Massaker unter den sowjetischen Kriegsgefangenen statt. Allein in Sachsenhausen wurden 18 000 ermordet. Mit ohnmächtiger Wut mußten die deutschen politischen Häftlinge diesem Gemetzel zuschauen. Sie suchten nach Wegen, die Öffentlichkeit davon zu benachrichtigen. Viele Berichte über die Verbrechen in den Konzentrationslagern wurden bei Neubauten mit eingemauert. Nach 1945 wurde eine aus dem KZ Sachsenhausen abgesandte Flaschenpost gefunden, ein Zeugnis des Widerstandes der Häftlinge: „Heute ist der 19. September 1941. Eben erfahren wir, daß ins große Lager wieder 400 Rotgardisten zur Ermordung eingeliefert wurden“, lautet die Flaschenpost. „Wir stehen alle unter dem erschütternden Eindruck dieser Massenmorde, die die Zahl ein-tausend bereits überschritten haben. Wir sind vorläufig außer-stande, ihnen zu helfen . . . Die Stimmung bei den Genossen ist zuversichtlich.“

Einen Auftrieb erhielt die illegale Widerstandsbewegung der Häftlinge von Sachsenhausen durch ihren Einsatz bei Aufräumarbeiten im zerbombten Berlin. Eine Gruppe mußte in der

Gestapozentrale Prinz-Albrecht-Straße arbeiten. Dabei gelang es, aus dem Fonds der beschlagnahmten Bücher einige marxistische Werke wie „Fragen des Leninismus“ zu „organisieren“ und in das Lager zu schmuggeln. An Hand dieser Literatur wurden dann theoretische Schulungskurse unter den politischen Häftlingen durchgeführt. Unglaubliches wurde an illegaler Arbeit in der Gestapozentrale geleistet. Durch einen Nachschlüssel gelang es den Häftlingen, an das Knie einer Rohrpostanlage heranzukommen. Der Hamburger Antifaschist Mokry öffnete die ankommenden Posthülsen und leitete die Informationen an die Widerstandskämpfer weiter. Durch eine Reinmachefrau, die im Reichssicherheits-Hauptamt tätig war, wurden sogar kranke Häftlinge mit Tee aus den Beständen des Chefs des Reichssicherheits-Hauptamtes versorgt. Auch konnte das erste Dienstsiegel des RSHA in die Hände der Häftlinge gelangen, die mit echten Formularen „echte“ Papiere für die Flucht von Häftlingen herstellten.

Eine wichtige Informationsquelle waren die Berichte des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, die über den Moskauer Sender ausgestrahlt wurden. Illegale Rundfunkempfänger ermöglichten den Empfang der Sendungen im Lager. Durch viele Verbindungen über die Außenkommandos waren Kontakte zur Bevölkerung und zu Widerstandsgruppen hergestellt worden. Dadurch war es auch möglich, Richtlinien für die weitere politische Arbeit nach Sachsenhausen zu bringen und eine Stellungnahme der im Lager befindlichen Genossen dazu zu erhalten. Diese Richtlinien waren von der Leitung der illegal arbeitenden Organisation, den Kommunisten Georg Schumann, Anton Saefkow, Franz Jacob, Bernhard Bästlein und Dr. Theo Neubauer, ausgearbeitet worden.

Die Faschisten spürten, daß ihnen im Lager eine organisierte Front gegenüberstand. Die Widerstandsbewegung innerhalb Deutschlands erstarkte immer mehr. Sachsenhausen, das sich in der Nähe Berlins befand, drohte zu einer Gefahr für die Faschisten in Berlin zu werden. Im Sommer 1944 kam eine Gestapo-Sonderkommission ins Lager, die mit Hilfe von Spitzeln, Prügel

und Provokationen eine Anzahl Häftlinge festnahm. Mehr als 150 Häftlinge wurden vom Lager isoliert. Am 11. Oktober 1944 wurden 27 Häftlinge ausgesucht und im Industriebhof, der Erschießungsstätte von Sachsenhausen, ermordet. Unter den Opfern befanden sich so hervorragende Arbeiterfunktionäre wie Ernst Schneller, Mathias Thesen und Gustl Sandtner.

Auch die Frauen im Konzentrationslager Ravensbrück ließen sich nicht willenlos abschlachten. Von bewußten antifaschistischen Kämpferinnen aus vielen Ländern Europas wurden nationale Widerstandsgruppen gebildet. Unter ihnen gab es Kommunistinnen, Sozialdemokratinnen und Frauen aus bürgerlichen Kreisen, Christen und Religionslose, die sich im gemeinsamen Haß gegen den gemeinsamen Feind vereinigten. Gegenseitig informierten sie sich über die neuesten Nachrichten und schöpften Mut zum Durchhalten, organisierten das Abhören von Auslandssendungen und brachten selbst Flugblätter ins Lager. Sowjetische Frauen führten einen illegalen Schulungskursus über die Geschichte der KPdSU durch. Die internationale Solidarität der Häftlinge untereinander flößte den Frauen, die besonders schwer unter den menschenunwürdigen und erniedrigenden Zuständen in den Konzentrationslagern zu leiden hatten, neuen Mut, neues Vertrauen in den Sieg und die Befreiung ein. Die Frauen nahmen sich besonders der Kinder im Lager an, verschafften ihnen Kleidung und zusätzliche Nahrung, wenn es ihnen auch nicht möglich war, sie vor Vergasungstransporten zu schützen. In dem Buch „Die Frauen von Ravensbrück“ sind zahlreiche Beweise für die tägliche Kleinarbeit dieser Frauen angeführt, die das Leben vieler Häftlinge retteten, indem sie durch die Lagerküche zusätzliche Rationen organisierten, heimlich Strohsäcke und Decken aus der Kleiderkammer besorgten, Hilfe für Schwache und Gefährdete gaben, Verbandszeug und Medikamente beschafften. Häftlingsärztinnen fälschten Fieberkurven und Krankenblätter, um Frauen vor der Vergasung zu retten.

Einen harten und schweren Kampf fochten die Häftlinge des

Vernichtungslagers Auschwitz. Im Schatten der Krematorien und Vergasungsräume, beim täglichen Anblick der Ermordung Tausender Menschen und bei dem Gestank verbrannten Fleisches, der sich über die ganze Gegend ausbreitete, galt es, den Häftlingen neuen Lebensmut und die Hoffnung zu geben, daß ein Herauskommen möglich ist. Im Widerstand gegen die SS schöpften die illegalen Kämpfer Vertrauen in die Zukunft. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben war, Maßnahmen gegen die ständigen „Selektionen“, das heißt die Vergasung und Abspritzung der sich im Lager befindlichen Häftlinge, oder gegen eine Gesamtvernichtung des Lagers zu treffen. Aus Vertretern mehrerer Nationen wurde eine militärische Leitung geschaffen, die sich auf ein Netz kleiner Gruppen stützte. Waffen, Werkzeug und Sprengstoff wurden organisiert. Im Teillager Birkenau war das „Sonderkommando“ untergebracht, das für Arbeiten in den Krematorien und Vergasungsräumen verwendet wurde. Diese Häftlinge waren Todeskandidaten, da die SS in regelmäßigen Zeitabständen das Kommando vergaste. Auch unter ihnen gab es eine Widerstandsorganisation, die relativ gut bewaffnet war. Nachdem eine größere Vergasungsaktion vorbei war, wurde ein Teil des Kommandos vergast. Die übrigen Häftlinge, den Tod vor Augen, beschlossen, loszuschlagen. Das Krematorium wurde angezündet und 600 Häftlinge durchbrachen die Postenkette. Es gelang ihnen, sich sechs Kilometer vom Lager zu entfernen, bevor sie von einer größeren SS-Einheit angegriffen wurden. Bis auf wenige kamen fast alle Häftlinge um, aber sie starben kämpfend und ließen sich nicht willenslos abschlachten. Mit Hilfe des polnischen Genossen Cyraniewicz, des heutigen Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Polen, gab es eine ständige Verbindung mit der Außenwelt, über die regelmäßig Materialien und Berichte aus dem Lager Auschwitz in die Öffentlichkeit drangen.

Eine tapfere Rolle spielten die weiblichen Häftlinge in Auschwitz. Es waren Frauen, die Sprengstoff organisierten; es waren auch Frauen, die als „Verdächtige“ verhaftet wurden. Acht weib-

liche Häftlinge wurden grausam mißhandelt – sie verrieten nichts und wurden wieder in das Lager entlassen. Vier Mädels im Alter von 18–22 Jahren wurden anschließend „vernommen“. Auch sie schwiegen, obwohl es der SS gelungen war, sie des „Sprengstoffdiebstahls“ zu überführen. Alle vier wurden erhängt. Eine von ihnen schrie den Henkern noch ins Gesicht: „Wir werden gerächt werden!“

Häftlinge nahmen auch aktiv an der Sabotage der faschistischen Rüstungsmaschine teil und konnten dabei bedeutende Erfolge erringen. Im unterirdischen Konzentrationslager Dora bei Nordhausen wurden V-Geschosse produziert, eine der von Goebbels so gepriesenen Wunderwaffen. Von den V-1-Geschossen, die in Richtung England losgeschickt wurden, erreichten nur 2400 ihr Ziel. 800 kamen unterwegs schon herunter, während 2000 kurz nach dem Start abstürzten. Die Anzahl der Fehlschläge wuchs immer mehr an. Das war durchaus kein Zufall. Die Häftlinge des Lagers hatten unter der Leitung eines illegalen internationalen Widerstandskomitees den V-Geschossen systematisch Störungen und Schäden zugefügt.

In den Buchenwalder Gustloff-Werken wurde die Produktion nie mehr als zu 40 Prozent ausgelastet, eine Folge der aktiven Sabotagearbeit der illegalen Widerstandsgruppen. Vom Karabiner G 43 wurden teilweise monatlich nur 600 Stück geliefert, obwohl die Auflage 55 000 Stück pro Monat betrug. Die Heeresabnahmestelle stellte auch diese von den Häftlingen gelieferten Karabiner wegen Unbrauchbarkeit „wieder zur Verfügung“. Eine andere Form der Sabotage war die Vergeudung und Verschwendung von kostbaren Rohstoffen. Darüber heißt es in einem Bericht: „... niemand kam in einen Konflikt mit seiner eigenen politischen Vergangenheit, wenn er seine handwerklichen Fähigkeiten voll einsetzte. Es gab auch kaum Bedenken, wenn dann in der nachfolgenden Periode des ‚Kunsthandwerks‘ eine Unzahl von eisernen Kronleuchtern, kunstgeschmiedeten Kamingeräten, kunstvollen Fenstergittern, Truhenbeschlägen und großen Schreib-

zeugen, Aschenbechern, Brieföffnern und Briefkästen angefertigt wurde. Hier waren dem Tatendrang und Erfindergeist der Häftlinge keine Grenzen gesetzt. Es wurden Schreibzeuge gemacht, an denen begabte Handwerker zu zweit monatelang arbeiteten und etwas zustande brachten, was ihrem Können alle Ehre machte, den SS-Leuten mächtig imponierte und mitten im Kriege wehrpolitisch der denkbar größte Unsinn war. Denn draußen jammerte man schon nach Fachleuten, deren Begabung hier sinnlos vertan wurde, und behauptete, jedes Kilo Eisen sei wichtig, während man hier zentnerschwere Kronleuchter nach wochenlanger Arbeit in die Ecke stellte, weil der Architekt einer Führervilla beim Anblick des fast fertigen Werkes erst merkte, daß er sich bei der Bestellung eine falsche Vorstellung gemacht hatte. Dann wurde eben von den verschmitzt lächelnden Häftlingen ein neuer Kronleuchter begonnen.“ Die SS verspürte selbst ihre Ohnmacht gegenüber der Kampfteschlossenheit der Häftlinge und ordnete deshalb am 11. April 1944 an, daß „in allen Fällen nachgewiesener Sabotage“ die Todesstrafe erteilt werden sollte, wobei die Hinrichtung als „Abschreckungsmittel“ vor allen Häftlingen durchzuführen war.

Ungezählt sind die Beispiele des ungebeugten Kampfes der Häftlinge des „Dritten Reiches“, ungenannt sind die Namen vieler, die in diesem Ringen gegen einen übermächtigen Feind das Leben ließen. Der illegale antifaschistische Widerstandskampf in den Konzentrationslagern Hitlerdeutschlands ist eines der hervorragendsten und heroischsten Kapitel des Befreiungskampfes der Völker gegen die Hitlerdiktatur.

Der illegale Kampf in den faschistischen Konzentrationslagern ist untrennbar mit den Namen hervorragender Vertreter aus vielen Nationen Europas verbunden. In Sachsenhausen waren es der Held der Sowjetunion, General Korbyschew, General Sotow und Antonin Zápotocký, der spätere Präsident der Tschechoslowakischen Republik, die dem internationalen Führungszentrum angehörten. Im KZ Dachau gab es eine unterirdische Militärabtei-

lung aus Vertretern vieler Nationen unter der Leitung des sowjetischen Generals S. W. Wischnewski. Dem illegalen Internationalen Lagerkomitee Buchenwalds gehörten so bekannte Repräsentanten wie Domenico Ciufoli (Italien), Henri Glineur (Belgien), Otto Horn (Österreich), Emil Hrsel (ČSSR), Jan Izydorczyk (Polen), Nikolai Kjung (Sowjetunion), Frédéric Manhes (Frankreich), Alois Neumann (ČSSR), Marcel Paul (Frankreich) und Rudi Supek (Jugoslawien) an. Seite an Seite mit ihnen kämpften deutsche Antifaschisten und gaben ihr Leben im Kampf gegen den Hitlerfaschismus. Namen wie Ernst Thälmann, Rudolf Breitscheid, Ernst Schneller, Theo Neubauer, Albert Kuntz, Mathias Thesen, Gustl Sandtner, Georg Schumann, Martin Weise, Bernhard Bästlein, Anton Saefkow und Robert Abshagen sind Symbole ungebrochener Standhaftigkeit deutscher Patrioten, die selbst unter den Bedingungen der Konzentrationslager nicht kapitulierten. Der gemeinsame Kampf von Kommunisten, Sozialdemokraten, christlichen und parteilosen Häftlingen legte den Grundstein für die 1946 in einem Teil Deutschlands verwirklichte Aktionsgemeinschaft. Das Vermächtnis der Toten, der Opfer eines unmenschlichen Systems, wurde auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik erfüllt. Unter der Arbeiter-und-Bauern-Macht gibt es keinen Platz mehr für Faschisten, Imperialisten und Militaristen. Ihnen wurde für immer der Boden entzogen, auf dem ihre Verbrechen gediehen.

Die Mörder sind wieder da!

Mancher brave Bundesbürger rieb sich erschreckt die Augen über das, was sich im Jahre 1959 in dem kleinen Städtchen Hameln an der Weser abspielte, und fühlte sich in die Jahre des „Tausendjährigen Reiches“ zurückversetzt. Es war Anfang September. 16 000 SS-Leute marschierten auf. Das Wort ergriff der SS-General Meyer, genannt Panzer-Meyer, vom frenetischen Bei-

fallsgebrüll der SS-Leute begrüßt. Brutal und kaltschnäuzig rief er nach einem neuen „Führer“: „Sollte eines Tages die Zeit reif sein und uns die große Erlösung vom Übel anzeigen, ein Weiser aufstehen, der die Situation zu meistern wüßte, dann würden wir ohnehin alle glücklich seine Maxime befolgen.“ In alter Manier, im Ton des faschistischen Herrenmenschen rechtfertigte er nachträglich die SS-Verbrechen und legte ein Bekenntnis zum Mord ab, als er schrie: „Wir glaubten uns am rechten Platz. Wir waren ohne Zweifel, daß unser Tun gut und anständig, sauber und nötig sei. Ich bedauere keinen einzigen Tag, den ich in euren Reihen draußen an der Front erlebt habe.“ Bald zu offen charakterisierte er den Bonner Staat als den Staat der SS: „Jawohl, meine Kameraden, diese Bundesrepublik Deutschland ist unser Staat.“ Peinlich, Herr Adenauer, wo Sie doch so scheinheilig beteuerten, daß Sie ein „absoluter Gegner des Nationalsozialismus“ seien und daß es im Bonner Staat keinen Antisemitismus und keinen Faschismus gebe!

Das SS-Treffen in Hameln ist weder ein Zufall noch eine Ausnahme, sondern das Spiegelbild bundesdeutscher Wirklichkeit. Ehemalige führende Nazis, vom prominenten Regierungsbeamten bis zum faschistischen Schläger, sitzen wieder in allen Ämtern des Bonner Staates, auf Ministersesseln, auf dem Richterstuhl, auf dem Kommandostand der Bundeswehr und am Schalthebel der Wirtschaft. Ein braunes Netz, getarnt mit dem politischen Klerikalismus, überzieht Westdeutschland. Aufs neue droht größte Gefahr für Deutschland und die Welt. Noch sind es einzelne Morde, wie die viehische Erschlagung des DDR-Bürgers Otto Krahnmann; aber in die Hände der unverbesserlichen Blitzkriegstrategen und Revanchepolitiker sind bereits Atomwaffen gelangt.

Ungeschoren laufen die SS-Henker, die Giftgasspezialisten, die Techniker der Entvölkerung, die Rüstungsgewinnler und KZ-Schlächter in Westdeutschland herum. Ist es ein Wunder, wenn ein SA-Mann wie Schröder Innenminister ist, daß sich fast die gesamte ehemalige Lagerführung des Konzentrationslagers Sach-

senhausen auf freiem Fuß befindet? Ist es ein Wunder, wenn ein Hitlergeneral und Chef der Operationsabteilung der Naziwehrrmacht wie Heusinger Generalinspekteur der Bundeswehr ist, daß sich viele SS-Generale mit Bonner Staatsgeldern sanieren und mit fetten Pensionen von den „Strapazen“ ihrer anstrengenden Tätigkeit während der Nazizeit erholen? Ist es ein Wunder, wenn ein Propagandist des Antisemitismus wie Globke Staatssekretär ist, daß die hitlerischen Blutrichter und Henker auf neue „Recht“ sprechen?

Nehmen wir einige Beispiele. Zeigen wir an ihnen, daß die Mörder wieder da sind, daß die braune Pest wieder gefährliche Pläne schmiedet, daß die blutbefleckten Handlanger des Faschismus im Bonner Staat „ihren“ Staat gefunden haben.

SS marschiert im Bonner Tritt

Seit jeher dienten die militaristischen Soldaten und Traditionsverbände der Pflege chauvinistischer und aggressiver Traditionen des deutschen Militarismus und Imperialismus. Sie sind von jeher eine der stärksten ideologischen Stützen und beeinflussen vor allem die Jugend im Sinne des Rassen- und Völkerhasses, im Sinne militaristischen Ideengutes und nationaler Überheblichkeit.

Mit der zunehmenden antidemokratischen und klerikal-militaristischen Entwicklung in Westdeutschland, mit der Aufrüstung des Bonner Staates schossen – wie sollte es auch anders sein – die militaristischen Traditionsverbände wie Pilze aus der Erde. Auch die SS sammelte sich wieder. Hitlers treue Garde schloß sich in SS-Traditionsverbänden zusammen. 1958 gab es bereits 34 verschiedene Vereinigungen ehemaliger SS-Angehöriger in Westdeutschland.

SS-Leute aller Dienstgrade bevölkern die Ämter und Behörden des Bonner Staates, sitzen in wichtigen Schlüsselpositionen des Staates, der Wirtschaft und der Bundeswehr.

In Düsseldorf, Parkstraße 55, lebt der Kaufmann Albert Konrad Gemmeker und geht bieder seinen Geschäften nach. Wer ist Gemmeker? Ein Mörder. Dieser Kaufmann war SS-Obersturmführer und Kommandant des Judensammellagers Westerbork, ein „hervorragend qualifizierter Beamter, der die ihm übertragenen Aufgaben zu(r) . . . vollsten Zufriedenheit erledigt hat“, wie es in einer Beurteilung des Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD aus dem Jahre 1940 heißt. Er war der Verantwortliche für die Zusammenstellung der Vergasungstransporte nach Auschwitz, nach Bergen-Belsen und Theresienstadt.

Über den Massenmörder Oberländer gibt es nicht mehr viel zu sagen. Seine Vergangenheit ist bereits als die eines notorischen Faschisten und üblen Massenmörders entlarvt worden. Der internationale Entrüstungsturm über seine Verbrechen fetzte ihn vom Ministersessel. Er steht jedoch nicht allein. Mit ihm saßen und sitzen noch andere führende Nazis in der Regierung. Zu ihnen gehört beispielsweise Dr. Hans Globke als heutiger Staatssekretär des Bundeskanzleramtes, der auf der alliierten Kriegsverbrecherliste unter der Nr. 101 steht. Er beteiligte sich als einer der Kommentatoren zu Hitlers Judengesetzen an den Verbrechen des Faschismus.

Oberregierungsrat im bayerischen Arbeitsministerium ist Dr. Fritz Köllner, ehemals stellvertretender Nazigauleiter, SA-Brigadeführer und NSDAP-Reichstagsabgeordneter. Er war Träger des Goldenen Ehrenzeichens der Nazipartei.

Der Judenmörder Bräutigam dient heute der Bonner Regierung als Generalkonsul in Hongkong und wurde kürzlich mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik ausgezeichnet. Der frühere Beamte im Reichssicherheits-Hauptamt Dr. Felix Gaerte ist heute Legationsrat in der Rechtsabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes. SS-Gruppenführer Dr. Werner Best, stellvertretender Chef des Sicherheitsdienstes, der wegen seiner Verbrechen 1946 zum Tode verurteilt, aber 1951 bereits auf freien Fuß gesetzt wurde, lebt heute als Justitiar.

Ebenfalls auf freien Fuß gesetzt wurde der Chef der Reichskanzlei und SS-Obergruppenführer Hans Lammers, 1949 zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, 1951 entlassen. Der Leiter der Lagergestapo Buchenwald, Leclair, wurde 1958 in Düsseldorf wegen „Geringfügigkeit der Delikte“ und „Verjährung“ freigesprochen. Er ist jetzt Kriminalkommissar in Düsseldorf. Der General der Waffen-SS Gottlob Berger „macht wieder in Politik“ und nutzt heute seine Erfahrungen als Leiter des SS-Führungsamtes in seiner Funktion als Mitarbeiter der Zeitschrift „Nation Europa“ aus.

SS-Obergruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski, der sich heute als Antifaschist aufspielt und nie jemandem ein Haar gekrümmt haben will, war verantwortlich für die Massaker gegen die Partisanenbewegung.

Während der Chef des SS-WVHA, SS-Obergruppenführer Oswald Pohl, 1951 seine verdiente Strafe fand und gehenkt wurde, lebte der Beauftragte für die „Endlösung der Judenfrage“, SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, als Vertreter westdeutscher Konzerne im Emirat von Kuwait. Bis 1950 befand sich dieser millionenfache Mörder unbehelligt in Westdeutschland. Im Mai dieses Jahres wurde er von israelischen Sicherheitsbehörden festgenommen.

Braune Roben schützen den Bonner Staat

Am 22. Juli 1943 wurde der Sozialdemokrat Eduard Zachert hingerichtet. Die Vollzugsmeldung berichtet, daß die Hinrichtung nur 14 Sekunden gedauert habe. Unterzeichnet ist diese Meldung mit „Lautz“, der auch die Urteilsbegründung gab: „Der Angeklagte Eduard Zachert hat durch einen anonymen Brief versucht, den Willen des deutschen Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen. Er wird wegen öffentlicher Wehrkraftzersetzung zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.“ Derselbe Lautz, ehemals Oberreichsanwalt

beim faschistischen Volksgerichtshof, stellte nach 1945 im Bonner Staat den Antrag auf Pension. Sie wurde ihm bewilligt, bewilligt vom damaligen Finanzminister Schleswig-Holsteins, Waldemar Kraft. Bedarf es noch eines weiteren Kommentars, wenn man erfährt, daß dieser Waldemar Kraft SS-Hauptsturmführer war? Rund 1400 DM zahlen die westdeutschen Steuerzahler monatlich an einen der berüchtigtsten hitlerischen Blutrichter.

Auf der Kriegsverbrecherliste der ČSSR steht unter der Nr. A - 38/61 der Name Dr. Albrecht, ehemals Landgerichtsrat in Prag. Er war ein treuer Helfer seines Führers. Viele tschechische Bürger wurden von ihm zum Tode verurteilt. Heute ist Albrecht Mitglied der Partei seines Kanzlers und CDU-Abgeordneter im saarländischen Landtag.

Einer der größten Blutrichter Hitlers war Dr. Ernst Kanter, Richter am Reichskriegsgericht, verantwortlicher Mitarbeiter im Oberkommando des Heeres und im Oberkommando der Wehrmacht, Chefrichter im okkupierten Dänemark, Generalrichter der Naziwehrmacht. Seine Tätigkeit trug dazu bei, die Existenz der faschistischen Terrorherrschaft bis fünf Minuten nach zwölf zu verlängern. Auf sein Konto kommen nach bisherigen Ermittlungen 498 Hingerichtete und Ermordete. Nach 1945 trat Kanter als Chef des politischen Sondersenats des Bundesgerichtshofes und oberster politischer Richter in Westdeutschland auf. Er urteilte wieder Kommunisten, Sozialdemokraten, fortschrittliche Menschen aus allen Schichten des deutschen Volkes, die für den Frieden und die Einheit Deutschlands eintraten, ab.

Der Ausschuß für Deutsche Einheit veröffentlichte die Namen von über 1000 Naziblutrichtern, die heute wieder im Bonner Staat Recht sprechen. Sie sitzen in den höchsten Stellen des Justiz- und Staatsapparates. Das Verbot der KPD, die Schandurteile gegen Friedenskämpfer, die Freisprechung von faschistischen Massenmördern und die Rehabilitierung der Naziverbrechen beweisen, daß sie die gleichen geblieben sind.

Nazis im Bonner Polizeiapparat

Am 2. Januar 1945 beförderte der „Reichsführer-SS“ Heinrich Himmler den Kriminaldirektor im Reichssicherheits-Hauptamt Dr. Walter Zirpins zum Oberregierungsrat. Zirpins war im Personalamt für die Nachwuchsausbildung und die Sonderschulen der SS verantwortlich. Das Adenauer-Regime setzte diese „bewährte“ Fachkraft als Oberregierungsrat und Leiter der Kriminalpolizei von Niedersachsen ein.

Als Chef der Kriminalpolizei von Düsseldorf fungiert heute der ehemalige SS-Obersturmbannführer und Kriminalkommissar einer Einsatzgruppe des Amtes V des Reichssicherheits-Hauptamtes, Mitglied der Nazipartei seit 1931, Dr. Bernhard Wehner. SS-Hauptsturmführer Josef Hirl ist Polizeioberinspektor in Wiesbaden. Leiter der Kriminalpolizei in Dortmund im Range eines Kriminaloberrates ist der ehemalige Regierungs- und Kriminalrat im Amt V des RSHA, SS-Sturmbannführer Dr. Josef Mende. Der Nazi-Polizeioberleutnant Paul Harmsen ist jetzt Polizeirat in Bonn. Ein ebenfalls bewährter Faschist, SS-Sturmbannführer Dr. Hans Maly, Mitarbeiter im Sicherheitsdienst der SS, avancierte im Bonner Staat zum Kriminaloberrat und Leiter der Kriminalpolizei in Bonn. SS-Sturmbannführer Karl Kühne fungiert als Leiter der Kriminalpolizei in Köln. Leiter der Kripo in Krefeld und Polizeihauptkommissar ist der ehemalige SS-Sturmbannführer Dr. Barthmann.

Faschistische Zustände herrschen in der Westberliner Polizei. Jeder dritte Polizist ist ein ehemaliger Nazibeamter. Leitender Beamter der Politischen Polizei ist der frühere Offizier des Sicherheitsdienstes und Angehöriger der Leibwache Himmlers, Hans Jüterbog. Weitere leitende Mitarbeiter im Landeskriminalamt sind Heinz Müller und Bruno Reichert, beide ehemals SS-Hauptsturmführer, und Kriminaldirektor Togotzes, Leiter der Mordinspektion, war SS-Sturmbannführer. Der frühere SS-Hauptsturmführer im „Führerbegleit-Kommando“ Karl Schulz ist Leiter des

Einsatzkommandos der Inspektion Tiergarten. Der frühere SS-Offizier im KZ Dachau Boosfeld ist heute Kommissar zur besonderen Verwendung.

So könnte man die Liste beliebig erweitern. Eingefeischte Nazis, führende SS-Offiziere stehen heute an der Spitze des Bonner Polizeiapparates, der Innenminister Schröder, einem früheren SA-Mann, untersteht.

Hitlers Generalstab kommandiert die Bonner Armee

Am 3. Oktober 1934 wurde ein Brief an Göring abgesandt, der folgenden Wortlaut hatte: „Gestatten Sie mir, Ihnen zu berichten, daß entsprechend Ihren Anweisungen die Vorbereitung des Unternehmens ‚Teutonenschwert‘ bereits abgeschlossen wird. Ich habe mit Herrn Vanco Mihajlow eingehend alle vorhandenen Möglichkeiten besprochen. Wir haben beschlossen, das Unternehmen in Marseille durchzuführen; dort treffen sich die beiden in Frage kommenden Personen. ‚Wlado der Chauffeur‘ ist vorbereitet.“

Aktion „Teutonenschwert“? Es war die Vorbereitung zur Ermordung des jugoslawischen Königs Alexander I. und des französischen Außenministers Barthou, die am 9. Oktober 1934 erfolgte und deren Ausführung mit diesem Schreiben angemeldet wurde. Der Brief trägt die Unterschrift von Speidel. Der Name Speidel tauchte in der Nazizeit noch mehrmals auf, als Gehilfe des deutschen Militärattachés in Paris, als Chef der Abteilung „Fremde Heere (West)“ im Generalstab, als Chef des Stabes des deutschen Militärbefehlshabers in Paris, als Generalstabschef der 8. Armee im Krieg gegen die Sowjetunion, als Generalstabschef der Heeresgruppe B in Frankreich und im Zusammenhang mit den Ereignissen des 20. Juli 1944. Es ist derselbe Speidel, der 1950 wieder als militärischer Berater Adenauers auftrat und heute als Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa die Söhne derjenigen kommandiert, die unter seinem Befehl während des zwei-

ten Weltkrieges als „Geiseln“ erschossen wurden. Speidel ist einer der übelsten Vertreter des deutschen Militarismus, der führend an den Verbrechen des Hitlerfaschismus beteiligt war, als Geheimagent und bezahlter Mörder Hitlers arbeitete und die Pläne für den Überfall auf andere Länder vorbereitete.

Eine „Geheime Kommandosache“ zur Vorbereitung des Überfalls auf Holland, Luxemburg und Belgien trägt die Unterschrift von Heusinger, dem heutigen Generalinspekteur und Chef des Führungsstabes der Bundeswehr. Heusinger war es, der vor dem Nürnberger Gericht die faschistische Ausrottungspolitik rechtfertigte und aussagte: „Es war schon immer meine persönliche Ansicht, daß die Behandlung der Zivilbevölkerung im Operationsgebiet und die Methoden der Bandenbekämpfung im Operationsgebiet der obersten politischen und militärischen Führung eine willkommene Gelegenheit boten, ihre Ziele durchzuführen, nämlich die systematische Reduzierung des Slawen- und Judentums.“

Er hat sich nicht geändert. Heute spricht er bereits wieder vom Vernichten. 1957 erklärte er in Bonn: „Der gemeinsame Feind der freien Welt ist der imperialistische Kommunismus, den man niemals ändern, sondern nur zerstören kann.“ Auch seine Grundsätze blieben dieselben, wie er in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 30. September 1958 zum Ausdruck bringt: „Führen wir die alten Grundsätze, die wir früher gehabt haben, auch in Zukunft wieder durch.“ Heusinger, der auf der internationalen Kriegsverbrecherliste steht, war als Generalleutnant und Chef der Operationsabteilung des Nazigeneralstabes des Heeres hauptverantwortlich für die Überfälle auf die Völker Europas. Auch er fand im Bonner Staat wieder Verwendung in seinem Spezialgebiet, der Kriegsvorbereitung.

Als Stellvertretender Stabschef für Planung und Politik im NATO-Hauptquartier ist ausgerechnet der ehemalige Nazigeneralleutnant und Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Kurland tätig. Generalleutnant Friedrich Foertsch ist abgeurteilter Kriegsverbrecher. Er war Spezialist der „Taktik der verbrannten Erde“,

arbeitete persönlich Pläne und Befehle zur Zwangsevakuierung der sowjetischen Bevölkerung aus, verschleppte Sowjetbürger, gab Anweisungen zur Durchführung von Strafexpeditionen und war Herr über Kriegsgefangenenlager, in denen Tausende zu Tode gefoltert, ausgehungert und erschlagen wurden. Adenauer holte Foertsch, der 1955 aus der Sowjetunion entlassen wurde, sofort als „Ostexperten“ in die Bonner Armee.

Am 10. Mai 1940 wurde als erste deutsche Stadt Freiburg im Breisgau bombardiert; bombardiert vom deutschen Kampfschwader „Edelweiß“, dessen Kommandeur Kammhuber hieß. Dieser provokatorische Luftangriff, dem 57 Personen zum Opfer fielen, diente Hitler als Vorwand für die Eröffnung des totalen Luftkrieges. Heute ist Kammhuber Inspekteur des Führungsstabes der Luftwaffe im Bonner Kriegsministerium.

Wenn wir den heutigen Bonner Generalstab in seiner Gesamtheit betrachten, dann ist es erschreckend, feststellen zu müssen, daß 75 Prozent der Generalität aus dem faschistischen Generalstab kommen. Der Ausschuß für Deutsche Einheit stellte fest:

„1. Sämtliche Generale und Admirale, die heute die Bundeswehr kommandieren, sind ehemalige hohe und höchste Hitleroffiziere. Es gibt nicht einen einzigen Bonner General oder Admiral, der unter Hitler nicht zumindest den Dienstgrad eines Oberstleutnants hatte. Mindestens 71 Bonner Generale dienten den verbrecherischen Führern des „Dritten Reiches“ als Generalstabsoffiziere oder als leitende Mitarbeiter des Oberkommandos der Wehrmacht, 45 standen bereits unter Hitler im Generalsrang, 7 Generale und Admirale der Bundeswehr sind abgeurteilte Kriegsverbrecher oder stehen auf alliierten Kriegsverbrecherlisten.

2. Sämtliche Generale und Admirale der Bundeswehr haben führend an Hitlers heimtückischen Überfällen auf Deutschlands Nachbarn und die anderen europäischen Völker teilgenommen oder persönlich die Überfallpläne ausgearbeitet und unterzeichnet. Keiner von ihnen scheute davor zurück, in neutrale Länder einzufallen und das Völkerrecht mit Füßen zu treten.

3. Sämtliche Generale und Admirale dienen dem deutschen Imperialismus und Militarismus seit Jahrzehnten. Die meisten machten durch Hitlers Machtantritt Karriere, folgten ihm bis zum Ende und wurden dafür mit höchsten faschistischen Orden belohnt.

4. Es gibt kaum einen General oder Admiral der Bundeswehr, der nicht persönlich für eines der folgenden Verbrechen verantwortlich wäre: Bombardierung offener Städte, Massendeportationen der Zivilbevölkerung in deutsche Zwangsarbeitslager, Ermordung und Mißhandlung von Kriegsgefangenen, Erschießung von Geiseln, Plünderung fremden Eigentums, Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, Organisierung der ‚Taktik der verbrannten Erde‘ auf dem Rückzug vor der siegreichen Sowjetarmee.

5. Kein Bonner General oder Admiral hat seine Gesinnung gewandelt oder sich von seiner verbrecherischen Vergangenheit distanziert.“

Die Tatsachen beweisen, daß der deutsche Militarismus erneut zu einer Gefahr für die Völker Europas und der Welt geworden ist. Die Enthüllungen der Blitzkriegspläne des Bonner Generalstabes offenbarten erneut die Gefährlichkeit des deutschen Militarismus.

SS-Ärzte praktizieren wieder

SS-Sturmbannführer Dr. H. D. Ellenbeck beschäftigte sich im Konzentrationslager Buchenwald damit, aus den Fleckfieber-Rekonvaleszenten der Versuchstation, Block 46, für die SS Serum zu gewinnen. Unter seiner Leitung wurde Hunderten Häftlingen Blut abgezapft, um Blutkonserven für die SS-Lazarette zu erhalten. Auftraggeber war der Chef des Hygiene-Instituts der SS, Mrugowsky, der 1948 wegen seiner Verbrechen gehängt wurde. Ellenbeck aber, der seine Befehle ausführte und unter anderem auch an Giftgasversuchen mit Häftlingen beteiligt war, besitzt heute eine gutgehende Arztpraxis in Hilden bei Düsseldorf.

In Siegburg praktiziert Prof. Dr. Otto Bickenbach. Auch er ist

kein Unbekannter. Für seine Tätigkeit als SS-Arzt in den Konzentrationslagern Natzweiler und Struthoff wurde er in Lyon zu zwanzig Jahren Haft verurteilt, aber bald wieder freigelassen.

SS-Oberführer Dr. Helmut Poppendiek war Chef des persönlichen Büros des Reichsarztes-SS und leitender Arzt im Rasse- und Siedlungs-Hauptamt der SS. Für seine Verbrechen wurde er mit zehn Jahren Haft bestraft. Vom Bonner Staat erhielt er „Heimkehrerentschädigung“ und eine Arztpraxis in Oldenburg.

Ob die Patienten des Elisabeth-Hospitals in Iserlohn wissen, daß an den Händen, die ihnen helfen sollen, Blut kebt? Als Arzt fungiert dort ein gewisser Dr. Heinz Baumkötter. Von der Sowjetunion wurde er 1956 als Nichtamnestierter übergeben. In Westdeutschland wurde er sofort auf freien Fuß gesetzt und mit 6000 DM „Spätheimkehrerhilfe“ bedacht. Seine Vergangenheit kennzeichnet ihn als einen der übelsten SS-Henker. Im KZ Sachsenhausen ermordete er Häftlinge durch Versuche mit chemischen Präparaten.

Herta Oberheuser war eine der gehäßtesten SS-Ärzte im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Sie sprach die Häftlinge nur mit „menschliche Laus“, „Schmuckstück“ und „rote Sau“ an; sie war es, die sich an den Versuchen mit Häftlingen beteiligte; sie war es, die die Listen der zwangsoperierten Frauen zusammenstellte; sie war es, die an den Sterilisierungsversuchen teilnahm. Und sie ist es auch, die heute in Schleswig-Holstein wieder als Arzt zugelassen ist.

Bonn bezahlt die Mörder

Es ist unglaublich, aber es ist wahr! Während die Opfer der Naziverbrechen und ihre Hinterbliebenen entweder mit einer mehr als spärlichen Rente abgespeist werden oder ihnen wegen ihres Eintretens für den Frieden und gegen die Faschisierung Westdeutschlands die Rente entzogen wurde, erhalten die ehemaligen faschistischen Würdenträger und ihre Witwen Riesenpensionen und „Entschädigungen“ von Millionen von Mark. Mit fetten Pen-

sionen und guten Positionen in Wirtschaft und Staatsapparat dankt der Bonner Staat den Henkern des „Dritten Reiches“. Nehmen wir einige Beispiele, die für andere sprechen:

SS-General Paul Körner, Mitglied der SS seit 1931, also einer der „alten Kämpfer“, Adjutant und Mitarbeiter Görings, seit 1933 Staatssekretär und Stellvertreter Görings, in Nürnberg zu 15 Jahren Haft verurteilt, aber bald entlassen, erhält eine monatliche Pension zwischen 1500 und 2000 DM.

SS-Oberführer Hans Hinkel, Abteilungsleiter im Goebbelsschen Propagandaministerium, Ministerialdirektor, Leiter des Jugenddezernats und Vizepräsident der Reichskulturkammer, bezieht heute eine fette Pension als Oberregierungsrat.

SS-Oberführer Erich Gritzbach, persönlicher Referent Görings und Pressechef des preußischen Staatsministeriums nach 1933, Verfasser eines Propagandabuches über Göring, war von 1950 bis 1953 im Stinnes-Konzern mit einem Jahreseinkommen von 25 240 Westmark beschäftigt und erhält heute eine Pension von monatlich 1293,36 Westmark.

SS-Standartenführer Anton Käbler vom Konzentrationslager Sachsenhausen erhielt eine „Heimkehrerentschädigung“ von 6000 Westmark. Der Ausrottungsspezialist für Belgien, SS-Gruppenführer Eggert Reeder, ehemals Regierungspräsident von Köln, erhielt eine „Nachzahlung“ von 26 000 DM und wird mit einer Pension von 1400 Mark monatlich belohnt. Dr. Hellinger, der sich besonders für die Goldzähne der KZ-Häftlinge interessierte, erhielt eine Sonderunterstützung von 10 000 Westmark. Der berühmte KZ-Arzt Eisele, bekannt als „Abspritzer“ im KZ Buchenwald, dem die Bonner herrschenden Kreise die Flucht ins Ausland ermöglichten, wurde mit 4000 DM und einer „Aufbauhilfe“ von 25 000 DM bedacht. Der Massenmörder Krumei, SS-Obersturmbannführer, erhielt provokatorisch, als die polnische Regierung seine Auslieferung verlangte, vom Bonner Staat 14 000 DM zur Eröffnung einer Drogerie und eines Sportartikelgeschäfts in Korbach/Hessen. Krumei ist verantwortlich für die Verschleppung

der Kinder von Lidice und für die Vergasung von 500 000 jüdischen Bürgern aus der Tschechoslowakei, aus Polen, Ungarn und Österreich. Auch an die führenden Vertreter des deutschen Militarismus wurde gedacht. So erhalten 1551 Generale der Naziwehrmacht oder deren Witwen monatlich 2000 Mark und mehr Pension.

Die Monopole wieder im Rüstungsgeschäft

Noch am 12. Oktober 1945 veröffentlichte die amerikanische Armeezeitung in Deutschland, die „Allgemeine Zeitung“, 42 Namen führender deutscher Großindustrieller und erklärte dazu: „Die Tatsachen machen diese Industriellen einwandfrei mitschuldig an den von den Nationalsozialisten in ihrer Sucht nach Weltherrschaft gegen die Völker der Erde verübten Verbrechen.“ In der Liste waren unter anderen Hermann Bücher, Friedrich Flick, Alfred Hugenberg, Philipp Reemtsma, Hermann Röchling, Kurt von Schröder, Hermann von Siemens, Hugo Stinnes, Robert Pferdmenges, Dr. Ernst Poensgen, Krupp von Bohlen und Halbach, Fritz Thyssen, Wilhelm Zangen und Hermann Schmitz angeführt. Diese Liste könnte beliebig erweitert werden. Wir haben in den vorbergehenden Abschnitten viele Industriebetriebe aufgeführt, die Hitler unterstützten, die Riesenprofite aus der Zwangsausbeutung und Massenvernichtung der Konzentrationslager-Häftlinge zogen. Nur wenige dieser eigentlichen Drahtzieher und Nutznießer des Hitlerfaschismus wurden vor Gericht gestellt. Und die Abgeurteilten kamen nach kurzer Zeit wieder frei. Mit Unterstützung des USA-Imperialismus wurde der deutsche Imperialismus wieder hochgepäppelt und erneut zu einer Gefahr für die Völker Europas und für das deutsche Volk. Heute bestimmen wieder die Monopole die bundesdeutsche Politik und sind erneut in das Rüstungsgeschäft eingestiegen. Sehen wir uns nur einen an: Friedrich Flick. 1931 beschlossen eine Reihe Ruhrindustrieller unter dem Vorsitz Kirdorfs, der Naziartei je verkaufte Tonne Kohle

fünf Pfennig abzuführen. Das klingt nicht viel, brachte aber jährlich fünf bis sechs Millionen Mark in die Nazikassen. Unter diesen Industriellen befand sich auch Friedrich Flick. Er war auch einer derjenigen, die Hitler bei seinem Auftreten im Industrieklub Düsseldorf Beifall spendeten und sich an der anschließenden Sammlung beteiligten. Thyssen erklärte später, daß Flick allein 1932 1,5 Millionen RM an Hitler zahlte. Er durfte auch nicht bei der Unterzeichnung des Schreibens an Hindenburg fehlen, das die Einsetzung Hitlers als Reichskanzler forderte. Für Flick und seinesgleichen begann 1933 das große Geschäft. Flick nutzte es. 1934 erhielt er Rüstungsaufträge über Bomben und Granaten, und gegen Ende des Krieges stellte er allein 30 Prozent aller Panzer der faschistischen Kriegsmaschine. Flick breitete sich aus, erweiterte seine Werke, erwarb neue, „arisierte“ für sich die Hochofenwerke Lübeck und wurde schließlich Wehrwirtschaftsführer und Mitglied des Rußlandausschusses der deutschen Wirtschaft. Seine „Spenden“ flossen auch in die Kassen des Reichsführers-SS, der ihm dafür KZ-Häftlinge zur Verfügung stellte. 40 000 Häftlinge wurden in den Flickschen Betrieben ausgebeutet und zu Tode geschunden. Unter den Räubern des deutschen Kapitals in den okkupierten Gebieten war er einer der größten. Sein Vermögen stieg auf drei Milliarden Mark, geschöpft aus dem Blut der Völker, aus dem Leid und Elend ganzer Nationen. 1947 zu sieben Jahren Haft verurteilt, wurde er 1950 bereits entlassen. Er hatte sich gut erholt im Gefängnis, wo seine Zelle als komfortables Arbeitszimmer eingerichtet wurde. Er durfte sogar Vorstandssitzungen seines Konzerns im Gefängnis abhalten. Flick war nicht aus der Übung gekommen; er stieg wieder in das Rüstungsgeschäft ein, auch in das Atomrüstungsgeschäft.

Selbst die Giftgasproduzenten der SS tauchten wieder auf. Hermann Schmitz, der ehemalige Chef des IG-Farben-Trustes lebt heute in Heidelberg von seinen Aktienpaketen, die ihm im Jahre 1956 schon eine runde Summe von 570 000 Mark einbrachten, und fungiert als Ehrenvorsitzender der Rheinischen Stahlwerke

und Aufsichtsrat der Deutschen Bank. Auf Schloß Falkenhof im Odenwald lebt Carl Krauch, früherer Wehrwirtschaftsführer und Aufsichtsratsvorsitzender der IG Farben, von einer „IG-Ehrente“ in Höhe von 300 000 Mark. Nicht anders ist es mit den übrigen IG-Farben-Direktoren, die heute von fetten Dividenden leben und durchweg vielfache Aufsichtsräte sind.

Der IG-Farben-Direktor Dr. Otto Ambros hatte am 12. April 1941 an die Zentrale nach Frankfurt geschrieben, daß „sich unsere neue Freundschaft mit der SS sehr segensreich“ auswirkt. Das Massenvernichtungslager Auschwitz bezeichnete er als „wirklich hervorragenden Betrieb“. Er hatte auch allen Grund dazu, denn Auschwitz lieferte die Arbeitsklaven für IG Farben. Dieser Ambros ist heute mehrfaches Aufsichtsratsmitglied in Unternehmen mit einer halben Milliarde Aktienkapital.

Der Rüstungsindustrielle und Kriegsverbrecher Alfried Krupp von Bohlen und Halbach sagte in Nürnberg aus: „Als ich über die antijüdische Politik der Nazis befragt wurde und was ich davon wüßte, sagte ich, daß ich nichts von der Ausrottung der Juden gewußt habe und weiterhin daß: Wenn man ein gutes Pferd kauft, muß man ein paar Mängel hinnehmen.“

Der Faschismus war das gekaufte Pferd, und die paar Mängel, das waren die Konzentrationslager, das waren die Massenvernichtung und der zweite Weltkrieg. Er vergaß zu sagen, daß gerade „die paar Mängel“ die größten Profite abwarfen. Der Krupp-Konzern, großgeworden und gewachsen durch die Profite zweier Weltkriege, durch die Ausplünderung des eigenen Volkes und der anderen Völker, hatte Tausende Zwangsarbeiter und Häftlinge in seinen Werken beschäftigt. Mit Empörung nahm die Welt Kenntnis davon, daß Krupp, der seinem Mammutkonzern wieder vorsteht, mit einem Griff in die Westentasche seine Schuld sühnen will. Er erklärte sich bereit, sechs Millionen Mark für die Opfer seiner Verbrechen zu zahlen.

Die ganze Meute der Nazikriegsgewinnler produziert wieder für den Krieg. Sie stiegen selbst in das Geschäft der Atom-

rüstung ein und gründeten zu diesem Zwecke die sogenannte „Physikalische Studiengesellschaft“, eine Tarnbezeichnung für ein Riesenmonopol auf dem Gebiet der Kernenergie. Bereits 1954 (!) wurde sie gegründet. Ihre Hauptträger sind beispielsweise Friedrich Krupp, Essen; Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen; Farbwerke Höchst AG, Frankfurt (Main); AEG, Berlin; Degussa, Frankfurt (Main); Gelsenkirchener Bergwerke AG, Essen; Klöcknerwerke AG, Duisburg; Rheinische Stahlwerke AG, Essen; Siemens-Schuckertwerke AG, Berlin; MAN, Nürnberg; Industrie-Kreditbank AG, Düsseldorf usw.

Wie ehemals produzieren die Profitjäger zweier Weltkriege, denen auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik für immer das Handwerk gelegt wurde, für einen dritten Weltkrieg: H. C. Stülcken Sohn, Hamburg, baut Zerstörer und Geleitboote; die Kieler Howaldtwerke AG bauen U-Boote; F. Lürssen, Bremen, Schnellboote; Yacht- und Bootswerft Burmester, Bremen, Minensuchboote; Henschel-Werke, Rheinstahl-Hanomag und Klöckner produzieren Schützenpanzerwagen; Flick, Ford, Henschel, Klöckner, Krupp und Borgward bauen Militärfahrzeuge verschiedenster Art; die Weser-Flugzeugbau GmbH, Bremen, die Hamburger Flugzeugbau GmbH, Dornierwerke GmbH, Blohm & Voß, Daimler-Benz AG, BMW, Heinkel, Junkers, MAN usw. sind wieder im Flugzeugbau tätig. Riesenprofite fließen bereits jetzt in die Taschen der Konzerne.

Die im Kreis der „Freunde des Reichsführers-SS“ Himmler genannten Namen sind heute wieder feste Begriffe in der westdeutschen Geschäftswelt geworden. Die blutbesudelten Monopole sitzen wieder im Sattel des Wettrüstens und der Kriegsvorbereitung. Sie sind die Stützen des Adenauer-Staates und diejenigen Kräfte, die die unheilvolle Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus fortsetzen. Sie waren die Drahtzieher der verbrecherischen faschistischen Politik und ihre Nutznießer, und sie sind heute wieder die Drahtzieher der aggressiven, chauvinistischen und revanchistischen Hetze in Westdeutschland.

Literaturauswahl

- Hefte von Auschwitz. Hrsg. vom Lagermuseum in Auschwitz, Auschwitz 1959 (Heft 1 und 2), 1960 (Heft 3).
- Bartel, Walter*: Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur 1933–1945, Berlin 1956.
- Baum, Bruno*: Widerstand in Auschwitz, Berlin 1957.
- Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror, Basel 1933.
- Buchenwald. Berichte des Internationalen Lagerkomitees, Bd. I, Weimar 1949.
- Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung, Berlin 1960.
- Hellwig, Joachim / Günther Deike*: Ein Tagebuch für Anne Frank, Berlin o. J.
- Kraus, Ota / Erich Kulka*: Die Todesfabrik, Berlin 1957.
- Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. P. A. Steiniger, 2 Bde., Berlin 1958.
- Die Frauen von Ravensbrück, Berlin 1959.
- Sehn, Dr. Jan*: Konzentrationslager Oświęcim-Brzezinka (Auschwitz-Birkenau), Warszawa 1957.
- SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, Berlin 1957.
- Ulbricht, Walter*: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1955.
- Zur Geschichte der neuesten Zeit. Die Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1955.
- Winzer, Otto*: Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands 1933 bis 1945, Dietz Verlag, Berlin 1957.

Inhalt

Brandstifter	5
„Es werden Köpfe rollen . . .“	7
„Es ist wieder eine Lust zu leben!“	11
Die ersten Lager	14
SS und SA	22
Arbeitermörder wüten	24
Die SS rüstet auf	27
„. . . damit sie leben können“	29
Aktion „Arbeitsscheue Reich“	31
„Für den Fall eines Krieges . . .“	33
Jüdisches Blut und arisches Gold	36
Zebra und Winkel	42
SS als „Erzieher“	44
Die ersten ausländischen Häftlinge	45
Der Hungerwinter 1939/1940	46
„Ein Weg zur Freiheit“	50
„Aktion 14 f 13“	51
„Wir sind die Herren . . .“	55
Der Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen	57
Das Scheitern des Blitzkrieges	61
Vom Wert des Häftlings	64
Häftlinge, Häftlinge, Häftlinge . . .	65
Vernichtung durch Arbeit	66
Aus kriegswichtigen Gründen	67
Neue Masseneinlieferungen	68
Zuckerbrot und Peitsche	72
Der Sonderbau	73
Die „Endlösung der Judenfrage“	74

Aus dem Tagebuch eines „Herrenmenschen“	78
Eine Firma mit bewährter Praxis	82
Industrielle Leichenfledderei	82
Falschmünzer am Werk	87
Der Einsatz lohnte	88
Arbeitsklaven für die Monopole oder Geschenke erhalten die Freundschaft	90
SS im großen Geschäft	95
„Freunde des Reichsführers-SS“	101
Geschäft mit dem Tode	103
Menschliche Versuchstiere	104
Der blutige Ausgang	108
Der Plan für ein KZ-Europa	110
Statistik des Grauens	111
Der Kampf ging weiter	115
Die Mörder sind wieder da!	125
SS marschiert im Bonner Tritt	127
Braune Roben schützen den Bonner Staat	129
Nazis im Bonner Polizeiparadise	131
Hitlers Generalstab kommandiert die Bonner Armee	132
SS-Ärzte praktizieren wieder	135
Bonn bezahlt die Mörder	136
Die Monopole wieder im Rüstungsgeschäft	138
Literaturauswahl	142

Illustrationen

KZ Sachsenhausen. Zwangsarbeit im Klinkerwerk	nach 64
Frauen im KZ Ravensbrück	vor 65
KZ Mauthausen. Zeugen faschistischer Barbarei	nach 80
KZ Mauthausen. Tod im Stacheldraht	vor 81
Zahlenmäßige Entwicklung des KZ-Systems	114